



Protokoll Einwohnerratssitzung

1. Sitzung

Montag, 22. Januar 2024, 19:00 Uhr, Grossratssaal

Vorsitz: Anja Kaufmann, Präsidentin

Protokollführung: Stefan Berner

Anwesend: 45 Mitglieder des Einwohnerrates
7 Mitglieder des Stadtrates
Michael Bürki, Leiter Organisation und Strategie
Sebastian Busse, Leiter Hochbau
Lisa Diggelmann, Leiterin Sport
Bernd Gaul, Projektleiter Hochbau
Jan Hlavica, Stadtbaumeister
Marco Palmieri, Leiter Portfoliomanagement
Salvatore Nunziata, Präsident Schulvorstand Kreisschule Aarau-Buchs
Corinne Trachsel, Vizepräsidentin Schulvorstand Kreisschule Aarau-Buchs

Entschuldigt: Simon Burger, Einwohnerrat
Aaron Bürki, Einwohnerrat
Nicole Lehmann, Einwohnerrätin
Angela Milesi, Einwohnerrätin
Gabriela Werder, Einwohnerrätin



Traktanden	Seite
1. Mitteilungen	4
2. Inpflichtnahme von Philippe Kühni als neues Ratsmitglied (anstelle von Fiona Wiedemeier)	5
3. Dringliches Postulat Regina Tschopp (FDP) und Urs Winzenried (SVP), Botschaft "Standorte Oberstufe; Kreditantrag zur Abklärung weiterer Möglichkeiten"	6
4. Anfrage Christoph Müller (SVP): Tatsächliche Kosten von Littering / Stand	8
5. Anfrage Hannah Wey (Grüne): Nachhaltigkeit von städtischen Apéros	12
6. Anfrage Jan Depta und Michael Schibli (Die Mitte): Umsetzung Oberstufenzentrum Telli: Anfragen bezüglich möglicher negativer und positiver Effekte auf Schülerschaft und Quartier Telli	16
7. Anfrage Urs Winzenried (SVP): Sicherheit am Bahnhof Aarau	22
8. Anfrage Urs Winzenried (SVP): Einheitspolizei oder duales Sicherheitssystem in Aarau?	25
9. Anfrage Jan Depta (Die Mitte), Michael Schibli (Die Mitte): Wie sicher sind die Daten der Stadt und unserer Bürgerinnen und Bürger	28
10. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2022-025(anstelle von Stefan Zubler)	29
11. Erneuerung Sport- und Freizeitanlage Winkel; Baukredit	31
12. Standort Oberstufe: Kreditantrag zur Abklärung weiterer Möglichkeiten	42
13. Dringliches Postulat Regina Tschopp (FDP) und Urs Winzenried (SVP) zur Botschaft "Standorte Oberstufe: Kreditantrag zur Abklärung weiterer Möglichkeiten"	50
14. Motion Urs Winzenried (SVP): Transparenz bei städtischen Abstimmungsunterlagen	51
15. Postulat Hannah Wey (Grüne) und Alexander Umbricht (GLP): Zur Velosituation bei der Kettenbrücke	52



16. Motion Irene Stutz und Leona Klopfenstein (SP): Erwerb Kasernengebäude durch Stadt	56
17. Kreditabrechnung Ersatz Software, zentrale Applikationen	60
18. Kreditabrechnung Sanierung, Verbindung und Beleuchtung Graben/Igelweid, Projektierung	61
19. Kreditabrechnung Neuorganisation Tagesstrukturen	62
20. Kreditabrechnung Fallschutz bei Schulanlagen Aussenbereich	63
21. Kreditabrechnung Krematorium, Abbruch/Neubau Ofen 2, Realisierung	64
22. Kreditabrechnung Veranstaltungstechnik Kultur- und Kongresshaus, Erneuerung	65
23. Kreditabrechnung Schulanlage Schachen, Primarschule Erweiterung, Realisierung	66
24. Kreditabrechnung Umsetzung Zutrittskontrollen	67



Traktandum 1

Mitteilungen

Anja Kaufmann, Präsidentin: Ich begrüsse Sie herzlich zur ersten Sitzung im 2024. Ich hoffe, dass Sie alle gut und gesund ins neue Jahr gestartet sind. Ich hoffe, dass das kommende Jahr für die Welt wieder etwas erfreulicher ausfällt und wir uns auch in Aarau dafür einsetzen. Als ich mich auf die heutige Sitzung vorbereitet habe, habe ich auch einige Antrittsvoten meiner Vorgängerinnen und Vorgänger angeschaut und dabei ist mir etwas aufgefallen. In beinahe allen Räten wird die Bitte an die Ratsmitglieder gestellt, die Voten möglichst kurz und prägnant zu halten. Ich habe mich dann gefragt, weshalb diese Bitte immer wiederholt wird. Es sind mir drei Gründe eingefallen. Vielleicht trifft ja der eine oder der andere auf Sie zu. Sie können gerne einen aussuchen. Erstens: Die Ratsmitglieder hören einfach nicht gut zu und deshalb muss die Bitte immer wieder vorgebracht werden. Zweitens: Einwohnerratspräsidentinnen und Einwohnerratspräsidenten sind einfach Sesselkleber und bis sie ihr Amt antreten, hat sich das Parlament bereits wieder teilweise erneuert und das Anliegen muss wieder vorgebracht werden. Drittens: Es gibt ganz einfach viele Sachen in der Politik, die infolge ihrer Wichtigkeit gesagt werden müssen. Die wichtigen Sachen sollen auch genügend Platz in den Einwohnerratssitzungen haben. Für meine Amtszeit möchte ich deshalb dem Einwohnerrat nur eine Bitte, respektive ein Sitzungsmotto, mitgeben. Mitgeprägt hat dieses Joan Ruth Bader Ginsburg, ehemalige Richterin am Supreme Court der Vereinigten Staaten: "Kämpfe für die Dinge, die dir wichtig sind, aber kämpfe so, dass sich die anderen anschliessen wollen". Wie wir in Aarau für unsere Anliegen kämpfen können, zeigt uns inzwischen auch die revidierte Gemeindeordnung und das Einwohnerratsreglement, welches ihr dann nachher noch quasi als Antrittsgeschenk erhalten werdet. Ich bin mir bewusst, dass nicht alle Freude an einem frisch gedruckten Gesetz haben – wie ich als Juristin - an welchem man sogar noch selbst mitgearbeitet hat. Für die heutige Sitzung ist es noch nicht gültig. Es tritt erst auf den 1. Februar 2024 in Kraft.



Traktandum 2

Inpflichtnahme von Philippe Kühni als neues Ratsmitglied (anstelle von Fiona Wiedemeier)

Anja Kaufmann, Präsidentin: Das Wahlbüro hat am 18. Dezember 2023 die Wahl von Philippe Kühni als Ersatz für Fiona Wiedemeier bestätigt. Neue Ratsmitglieder werden in Pflicht genommen. Ich bitte alle Ratsmitglieder, sich von den Sitzen zu erheben. Philippe Kühni bitte ich, sich nach vorne in die Mitte zu begeben. Ich werde die Gelöbnisformel vorlesen und bitte das neue Ratsmitglied, diese mit den Worten "ich gelobe es" zu bestätigen. Im Geschäftsreglement § 3 ist festgehalten: "Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrates, das Wohl der Stadt Aarau zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln".

Philippe Kühni, Mitglied: "Ich gelobe es". Meinen Namen können Sie der Traktandenliste entnehmen. Ich wohne mit meiner Familie im Torfeld Süd, aber nicht im neuen Teil, sondern im alten Teil zwischen der Florastrasse und Buchs, in prominenter Nachbarschaft. Wenn ich aus dem Wohnzimmerfenster schaue, so quasi über den Gartenzaun und parteiübergreifend, sehe ich gerade in die Küche von Rainer Lüscher. Wenn ich aus dem anderen Fenster schaue, sehe ich den bestens bekannten Vorzeigeeinsprecher. In den nächsten Jahren stehen wichtige Themen und wichtige Entscheide an. Beispielsweise das Stadion, aber auch mögliche Fusionen, Schulraumbeschaffung und vieles mehr. Ich freue mich sehr, dass ich Teil dieser Prozesse sein darf. Ich versichere Ihnen, mich mit vollem Engagement und Energie einzusetzen. Ganz besonders freut es mich, dass ich hoffentlich in ein paar Monaten meine eigene Bürgermotion zur Chancengleichheit an den Aarauer Schulen behandeln darf.

Anja Kaufmann, Präsidentin: Nach der Vereidigung kann ich nun noch die Präsenz bekanntgeben. Aaron Bürki, Gabriela Werder, Angela Milesi, Nicole Lehmann und Simon Burger haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt. Es sind 45 Mitglieder anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 23.

Bevor wir jetzt die bereits traktandierten Geschäfte behandeln, müssen wir als erstes noch über die Dringlichkeit eines Postulats befinden.



Traktandum 3

Dringliches Postulat Regina Tschopp (FDP) und Urs Winzenried (SVP), Botschaft "Standorte Oberstufe; Kreditantrag zur Abklärung weiterer Möglichkeiten"

Anja Kaufmann, Präsidentin: Am 22. Januar 2024 haben Regina Tschopp (FDP) und Urs Winzenried (SVP) das dringende Postulat zur Botschaft "Standorte Oberstufe: Kreditantrag zur Abklärung weiterer Möglichkeiten" eingereicht mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat wird eingeladen, für die Erarbeitung der Machbarkeitsstudien möglicher Standorte der Oberstufe für sämtliche Varianten ein neues Team zu bestimmen, welches nicht mit dem Team des siegreichen Wettbewerbsprojekts "Oberstufenzentrum Telli" identisch ist. Ist es aus rechtlichen Gründen nicht möglich, die den Standort Telli betreffenden Elemente der Abklärungen durch ein anderes Team als den Wettbewerbssieger bearbeiten zu lassen, so sind mindestens alle Abklärungen weiterer Möglichkeiten für die Standorte Zelgli und Schachen an ein anderes Team zu vergeben.

Wenn dieses Postulat für dringlich erklärt wird, behandeln wir es im Anschluss an das Traktandum 12 als Traktandum 13: "Standort Oberstufe: Kreditantrag zur Abklärung weiterer Möglichkeiten".

Gibt es noch weitere Abänderungsanträge zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Somit befinden wir nun über die Dringlichkeit des Postulats.

Urs Winzenried, Mitglied: Weshalb erklären die FDP und die SVP das Postulat als dringlich? Wir diskutieren heute über mögliche Standorte der neuen Oberstufe. Im Zusammenhang mit dieser Diskussion ist es ebenso wichtig, dass wir auch darüber diskutieren, wer die Machbarkeitsstudie durchführen soll. Wenn das Postulat, irgendwann nach Monaten, behandelt wird, ist der Zug vielleicht bereits schon abgefahren. Bei der Diskussion über die Machbarkeitsstudie der Varianten ist es angezeigt, auch über die Dringlichkeit abzustimmen. Die beiden Fraktionen FDP und SVP legen Ihnen ans Herz, der Dringlichkeit zuzustimmen

Nicola Müller, Mitglied: Das Postulat wurde zur Unzeit vorgelegt. Es liegt vielleicht in der Natur der Sache, dass es sich um ein dringliches Postulat handelt. Trotzdem wurde über diese Frage ja schon vor zwei Wochen diskutiert. Es erstaunt mich deshalb schon, dass ein solches Postulat erst heute Nachmittag eingereicht wurde. In unserer Fraktion konnten wir uns natürlich nicht darüber unterhalten. Ich habe aber vorher kurz mit Hanspeter Thür gesprochen. Er hat mir gesagt, dass er bereit sei, das Anliegen aufzunehmen und dafür brauche er eigentlich auch kein Postulat. Die Dringlichkeit ist damit eigentlich automatisch vom Tisch. Wir haben auch nichts dagegen. Wir finden die Prüfung der Variante D grundsätzlich sinnlos. Dazu wird nachher für meine Fraktion Benedikt Ammann noch etwas sagen. Wir sind aber bereit, den Skeptikerinnen und Skeptikern die Prüfung dieser Variante zuzugestehen. Wir sind damit einverstanden, dass diese Prüfung auch ein anderes Architekturbüro vornehmen kann. Dieses Postulat ist aber nicht nötig und schon gar kein dringliches. Wir werden deshalb die Dringlichkeit grossmehrheitlich ablehnen.

Hanspeter Thür, Stadtrat: Die Diskussion über angebliche oder mögliche Befangenheit dieser Pool Architekten, welche den Wettbewerb gewonnen haben, wurde auch schon intensiv in der FGPK geführt. Ich habe dort klar darauf hingewiesen, dass es zu gar keiner



Befürchtung von Befangenheit kommen kann, wenn man den Auftrag, welcher die Architekten fassen, richtig versteht. Die Architekten, egal welches Büro die Arbeit erledigt, müssen lediglich die Frage beantworten, wie die Aufteilung von 30 und 24 Einheiten an diesen verschiedenen Standorten volumenmässig und kostenmässig gelöst werden kann. Es ist kein Vorschlag über die Gestaltung des Ganzen, sondern es handelt sich um eine reine Machbarkeit. Es stellt sich dabei die Frage, ob eine solche Aufteilung mit diesen Aussenflächen, die ja auch noch zur Verfügung stehen müssen und mit den Turnhallen, die gebaut werden müssen, überhaupt realistisch ist. Das ist der Auftrag. Nachher erfolgt die Bewertung dieser verschiedenen Vorschläge. Dies ist der Hauptpunkt welcher nachher zu klären ist. Die Vornahme der Bewertung ist Sache des Stadtrats, Sache der KSAB und letztlich Sache des Einwohnerrats. Wenn der Stadtrat zu einer Bewertung kommt, der Einwohnerrat diese aber völlig abwägend findet, liegt es in der Kompetenz und in der Allmacht des Einwohnerrats, die Bewertungsskala des Stadtrats oder der KSAB abzulehnen. Das ist die Ausgangslage. Deshalb kann ich die Befangenheitsdiskussion nicht ernst nehmen. Aber offenbar wird das jetzt hochgespielt. Ich habe eigentlich überhaupt kein Problem damit, damit ein anderes Büro zu beauftragen. Aber wir haben eine klare Vorgabe. Das Wettbewerbsprojekt hatte die Frage zu beantworten, ob man auf dem Telliareal 66 oder 54 Abteilungen unterbringen kann. Die Antwort des Wettbewerbssiegers hat eine ganz bestimmte Konzeption vorgeschlagen. Es gab ganz unterschiedliche Vorschläge. Auch von molochähnlichen Gebäuden und eben solchen die sehr strukturiert sind. Wenn man in der Telli das Angebot auf quasi 30 Abteilungen herunterbrechen will, müsste man einen neuen Vorschlag unterbreiten. Deshalb sind wir klar der Meinung, dass dies urheberrechtlich und submissionsrechtlich schwierig wird. Damit handeln wir uns möglicherweise Auseinandersetzungen ein, wenn man auch in der Telli ein anderes, als das bereits mit der Sache betraute, Architekturbüro beauftragt. Wenn man die anderen Standorte anderweitig belegen will, dann kann man das machen. Man muss aber wissen, dass es sicher zeitlich ein wenig anderes sein wird. Die Architekturbüros warten nicht auf jeden Auftrag. Die Frist, die wir einhalten wollen, ist relativ sportlich. Wenn wir mit einem anderen Büro in diesen beiden Standorten OSA und Zelgli arbeiten würden, handeln wir uns mit Sicherheit eine zeitliche Verzögerung ein. Aber ich wehre mich nicht grundsätzlich dagegen, wenn sich der Einwohnerrat der zeitlichen Verzögerung bewusst ist. Wir sind jetzt schon ein wenig unter Zeitdruck, denn die Gebäude sollten 2028/2029 stehen. Möglicherweise wird es dann zu einer Verzögerung kommen. Also summa summarum bin ich der Meinung, dass wir diesem Wunsch nachkommen, wenn es ein zentrales Anliegen ist. Aber im Wissen, dass es zu den genannten Konsequenzen führen kann.

Anja Kaufmann, Präsidentin: Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 25 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss

Der Dringlichkeit des Postulats zur Botschaft "Standort Oberstufe: Kreditantrag zur Abklärung weiterer Möglichkeiten" wird zugestimmt.

Somit wird dieses Geschäft im Anschluss an Traktandum 12 als Traktandum 13 behandelt.



Traktandum 4

Anfrage Christoph Müller (SVP): Tatsächliche Kosten von Littering / Stand

Anja Kaufmann, Präsidentin: Am 3. April 2023 hat Einwohnerrat Christoph Müller (SVP) eine Anfrage betreffend "tatsächliche Kosten von Littering / Stand verursachergerechte Finanzierung" eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1:

Welche tatsächlichen Kosten entstehen der Stadt Aarau durch Littering?

Die genauen Kosten für die Entfernung von Littering werden nicht separat erfasst und können dadurch lediglich abgeschätzt werden. Die Reinigung der öffentlichen Plätze und Flächen läuft zusammen mit der Stadtreinigung und wird nicht separat erhoben. Geschätzt auf die durch das Jahr entstandenen Aufwendungen um die Auswirkungen von Littering zu entfernen, wird ein durchschnittlicher Anteil von ca. 8 % an den gesamten Reinigungskosten (Einschätzung Werkhof) angenommen.

Schätzung Zusammensetzung Aufwand Stadtreinigung in %

40 - 45 % Strassenreinigung maschinell
35 - 40 % Stadtreinigung von Hand
3 - 4 % Reinigung nach städtischen Festanlässen
10 - 15 % Spezialreinigung (E-Graben, Graffities, Infrastrukturen z.B. Abfallbehälter, Sitzgelegenheiten, Kunstobjekte usw.)
5 - 10 % Entfernung von Littering

Die Aufwendungen der Stadtreinigung für die Beseitigung des Litterings variieren und sind stark von der Jahreszeit und von der Witterung abhängig. Im Frühling und Sommer steht der belebte Aussenraum stärker im Fokus. Somit ist dann das Ausmass des Litterings auch grösser. Wie oben in der Tabelle ersichtlich, wird der Aufwand rund um das Littering über das ganze Jahr gesehen auf 5 - 10 % geschätzt. Da die wärmere Jahreszeit (April-Oktober) leicht überwiegt, wird von einem Anteil von 8 % ausgegangen.

Die Kosten für die Entsorgung/Verbrennung der gelitterten Abfälle wird auf ca. 2 % der Gesamtabfallmenge aus Haushalten geschätzt.



Annahme Kosten für Littering	Kostenschätzung in Franken					Ø
	2018	2019	2020	2021	2022	
Reinigungskosten (inkl. Personal, Maschinen, Geräte): Annahme 8 %	170'400	154'598	164'958	158'591	125'600	154'830
Entsorgungskosten: Annahme 2 % von Gesamtmenge Hauskehricht (Verbrennungskosten)	8'631	8'610	8'075	6'970	6'075	7'672
Prävention und Aufklärung: Clean-up Day, PUSCH Abfallunterricht in den Schulen	32'500	32'500	32'500	32'500	32'500	32'500
Übrige Kosten (Admin)	2'000	3'000	4'000	3'000	2'500	2'900
Total Jahr	213'531	198'708	209'533	201'061	166'675	197'900

Erläuterungen zu den einzelnen Jahren:

2018: Der Sommer von Mai bis August erreichte Temperaturen von bis zu 35 Grad und war eher trocken. Dies führte dazu, dass die Bevölkerung die Stadt und die öffentlichen Plätze belebte, was aber auch Spuren von Littering hinterliess. Daher war der Aufwand für die Reinigung eher überdurchschnittlich hoch. Durch die Einführung des getrennten Sammelns von Wertstoffen mithilfe von Sammelstellen im Aareraum, entstanden in der Anfangsphase erhöhte Kosten für das Reinigungsteam.

2019: In diesem Jahr herrschte eher wechselndes und kühles Wetter. Der Mai war ziemlich verregnet, der Juni startete auch eher kühl, legte dann aber gegen Jahresmitte an Temperaturen zu. Zusätzlich spielte das ETF, (Eidgenössisches Turnfest) eine grosse Rolle, welches vom 13. bis zum 23. Juni 2019 den Schachen bespielte und ca. 150'000 Besucher anlockte. Die Reinigung des Festperimeters, wie auch der Zusatzaufwand in der Stadt konnte an den Veranstalter abgewälzt werden. Daher sind die Reinigungskosten im Jahr 2019 eher tiefer als der Durchschnitt. Der Juli und August waren warm, jedoch nicht mit Rekordwerten verzeichnet.

2020: Im Jahr 2020 hat der Ausbruch der COVID-19 Pandemie die Stadt massiv belebt. Viele Menschen verbrachten ihre Ferien zu Hause. Da Restaurants und Bars geschlossen blieben, wurde der Aussenraum stark übernutzt, was zu Mehraufwand bei der Reinigung führte.

2021: Langsam normalisierte sich die Lage, von April bis Juni wurden die Pandemie-Massnahmen gelockert, was zu einer Entspannung im öffentlichen Raum führte. Der Sommer war wettermässig durchzogen, was zusätzlich zu einem geringeren Reinigungsaufwand führte.

2022: Das Jahr zeichnete sich durch eine durchgezogene Sommerzeit aus, es war nicht zu heiss, Niederschlag war immer wieder zu verzeichnen, was die Menschen nicht so stark in den öffentlichen Raum zog. Es wurde auch wieder mehr gereist, dies hat zusätzlich dazu geführt, dass der öffentliche Raum weniger genutzt wurde. Der August / September war eher kühl und regnerisch. Dies zeigt sich dann auch in einem tieferen Reinigungsaufwand.

Frage 2:

Beim Aufräumen von gelittertem Abfall werden nebst rezyklierbaren Materialien auch gewisse Abfallmengen gesammelt. Wie gross sind die Mengen? Wird dieser Abfall mit dem ordentlichen Kehricht in der KVA entsorgt und wenn ja, wo werden die Kosten verrechnet.



Beim Littering fallen die unterschiedlichsten Abfallarten an. Dabei handelt es sich oftmals um Fragmente (z.B. Glasscherben, Papier- oder Kartonstücke, Zigarettenstummel etc.), welche zudem einen hohen Verschmutzungs- und Durchmischungsgrad aufweisen. Aufgrund dieser Eigenschaften ist eine Trennung nicht verhältnismässig und macht weder ökologisch noch ökonomisch Sinn. Es erfolgt keine separate Erhebung der anfallenden Mengen. Die Kosten werden über die Abfallkasse verbucht.

Frage 3:

Welche Einnahmen und Erträge erzielt die Stadt Aarau tatsächlich zur verursachergerechten Finanzierung der Littering-Kosten?

Es werden keine Einnahmen und Erträge zur verursachergerechten Finanzierung der Littering-Kosten erzielt. Die Bussen werden in der allgemeinen Stadtkasse verbucht.

Frage 4:

Mit welchen konkreten Massnahmen erfüllt der Stadtrat aktuell die gesetzlichen Vorgaben und beteiligt Verursacherinnen und Verursacher von Littering angemessen an den Kosten? Welche Massnahmen sind zukünftig geplant, um Steuerzahlerinnen und Steuerzahler (oder evtl. Käuferinnen und Käufer von gebührenpflichtigen Abfallsäcken und Kehrrichtmarken) zu entlasten?

Zum einen werden Verursacherinnen und Verursacher von Littering mit den entsprechenden Ordnungsbussen bestraft, diese sind aber nicht als "Kostenbeteiligung" zu verstehen, da Einnahmen aus Bussen nicht zur Finanzierung der Reinigung verwendet werden. Zum anderen setzt der Werkhof mit verschiedenen Massnahmen auf Prävention und Aufklärung. Mit der neu geschaffenen SIP Aarau, welche seit dem 1. August 2023 tätig ist und unter anderem auch die Aufgabe hat, in Aarau sowohl Gesetze, als auch gesellschaftliche Werte und Normen zu vermitteln, verspricht sich der Stadtrat eine weitere Verbesserung. Die SIP Aarau spricht Regelverstösse direkt an und nimmt sich Zeit, auch die Gründe und Wirkungen der Regeln zu erklären. Dazu gehört auch die Thematik Littering. Die Sicherheit Intervention Prävention (SIP) Aarau ist als Botschafterin auch Multiplikatorin für die Anliegen der Stadt Aarau und dementsprechend auch in der Bekämpfung von Littering aktiv tätig. Von diesem Ansatz wird eine gute Wirkung erhofft.

Christoph Müller, Mitglied: Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung meiner Fragen. Die Zahlen selbst nehme ich zur Kenntnis, obwohl die AZ am 15. Dezember zu genau diesen Zahlen schon ein paar gute Überlegungen nachgestellt hat. Mich haben aber vor allem die Antworten zu den Fragen 3 und 4 verblüfft. Gemäss Antwort 3 werden keine Einnahmen und Erträge zur verursachergerechten Finanzierung der Littering-Kosten erzielt. Das Bundesgericht hat aber klar entschieden, dass gelitterte Abfälle Siedlungsabfälle sind. Gemäss Umweltschutzgesetz wäre die Aufgabe eigentlich klar. Die Entsorgung dieser Siedlungsabfälle ist möglichst verursachergerecht nach den Vorgaben des Umweltschutzgesetzes Art. 32 zu finanzieren. Gemäss Antwort des Stadtrats erfüllt die Stadt Aarau im Bereich Littering im Moment exakt 0 Prozent dieser Vorgabe. Mir ist klar, dass es nicht möglich ist, das Ziel von 100 Prozent zu erreichen. Andererseits sind 0 Prozent ziemlich weit von 100 Prozent entfernt. Die Frage 4 hat darauf abgezielt, herauszufinden, was der Stadtrat genau plant, um die Situation zu verbessern. Wenn man die Antwort liest, entsteht der Eindruck, dass es sich diesbezüglich ein wenig um ein gutes Zureden und wahrscheinlich über gewisse Strecken einfach um ein Ignorieren handelt. Mit Ausnahme von zwei Ordnungsbussen im Jahr 2022 und ein paar wenigen mehr im 2023 führt nämlich keine einzige der getroffenen Massnahmen zu Einnahmen oder Erträgen. Es muss im Gegenteil eigentlich davon ausgegangen werden, dass diese Massnahmen weitere Steuergelder verschlingen. Ich bin aber nicht sicher, ob dies wirklich das Ziel ist. Wie absurd und willkürlich der Stadtrat in diesem Bereich zum Thema Littering vorgeht, sieht man eigentlich,



wenn man das Thema mit etwas anderem vergleicht. Beispielsweise beim Parkieren oder zu schnellem Fahren. Die Litterer werden ausgebildet, sensibilisiert. Man spricht das Problem an. Bei den Autofahrerinnen und Autofahrern zieht man jedes Jahr knallhart beinahe 1 1/2 Millionen Franken mittels Ordnungsbussen ein. Für motorisierte Verkehrsteilnehmer gibt es keine freundlichen Zettel unter dem Scheibenwischer. Früher hat es solche Hinweise zwar einmal zur Weihnachtszeit gegeben, was aber auch wieder nicht allen gepasst hat. Ich frage mich, ob es wirklich die Aufgabe des Stadtrats ist zu entscheiden, welche Gesetze in der Stadt durchgesetzt werden und welche nicht. Wo ist in Aarau die Grenze zwischen Willkür und Rechtsstaat?



Traktandum 5

Anfrage Hannah Wey (Grüne): Nachhaltigkeit von städtischen Apéros

Anja Kaufmann, Präsidentin: Am 23. Mai 2023 hat Einwohnerrätin Hannah Wey (Grüne) eine Anfrage betreffend Nachhaltigkeit von städtischen Apéros eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1:

Was verstehen die Organisator:innen des Waldapéros in diesem Fall als "nachhaltig"?

Aarau Standortförderung hat den Waldapéro aus folgenden Gründen als nachhaltig bezeichnet:

- die Produkte werden regional produziert, es entstehen somit nur kurze Transportwege
- es wird auf eine nachhaltige Produktion geachtet
- es wird eine möglichst umweltfreundliche Verpackung verwendet
- wenn möglich werden wiederverwendbares Geschirr und Behälter verwendet

Frage 2:

Nach welchen Kriterien wird bei Apéros der Stadt und nahestehenden Organisationen (wie die Standortförderung / Aarau Info; in der Folge einfach «städtischer Apéro») generell das Angebot ausgewählt?

Kriterien bei der Stadt sind: Bedeutung des Anlasses, Teilnehmerzahl, Teilnehmerstruktur, Zeitpunkt und Stellung des Apéros (vor einem Essen oder als Apéro riche), Ort des Apéros, zur Verfügung stehende finanzielle Mittel.

Kriterien bei Aarau Standortförderung sind: Bedeutung des Anlasses, zur Verfügung stehende Mittel, Berücksichtigung eines Mitglieds des Verkehrsvereins Stadt und Region Aarau (Bsp. Bäckerei), Ort des Apéros

Frage 3:

Welche externen Firmen / Zulieferanten haben in den letzten 12 Monaten mehrere Male einen städtischen Apéro durchgeführt?

Die Stadt Aarau führt regelmässig nur folgende grossen Apéros selber durch: Grossratslunch (2023: Auftrag an Gasthof Schützen), Kulturapéro (2023: Auftrag an Thommen Catering), Sportapéro (2023: Auftrag an Gasthof Schützen).

An Organisationen (z.B. Vereine, Verbände), welche beispielsweise eine Generalversammlung oder eine Tagung in Aarau durchführen, wird jeweils ein finanzieller Beitrag an die Apérokosten oder eine Weinspende (Ortsbürgerwein) ausgerichtet. Dieser Beitrag ist an keine Auflagen gebunden.

Bei wenigen kleinen Apéros (z.B. Einwohnerrat am Maienzugvorabend, Apéro nach einem Neuzuzügeranlass oder Apéro im Rahmen eines Personalanlasses, Ortsbürgergemeindeversammlung) kauft die Stadtweibelin die Apérozutaten selber ein oder beauftragt eine lokale Bäckerei mit der Lieferung.

Aarau Standortförderung hat in den letzten 12 Monaten folgende Apéros durchgeführt:



- Einladung zum Start Night Shopping für die Mitglieder des Verkehrsvereins Stadt und Region Aarau > Brot von Jaisli Beck und lokaler Wein
- Waldapéro zur Lancierung eines neuen Stadtführung-Angebots > Apéro von Waldbüro Aarau
- Apéro Partneranlass in der Gewürzmühle Chalira > Angebot von Gesellschaft Schlossmühle
- Netzwerkanlass für Partner von Aarau Standortförderung bei Les amis Club > Angebot von Les amis Club
- Stammtisch vom Bildungsnetzwerk MWA > Angebot byro
- Mitgliederversammlung des Bildungsnetzwerks > Küche Berufsschule Aarau
- Innovationworkshop mit htz > Careum
- Breakfastmeeting (Frühstück) > Caterer von AHA, Aeschbachhalle
- aarelandimpuls (Frühstück) > Hotel B-smart
- Stabsübergabe Engineersday > Bäckerei Maier

Frage 4:

Inwiefern haben das verabschiedete Klima- und Biodiversitätskonzept und die Gemeindeordnung auf die Gestaltung von städtischen Apéros einen Einfluss?

In den Grundsätzen für eine nachhaltige Beschaffung in der Stadt Aarau (interne Weisung an die Stadtverwaltung) sind folgende Leitsätze für den Einkauf formuliert:

Die Stadt Aarau stützt ihre Beschaffungsentscheide auf die drei Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung: Ökologie, Soziales und Wirtschaft. Es gilt diese Nachhaltigkeitsaspekte optimal miteinander zu kombinieren und gleichzeitig die wichtigsten Vergabegrundsätze einzuhalten.

Dabei gelten die folgenden Leitsätze:

Ökologie: Die Stadt Aarau beauftragt, soweit es das Beschaffungsrecht zulässt, nach Möglichkeit lokale Anbietende und beschafft regionale Produkte. Es sind insbesondere Dienstleistungen und Produkte zu beschaffen, die in einer vollumfänglichen Lebenszyklusbeurteilung die Auswirkungen auf die Umwelt und damit auch den Verbrauch natürlicher Ressourcen minimieren.

Soziales: Die Stadt Aarau vergibt Aufträge nur an Anbietende, welche die Einhaltung sowohl der geltenden Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen als auch der Gleichbehandlung von Frau und Mann gewährleisten. Die Stadt Aarau strebt die Zertifizierung Fair trade town an. Sie unterstützt daher langfristige und faire Handelsbeziehungen, stabile und transparente Preise sowie soziale Arbeitsbedingungen.

Wirtschaft: Die Stadt Aarau beschafft zum bestmöglichen Preis-/Leistungsverhältnis unter Berücksichtigung der ganzheitlichen Lebenszykluskosten der Produkte und der anderen Nachhaltigkeitsaspekte.

Nachhaltigkeitskriterien in Bezug auf die Beschaffung von Lebensmitteln sind:

- *Regionale und saisonale Produkte*
- *Herstellung durch umweltschonende Produktionsprozesse z.B. aus biologischem Anbau fördern. Ein Teil der Lebensmittel ist aus biologischem Anbau zu beziehen.*
- *Ein Teil der exotischen Lebensmittel ist aus fairem Handel zu beziehen.*



Bei der Vergabe von Aufträgen für städtische Apéros werden insbesondere lokale Anbieter berücksichtigt. Sofern die Stadt einen Apéro selber organisiert, wird auf die Verwendung von saisonalen Produkten geachtet.

Frage 5:

Wie wird das Angebot ausgewählt bei Apéros, welche von der Stadt und nahestehenden Organisationen organisiert werden?

Siehe Antworten zu den Fragen 2 und 4

Frage 6:

Wie viele der an diesen städtischen Apéros angebotenen Lebensmittel werden durchschnittlich am Ende weggeworfen?

In denjenigen Fällen, bei welchen ein Caterer mit der Durchführung eines Apéros beauftragt wird (vgl. Antwort zu Frage 3) ist dem Stadtrat nicht bekannt, wieviele Lebensmittel nach dem Apéro jeweils weggeworfen werden müssen. Bei den kleineren Apéros, welche die Stadt selber durchführt, werden keine Lebensmittel weggeworfen. Falls bei einem Apéro Lebensmittel übrigbleiben, werden diese in die Pausenräume der Stadtverwaltung verteilt.

Frage 7:

Wie wird bei diesen städtischen Apéros generell sichergestellt, dass Foodwaste minimiert wird?

Bei den meisten Apéros, für deren Durchführung die Stadt verantwortlich zeichnet, müssen sich die Gäste anmelden, weshalb ziemlich genau bekannt ist, wieviele Personen an einem Apéro anwesend sein werden. Die Bestellung des Apéros erfolgt entsprechend der angemeldeten Teilnehmerzahl. Der Stadtrat geht deshalb davon aus, dass sich Foodwaste in Grenzen hält.

Frage 8: Was macht die Stadt generell, damit Greenwashing bzgl. Nachhaltigkeit (z.B. auf Social Media) im Zusammenhang mit der Stadt nicht vorkommt.

Die Sektion Kommunikation der Stadt Aarau ist für die Inhalte der städtischen Kommunikationskanäle verantwortlich und nicht für die Webseite oder die sozialen Medien von aarau info zuständig. Entsprechend kann die Stadt Aarau diesbezüglich nur sehr bedingt Einfluss nehmen und überprüft deren Inhalte nicht betreffend allfälligem Greenwashing.

Die städtischen Kommunikationsinhalte, sei dies auf den Sozialen Medien oder auf der Webseite, werden vor der Aufschaltung von der Sektion Kommunikation überprüft und entsprechend werden nur ausgewählte Inhalte aufgeschaltet. Da es sich primär um Inhalte über städtische Aktivitäten und Veranstaltungen handelt, wurde bisher eine gezielte Prüfung der Inhalte bezüglich Greenwashing nicht bewusst durchgeführt. Bei Bedarf werden gewisse Inhalte mit den Umweltverantwortlichen der Stadtverwaltung gespiegelt.

Frage 9:

Welche internen Fortbildungsangebote und Sensibilisierungskampagnen bestehen innerhalb der Stadtverwaltung und für nahestehende Organisationen bzgl. Klima- und Biodiversitätsthemen?

Viermal jährlich erscheint intern ein Klimanewsletter, welcher einerseits die städtischen Mitarbeitenden zu Themen rund um Klima und Energie informiert und sensibilisiert und andererseits auf aktuelle Projekte und Veranstaltungen aufmerksam macht.



Im Zuge der Klimaschutzstrategie wurde die Kommunikationskampagne "Nachhaltige Stadtentwicklung" unter dem Label "Weitsicht" ins Leben gerufen. Das Ziel der Kommunikationskampagne ist die Sensibilisierung der Aarauer Bevölkerung zu diversen Themen rund um das Thema Nachhaltigkeit. In diesem Zusammenhang werden auch intern Massnahmen umgesetzt, um die Mitarbeitenden für die Thematik zu sensibilisieren.

Wie bereits erwähnt, verfügt die Stadt Aarau über die Richtlinien Nachhaltige Beschaffung. In diesem Zusammenhang werden alle vier Jahre Monitorings durchgeführt, um allfällige Anpassungen an den Richtlinien vorzunehmen und gleichzeitig die Thematik den Mitarbeitenden in Erinnerung zu rufen.

Hannah Wey, Mitglied: Ich habe nichts dagegen, wenn es an einem Apéro, nebst viel Anderem, ein wenig Fleisch und Käse gibt. Im Fall des Waldapéros vielleicht ein Wildschweiwurstchen aus lokaler Jagd. Die Fleischmenge, welche am Waldapéro aber tatsächlich aufgetischt worden ist, übersteigt das Mass allerdings mehrfach, auch für Leute, die regelmässig Fleisch essen. Ich habe die Bilder meiner Anfrage angehängt. Ich bin mit der Antwort des Stadtrats nur teilweise zufrieden. Es gibt nämlich in der Antwort 2 aus wissenschaftlicher Sicht falsche Behauptungen, die vom Stadtrat leider nicht widerlegt werden. In der Frage 1 wird aufgezählt, weshalb der Waldapéro auf meine Nachfrage als nachhaltig angepriesen worden ist, sogar auf Social-Media und auch im Radio. "Der Apéro wurde als nachhaltig bezeichnet, denn es wurde umweltfreundliche Verpackung und wiederverwendbares Geschirr verwendet". Das ist Lobenswert, aber leider ungenügend. In der Ökobilanz von Lebensmitteln kommt es nämlich vor allem auf die inneren Werte an. In unserem Fall Fleisch mit einer miserablen Ökobilanz. Aussage 2: "Der Apéro wurde als nachhaltig bezeichnet, denn die Produkte wurden regional produziert". Aber Fleisch ist nicht nachhaltig, nur, weil es regional produziert wurde. Auch die regionale Tierhaltung verursacht grosse Umweltschäden, namentlich den bekannten Klimawandel, Nährstoffüberschüsse oder der Verlust von Biodiversität. Das zeigt sich beispielsweise am Hallwilersee. Diesen müssen wir infolge der intensiven Tierhaltung seit Jahren für Millionen von Steuerfranken künstlich belüften, damit er nicht kippt. Gerade vor Weihnachten ist ein interessanter DOK auf SRF erschienen, welcher genau dieses Thema behandelt. Auch unser Wald wird genannt. Die Waldexpertin vergleicht die momentane Waldsituation mit einer Person, welche sich die ganze Zeit nur von Pommes-Frites ernährt. Das klingt nicht gesund und ist es auch nicht für unseren Wald. Ich bitte den Stadtrat, wenn möglich in Zukunft wissenschaftliche Falschaussagen zu berichtigen, am ehesten noch, bevor sie auf Social-Media und im Radio landen. Noch besser ist es, alles Personal, das mit Aarau assoziiert wird, so zu schulen, dass die Falschaussagen selbst erkannt werden. Wir alle stehen in der Verantwortung. Es sind nicht nur die Landwirte und Landwirtinnen in der Pflicht, die sich, meiner Erfahrung nach, übrigens sehr viele Gedanken zur Bewirtschaftungsart machen. Es sind nicht nur Konsumenten und Konsumentinnen, es sind nicht nur Grossverteiler, sondern auch wir Politiker und Politikerinnen und unsere schöne Stadt, als Vorbild, in Pflicht.



Traktandum 6

Anfrage Jan Depta und Michael Schibli (Die Mitte): Umsetzung Oberstufenzentrum Telli: Anfragen bezüglich möglicher negativer und positiver Effekte auf Schülerschaft und Quartier Telli

Anja Kaufmann, Präsidentin: Am 23. September 2023 haben die Einwohnerräte Jan Depta und Michael Schibli (Die Mitte) eine Anfrage betreffend möglicher negativer und positiver Effekte auf Schülerschaft und Quartier Telli im Zusammenhang mit der Umsetzung des Oberstufenzentrums Telli eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1:

Was sind die Chancen und Risiken eines überdurchschnittlich grossen Oberstufenzentrums (OSZ)? Nachteile und Risiken sind klar und transparent zu benennen und es soll aufgezeigt werden, wie mit diesen Herausforderungen umgegangen wird.

Die Bestellung des Oberstufenzentrums hat die Kreisschule Aarau-Buchs (KSAB) aufgrund ihrer Schulraumplanung formuliert und daher wurden die Fragen 1, 2 und 4 von ihr beantwortet.

Chancen

- Die Stufendurchmischung kann konsequent umgesetzt werden.
- Maximale Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Klassen und Stufen
- Maximale Möglichkeiten bzgl. Angebot für Schülerinnen und Schüler
- Optimale Nutzung der Ressourcen (Pensen für Unterricht und Leitung)
- Tagesstrukturen und Mittagsverpflegung können innerhalb des Campus angeboten werden.
- Mehrere Schulleitungspersonen bilden ein Leitungsteam und leben ressourceneffiziente Zusammenarbeit exemplarisch vor.
- In den verschiedenen Gebäuden des Campus sind unterschiedliche Lernlandschaften möglich.

Umgang mit Herausforderungen (Chancen)

Durch eine Mehrzahl von Gebäuden und Aussenraumabschnitten sollen Rückzugsgebiete geschaffen werden, in denen sich Subidentitäten (z.B. analog der heutigen Schulhauskulturen) bilden können. So kann einer Anonymität entgegengewirkt werden

Das Siegerprojekt deckt viele Szenarien auf dem Campusgelände ab, um die wichtigen pädagogischen Aspekte angemessen zu berücksichtigen: Ob selbstorganisiert in Lernlandschaften, herkömmlich in Klassenzimmern oder auch einmal draussen im Schulgarten: sämtliche Szenarien sind auf diesem Campusgelände gut umsetzbar. Konkret heisst das, dass sich die Lernenden «ihrem» Teil des Schulhauses zugehörig fühlen können und eine Identifikation mit dem entsprechenden Teil des Campus stattfinden kann. Die Lernenden werden ihre Klassenkameradinnen und -kameraden aber auch die Jugendlichen aus ihrem Lernatelier / ihrem Stockwerk / ihrem Schulhausteil kennen und ebenso die Lehrpersonen, mit denen sie zu tun haben. So werden wirksame Subidentitäten geschaffen. Diesem Prozess wird die Schule allergrösste Beachtung schenken



Risiken

- Anonymität durch zu grosses Schulgebäude
- Unübersichtliche Wegführungen/Gebäudestrukturen
- Höheres Konflikt- / Lärmpotential durch grosse Anzahl Personen
- Anfahrt zum Oberstufenzentrum
- Konflikte mit der Nachbarschaft
- Umgang mit grosser Heterogenität

Umgang mit Herausforderungen (Risiken)

Es wird geprüft, ob und wie die ausserschulische Jugendarbeit einen festen Standort auf dem Campusgelände haben soll, um zum Beispiel auch in der Mittagspause präsent zu sein, damit auf die Anliegen der Schüler und Schülerinnen persönlich eingegangen werden und Unterstützung bei der Lösungsfindung angeboten werden kann.

Eine weitere Unterstützung ist die Schulsozialarbeit, welche schon heute wichtiger Teil der Schule ist. Sie soll es auch in Zukunft zum Wohle der Jugendlichen und Lehrpersonen sein.

Wie heute schon sollen auch in Zukunft Themen wie Gewalt, Drogenhandel, Mobbing etc. präventiv angegangen werden. Die Fachpersonen der KSAB verfügen über viel Erfahrung und können feststellen, dass z. B. Littering bei keinem der bestehenden Schulhäuser ein grösseres Problem darstellt. Tritt ein konkretes Thema auf, sind die Verantwortlichen der Schule und der Stadtverwaltung um direkte Information der Betroffenen (z. B. Anwohnende) dankbar, damit situativ gehandelt werden kann.

Durch eine Mehrzahl von Gebäuden und Aussenraumabschnitten sollen Rückzugsgebiete geschaffen werden, in denen sich Subidentitäten bilden können und so einer Anonymität entgegengewirkt werden kann.

Thema Erschliessung vgl. Antworten zu Frage 3.

Frage 2: Wie werden die Bedürfnisse der Schüler und Schülerinnen und Lehrpersonen beim Konzept und Bau des Schulhausareals berücksichtigt?

Generell war von Anfang an in der Konzeption wichtig, dass die Nutzenden (insbesondere auch die Schülerinnen und Schüler) auf dem gesamten Schulareal (innerhalb und ausserhalb der Gebäude) eine angenehme Atmosphäre vorfinden. Deshalb ist auf die Grösse der Bauten, ihre Anordnung, altersgerechte Zonierungen und überschaubare Raumeinheiten zu achten. Durch eine Mehrzahl von Gebäuden und Aussenraumabschnitten sollten Rückzugsgebiete geschaffen werden, in denen sich Subidentitäten bilden können und so einer Anonymität entgegengewirkt werden kann. Gewünscht sind klare räumliche Strukturen und Wegführungen, prägnante Raumatmosphären, sorgfältig ausgewählte Material-, Licht- und Farbgestaltung sowie eine gute Akustik. Wichtig sind auch Sichtbeziehungen innerhalb und ausserhalb der Gebäude, um u.a. die gegenseitige soziale Kontrolle zu gewährleisten und Kontakte zu fördern.

Nebst den Lern- und Arbeitsbereichen sollte ein differenziertes Angebot an Aufenthalts- und Erholungsbereichen (einschliesslich Aussenraum) angeboten werden. Für die unterschiedlichen Bedürfnisse nach Konzentration, Geborgenheit, intensiver Kommunikation etc. sollten unterschiedliche Räume vorhanden sein. Durch die flexiblen nutz- und einrichtbaren Räumlichkeiten sollen die Nutzerinnen und Nutzer ihre Räume eigenverantwortlich mitgestalten können.



Eine gute, öffentliche Durchwegung des Schulareals soll sowohl während als auch ausserhalb der Schulzeit gewährleistet sein. Auf eine klare Adressierung der Zugangsbereiche wird Wert gelegt, ebenso auf eine ortsspezifische Freiraumgestaltung. Auf dem Areal sollen sich die verschiedenen Anspruchsgruppen aus allen Altersklassen wohlfühlen können.

Für die Erarbeitung des Bauprojekts sollen die Nutzenden zur Mitwirkung beigezogen werden:

Einerseits sind es **pädagogische Fragestellungen**, die beantwortet werden müssen. Dieser Einbezug erfolgt unabhängig eines Neubaus, da es sich um die konkrete Umsetzung der Legislaturziele des Schulvorstandes handelt, beispielsweise die Stufendurchmischung oder die Führung der Oberstufe unter einem Dach. Zu diesem Zweck wird die KSAB entsprechende pädagogische Konzepte erarbeiten, welche dann in die Bauprojekte miteinfließen.

Andererseits sind es **planerische Fragestellungen**, welche in enger Zusammenarbeit mit den Nutzenden (Lehrpersonen, Fachschaften, Administration, Leitung und Schulsozialdienst) angegangen werden müssen. Dabei wird es um konkrete Fragestellungen gehen, wie beispielsweise die Anordnung der Räume, damit optimale Abläufe für alle Nutzenden erreicht werden können oder auch zur Ausstattung der Räume.

Frage 3

Wie sieht das Verkehrskonzept aus:

a.) Wie wird sichergestellt, dass 1500 Schüler und Schülerinnen und Lehrpersonen jeden Morgen, Mittag und Abend sicher unterwegs sind?

b.) Wie werden negative Effekte wie Lärm und vor allem Verkehrsaufkommen für das Quartier Tellli verhindert?

a) Es wird davon ausgegangen, dass die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen mit dem Velo anreisen wird. Durch die vermehrte Nutzung von E-Bikes wird dies noch begünstigt. Das Tellli-Areal ist von allen Stadtquartieren mit Velorouten gut erschlossen. Eine Hauptverbindung ist die Komfortroute über die Tellistrasse.

Die Anforderungen an die Verkehrserschliessung bezüglich des Oberstufenstandorts Tellli sind im Rahmen der Überarbeitung des Betriebs- und Gestaltungskonzepts Tellistrasse (BGK) eingeflossen. Die Massnahmen sind im Wettbewerbsprogramm integriert worden und werden während der weiteren Projektierung weiterverfolgt.

Eine weitere wichtige Verbindung für den Velo- oder Fussverkehr ist die Weihermattstrasse, welche die Verbindung Richtung Rohr und Telliring gewährleistet. Der Anschluss des Velowegs in die Stadt unter der T5 hindurch inklusive der Einmündung in die Rohrerstrasse und danach der Bahnlinie entlang wird zukünftig aufgewertet.

Die Bus-Anbindungen sollen für das zusätzliche Verkehrsaufkommen verbessert werden.

b) Der Lärm, welcher durch die Schulnutzung erfolgt, wird zeitlich punktuell begrenzt und mehrheitlich tagsüber stattfinden (Schulstart, Pausen, Schulschluss, allfällige Sportnutzungen o.ä.). Zudem befinden sich die Pausenaussenräume und das Spielfeld im Siegerprojekt im Zentrum der Anlage und werden wenig Einfluss auf das Quartier haben.

Um Lärm ausserhalb des Schulbetriebs zu reduzieren oder zu verhindern, werden klare Regeln zur Nutzung des öffentlich zugänglichen Aussenraums notwendig sein. Wie sich die



Lärmsituation tatsächlich entwickelt, ist momentan noch unklar. Sollte sich das Lärmaufkommen als störend entwickeln, muss der Situation entsprechend nach angepasste Lösungen gesucht werden.

Es ist nur mit gering höherem Verkehrsaufkommen zu rechnen, da die Mehrheit der Nutzenden mit dem Velo anreisen wird. Die zusätzlich mit dem Bus ankommenden Personen sind nicht mit der Anzahl Bus-Nutzenden von der Berufsschule vergleichbar, da diese mehrheitlich von ausserhalb von Aarau mit den ÖV anreisen. Der Individualverkehr wird nur gering zunehmen.

Frage 4:

Gibt es andere Umsetzungsmöglichkeiten, um die pädagogischen Zielsetzungen der KSAB zu erreichen?

Der ausgewiesene Schulraumbedarf der Oberstufe beträgt 78 Abteilungen. Dieser soll auf die Gemeinden Buchs (Ausbau Standort Suhrenmatte auf 24 Abteilungen) und Aarau (Ausbau auf 54 Abteilungen) aufgeteilt werden. Die Anzahl Abteilungen entspricht anteilmässig etwa der Bevölkerung von Buchs im Verhältnis zu Aarau (Bevölkerung Aarau ca. 71%; Buchs ca. 29%; von insgesamt ca. 30'000 Bewohnerinnen und Bewohnern). Die Standortstrategie seitens der KSAB ist mit zwei Standorten gesetzt: Einer in Aarau (54 Abteilungen) und einer in Buchs (24 Abteilungen).

Für einen optimalen stufendurchmischten Standort mit allen drei Stufen (Bez, Sek, Real und Spezialklassen) sind gemäss Vorgaben der KSAB mindestens 24 Abteilungen pro Standort notwendig. Der Standort Suhrenmatte würde gemäss neuen Raumbedürfnissen von 12 auf 24 Abteilungen ergänzt und entspräche damit den Kriterien. Das Betriebskonzept OSZ Telli und das Raumprogramm der Schule basieren auf einem Clusterkonzept mit je 6 Abteilungen und anteilmässig dazugehörigen schulischen Nebenräumen. Dies ist von zentraler Bedeutung. Die Abstufungen der Schulhausgrössen (Anzahl Abteilungen) sollte sinnvollerweise in diesen 6-er Schritten erfolgen (24, 30 oder 54 Abteilungen). Der Stadtrat stützt sich, nach dem Nein der Ortsbürgergemeinde Aarau zum Landabtausch, bei der Eruerung von zusätzlichen Umsetzungsvariante, auf diese Vorgaben.

Nebst der Anzahl Abteilungen inkl. der zugehörigen fachlichen Unterrichtsräume sind Räumlichkeiten für die Schuladministration und die Sporthallen mit zu berücksichtigen. Für die Nutzenden soll genügend Aussenraum zur Verfügung stehen. Eine moderne Schulinfrastruktur beinhaltet auch die Möglichkeit der Verpflegung (Mensa) hauptsächlich über Mittag, weil nicht alle Schülerinnen und Schüler die Option haben, zu Hause zu essen. Bei allen zu erarbeitenden Varianten sollen die Grundsätze der Leitsätze der KSAB angewendet werden. Die Säulen der Schulraumstrategie, die auch pädagogische Zielsetzungen beinhaltet, wie sie unter Frage 1 beantwortet wurden, bleiben somit bestehen:

Die KSAB verfügt über eine zeitgemässe Schulinfrastruktur.

Allen Schülerinnen und Schülern sowie Angestellten der KSAB steht eine zeitgemäss ausgestattete räumliche Infrastruktur mit hoher Aufenthaltsqualität zur Verfügung. Ziel ist eine moderne und flexibel nutzbare Schulinfrastruktur zur Umsetzung der Ziele der KSAB und des neuen Aargauer Lehrplans Volksschule (neue, offene Lernformen / Lernlandschaften).

Die KSAB ist eine integrative Schule.

Die Beschulung möglichst aller Kinder in Regelklassen erfordert entsprechende Räumlichkeiten. Mit der räumlichen Zusammenführung der Real-, Sekundar- und Bezirksschule wird die Durchlässigkeit zwischen den drei Leistungstypen der Oberstufe gefördert.



Aarau und Buchs denken grenzübergreifend.

Bei der Zuteilung der Kinder zu einem Schulstandort stehen die Schulwegsicherheit, die Schulweglänge und die verfügbaren Kapazitäten an den jeweiligen Standorten über dem Kriterium der Gemeindezugehörigkeit.

Die KSAB pflegt einen sorgsamem und nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen.

Die KSAB plant flexibel und multifunktional nutzbare Räume, die den heutigen Bedürfnissen entsprechen und sich künftigen Entwicklungen anpassen können.

Frage 5:

Was passiert, wenn die Bevölkerung in einer Abstimmung die Vorlagen der Stadt nicht mitträgt? Besteht bei einer allfälligen Ablehnung des OSZ Telli die Möglichkeit von mehreren moderateren Oberstufenstandorten? Was sind die Vor- und Nachteile des Standorts Schachen als dritter Standort neben der auszubauenden Suhrenmatte in Buchs?

Nach der Ablehnung des Landabtausches durch die Ortsbürgergemeindeversammlung sollen weitere Lösungsansätze für die Erstellung des notwendigen Oberstufenschulraums überprüft werden. Der Kreditantrag für die Überprüfung dieser Optionen soll am 22. Januar 2024 im Einwohnerrat diskutiert werden.

Bei der Suche nach einer Lösung für die Realisierung der total 54 Abteilungen auf dem Stadtgebiet Aarau sollen die Bedenken aus der Bevölkerung, eine Schulanlage würde zu gross, berücksichtigt werden und Möglichkeiten der Verteilung der notwendigen 54 Abteilungen auf zwei Standorte untersucht werden. Mit dem weiter bestehenden Standort Buchs, würde sich die gesamte Oberstufe der KSAB neu auf drei Standorte verteilen.

Bei der Überprüfung der Möglichkeiten wird der Schachen als Oberstufenstandort in Szenario A mitberücksichtigt (Anzahl Abteilungen Telli: 30, Anzahl Abteilungen Schachen: 24). Die Überprüfung wird die Vor- und Nachteile des Standorts Schachen aufzeigen.

Jan Depta, Mitglied: Besten Dank für die Beantwortung unserer Anfrage. Der Stadtrat und die Schule haben aufgezeigt, was sie heute bereits beantworten können. Uns als die Mitte stellen sich nun Folgefragen. Inzwischen hat sich nämlich die Ausgangslage massgeblich geändert. Die Ortsbürger haben den Landabtausch, der als Bedingung für die Realisierung des Projektes diente, abgelehnt. Die KSAB hat angekündigt, ihre Struktur zu überprüfen. Die Diskussion über ein Zusammengehen mit Unterentfelden läuft und es braucht eine umfassende Planung für provisorischen Schulraum. In den letzten Jahren haben die Schülerzahlen zugenommen und es zeichnet sich ab, dass es noch mehr werden. Es braucht also zusätzlichen Schulraum. Diese Herausforderung ist unabhängig vom Landabtausch, der Gestaltung des Unterrichts oder der Schulorganisation. Die bestehenden Schulanlagen sind nicht zukunftstauglich. Die Infrastruktur entspricht nicht dem Standard, um den Lehrplan 21 umzusetzen. Man kann mit dem Lehrplan einverstanden sein oder nicht. Diese Frage steht aber bei der Umsetzung des Schulraums nicht zur Diskussion. Aarau hat ein Interesse an einem attraktiven Schulangebot und auch daran, genügend Schulraum für Mittelschüler in Aarau anzubieten. Insbesondere, wenn die Schülerzahlen steigen. Wenn nämlich ein Stau durch die Verbreiterung der Strasse in der Oberstufe gelöst wird, dann wird der Stau in die Mittelschulen verlagert. Die kantonale Schulplanung ist also auch für die Stadt Aarau von grossem Interesse und trägt zur Attraktivität der Stadt bei. Die Frage ist nun, wie geht der Stadtrat mit all diesen Entwicklungen um? Es sind also komplexe Fragestellungen mit parallel laufenden Prozessen und Entwicklungen, die vor Staatsebenen, unterschiedlichen Gemeinden und Gemeindeverbänden und auch unterschiedlichen Ressorts innerhalb des Stadtrats nicht haltmachen. Die Frage, die sich uns dabei stellt, ist: Wer



übernimmt die Federführung, den Lead, wer hat die gesamte Übersicht, setzt die Prioritäten und bringt das alles zusammen? Wir setzen uns für ein Gesamtkonzept über die Schulraumplanung über alle Ebenen im Interesse der Stadt Aarau und ihrer Bürger ein.



Traktandum 7

Anfrage Urs Winzenried (SVP): Sicherheit am Bahnhof Aarau

Anja Kaufmann, Präsidentin: Am 23. Oktober 2023 hat Einwohnerrat Urs Winzenried SVP eine Anfrage "Sicherheit am Bahnhof Aarau" eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1:

Wie beurteilt der Stadtrat generell die aktuelle Sicherheitslage in Aarau, insbesondere am Bahnhof Aarau.

Der Stadtrat beurteilt die aktuelle Sicherheitslage in Aarau als sehr gut, im Bahnhofbereich als zeitweise angespannt.

Frage 2:

Wie beurteilt der Stadtrat die aktuelle Drogensituation (Drogenszene) in Aarau, insbesondere am Bahnhof Aarau.

Die Situation am Bahnhof Aarau bewegt sich seit Jahren auf gleichbleibendem Niveau. Gemeinsam mit der Kantonspolizei und der Bahnpolizei gewährleistet die Stadtpolizei die nötige Präsenz und die Kontrolltätigkeit. Die weiteren Angebote der Stadt, welche zurzeit oder in Zukunft zur Bearbeitung dieser Problematik eingesetzt werden, ergänzen diese Tätigkeit unter Berücksichtigung der verschiedenen Dimensionen, welcher ein solcher Hotspot mit sich bringt.

Frage 3:

Kann der Stadtrat die Angst von Bürgerinnen und Bürgern, sich insbesondere am Abend und in der Nacht am Bahnhof Aarau aufzuhalten, nachvollziehen?

Stadtpolizei, Kantonspolizei, Bahnpolizei und Transsicura wirken auf dem Aarauer Bahnhofsgelände präventiv wie auch repressiv und halten so nach Möglichkeit die subjektive Sicherheit hoch. Auch die SIP-Aarau patrouilliert seit August regelmässig in diesem Gebiet.

Frage 4:

Markiert die Stadtpolizei nach Ansicht des Stadtrates am Bahnhof Aarau in ausreichendem Masse sichtbare Präsenz zur Verhinderung von Belästigungen, Anpöbeleien gewaltsamen Auseinandersetzungen und Drogendelikten? Sind für die Präsenz am Bahnhof genügend Einsatzkräfte vorhanden?

Der Stadtrat ist der Ansicht, dass die Stadtpolizei mit rund 3'000 Präsenzstunden im Bahnhof Aarau genügend sichtbare Präsenz markiert. Diese Stundenanzahl wird seit mehreren Jahren als Ziel vorgegeben und dafür sind auch genügend Einsatzkräfte vorhanden. Je nach Entwicklung der Situation kann und wird darauf reagiert.

Frage 5:

Wie beurteilt der Stadtrat die vermehrt geäusserte Befürchtung, dass sich der Bahnhof Aarau (Achse Zürich, Brugg, Olten, Bern) künftig noch vermehrt zu einem Drogen-Hotspot mit allen negativen Nebenerscheinungen entwickeln könnte.

Der Stadtrat geht nicht davon aus, dass Aarau zu einem nationalen Drogen-Hotspot wird und teilt deshalb diese Befürchtung nicht.



Frage 6

Steht die Stadtpolizei in Bezug auf die Sicherheitslage am Bahnhof Aarau täglich oder zumindest regelmässig mit der Kantonspolizei Aargau und der SBB-Transportpolizei in Kontakt? Bestehen gemeinsame Absprachen mit entsprechend koordinierten Massnahmen?

Die Stadtpolizei steht regelmässig mit allen Playern (Kantonspolizei, Bahnpolizei, Transsicura) in Kontakt. Dabei werden gemeinsame Absprachen getroffen und koordinierte Kontrollen durchgeführt.

Frage 7:

Beabsichtigt der Stadtrat, mit zusätzlichen technischen Überwachungsmitteln (zB Kameras) die Sicherheitslage am Bahnhof Aarau präventiv und repressiv noch zu optimieren?

Zurzeit sind 13 Überwachungskameras auf dem Bahnhofplatz und zwei im Bereich der Einsteinhalle montiert. Weitere sind zurzeit nicht geplant.

Frage 8:

Könnte sich der Stadtrat für Aarau die Einrichtung eines Drogen-Konsumraumes (Bsp. Olten, Chur), vorstellen, in dem die Süchtigen zur Verhinderung einer offenen Szene den Stoff einnehmen?

Der Schaffung einer Kontakt- und Anlaufstelle steht der Stadtrat grundsätzlich offen gegenüber. Die Suchthilfe Aargau erfüllt im Auftrag des Departementes Gesundheit und Soziales und dem Departement Volkswirtschaft des Inneren die Aufgaben der vier Säulenstrategie des Bundes (admin.ch). Deshalb können Massnahmen, wie die Schaffung eines "Drogen-Konsumraumes", nur gemeinsam mit dem Kanton Aargau und den Gemeinden im Kanton umgesetzt werden. Mit der Interpellation vom 12. September 2023 (GR.23.289) wurde der Grosse Rat von verschiedenen Parteien zum aktuellen Stand angefragt. Der Stadtrat steht im Kontakt mit den kantonalen Stellen und prüft aktuell das weitere Vorgehen.

Frage 9:

Wie stuft der Stadtrat aktuell die Gefahr eines terroristischen Anschlages oder aber die Wahrscheinlichkeit von Demonstrationen im Zusammenhang mit den Ereignissen in Nahost am Bahnhof Aarau oder andernorts in Aarau ein? Würde der Stadtrat zum jetzigen Zeitpunkt Demonstrationen in diesem Zusammenhang bewilligen?

Der Stadtrat kann die aktuelle Gefahr eines terroristischen Anschlages nicht einstufen. Dafür ist der Bund zuständig. Sollte ein Gesuch für eine Demonstration bei der Stadt eingehen, müsste dieses im Einzelfall, wie bei allen anderen Gesuchen, geprüft werden. Bis anhin war dies nicht der Fall.

Urs Winzenried, Mitglied: Die Medien haben in den vergangenen Wochen ausführlich über die Situation an den Bahnhöfen im Kanton Aargau, insbesondere auch über die Situation am Bahnhof Aarau, berichtet. Heute wurde die Forderung im Grossen Rat nach einem Security-Point gestellt. Schlagzeilen über die wachsende Drogenszene, Verletzte nach Gewaltvorfällen haben das Fass zum Überlaufen gebracht. Die Kundschaft fühlt sich gestört. Darüber konnte man beinahe täglich lesen. Andererseits haben wir vor ein paar Tagen gehört, dass die Stadtpolizei und die Kantonspolizei ihre Patrouillen am Bahnhof wieder herunterfahren. Die beiden Stadträtinnen Dell'Aquila und Cavegn haben am 22. Dezember der AZ ein sehr ausführliches Interview zum Thema Bahnhofsgewerbe gegeben. Viele meiner Fragen sind in diesem Interview bereits beantwortet worden. Der Bahnhof ist keine rechtsfreie Zone, wurde gesagt. Diese Aussage hören wir gerne. Aarau hat nebst dem Bahnhof noch 49 andere Hotspots. Das mag so sein, aber kein anderer Hotspot ist von so grosser



Bedeutung wie der Bahnhof. Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung meiner Anfrage. Fazit: Die Sicherheitslage am Bahnhof ist gemäss Stadtrat teilweise zwar noch angespannt, bewegt sich aber auf einem gleichbleibenden Niveau. Das würde ich so nicht unterschreiben. Die Polizei wirkt am Bahnhof präventiv und repressiv und markiert aus Sicht des Stadtrats genügend sichtbare Präsenz. Das würde ich so nicht unterschreiben. Der Stadtrat befürchtet keine Entwicklung des Bahnhofs Aarau zu einem nationalen Drogenhotspot. Hoffentlich behält er recht. Ich habe gewisse Zweifel an dieser Aussage. 15 Überwachungskameras am Bahnhof sind für den Stadtrat ausreichend. Da stellt sich einfach die Frage, Sicherheit kontra Datenschutz. Für mich ist die Sicherheit mindestens so wichtig, wenn nicht wichtiger als der Datenschutz. Letztlich könnte sich der Stadtrat einen Drogenkonsum und einen Kontaktraum vorstellen und ist diesbezüglich in Diskussion mit dem Kanton. Hoffentlich geht in dieser Richtung auch in Aarau etwas. Eine Frage hat der Stadtrat meines Erachtens bewusst oder unbewusst nicht so klar beantwortet. Nämlich die Frage, ob der Stadtrat die Angst, die Unsicherheit und das Unwohl vieler Bürgerinnen und Bürger am Bahnhof, vor allem nachts, nachvollziehen kann? Diese Frage ist nicht mit einem klaren Ja beantwortet worden. Ich hoffe, dass der Stadtrat aber die Ängste, welche in der Bürgerschaft weitläufig vorhanden sind, wirklich ernst nimmt. Es ist Tatsache, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger in Aarau, nicht nur ältere Personen, am Bahnhof unsicher und unwohl fühlen. Ich bin von der Antwort des Stadtrats teilweise befriedigt.



Traktandum 8

Anfrage Urs Winzenried (SVP): Einheitspolizei oder duales Sicherheitssystem in Aarau?

Anja Kaufmann, Präsidentin: Am 5. November 2023 hat Einwohnerrat Urs Winzenried (SVP) eine Anfrage "Einheitspolizei oder duales Sicherheitssystem in Aarau" eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1:

Welche Haltung hat der Stadtrat generell zu dem vom Regierungsrat geplanten Wechsel zur Einheitspolizei?

Der Stadtrat hat sich am 7. September 2020 im Rahmen der Gemeindebefragung zur Evaluation der dualen Polizeiorganisation und am 20. Februar 2023 zum Planungsbericht für die Weiterentwicklung der Polizeiorganisation im Kanton Aargau für die Fortführung des dualen Polizeisystems mit verbessernden Reformen ausgesprochen. Diese Haltung gilt unverändert heute noch.

Der Stadtrat steht zur 323 Jahre alten Stadtpolizei und ist mit deren Leistungen sehr zufrieden. Es ist für ihn wichtig, dass auch in der Zukunft eine genügende Präsenz der Polizei in Aarau gewährleistet ist.

Frage 2:

Welche Vorteile und welche Nachteile hätte aus der Sicht des Stadtrates der Wechsel zu einer Einheitspolizei für die Stadt Aarau?

Bei einem Wegfall des heutigen "dualen Polizeisystems" werden die Kenntnisse der lokalen Verhältnisse, die vernetzte Zusammenarbeit mit den lokalen Partnern (z.B. Schulen, Soziale Dienste, Bauämter, Werkhöfe, Pflegeheime, Kanzleien, RFO, Vereinen usw.) sowie die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern geschwächt. Ebenfalls wird die direkte und rasche Einflussnahme der Stadt und der Vertragsgemeinden bei der lokalen Sicherheit voraussichtlich massiv leiden. Durch die demokratische Kontrolle auf kommunaler Ebene ist auch der sorgsame Umgang mit den Ressourcen besser gewährleistet.

Frage 3:

Wie beurteilt der Stadtrat aktuell die Qualität der Zusammenarbeit zwischen der Stadtpolizei und der Kantonspolizei in der Stadt Aarau und in den sechs vorgenannten Vertragsgemeinden?

Die Zusammenarbeit zwischen der Stadtpolizei Aarau und der Kantonspolizei Aargau auf dem Platz Aarau zeichnet sich durch einen gegenseitigen, sachlichen und korrekten Umgang auf allen Stufen aus. Dies führt dazu, dass die bestehenden Aufgaben bis heute jederzeit im Sinn der Sache erledigt werden können.

Frage 4:

Bestehen aus der Sicht des Stadtrates Kritikpunkte und Vorbehalte hinsichtlich der Tätigkeit der Kantonspolizei zugunsten der Stadt Aarau? Wenn ja, in welcher Hinsicht?

Es bestehen aus Sicht des Stadtrates keine Kritikpunkte und Vorbehalte hinsichtlich der Tätigkeit der Kantonspolizei Aargau zugunsten der Stadt Aarau.



Frage 5:

Teilt der Stadtrat insbesondere die an der Medienkonferenz der Gegner einer Einheitspolizei vom 2. November geäußerte Kritik, die Vertreter der Regionalpolizeien fühlten sich vom Kanton übergangen und nicht genügend wertgeschätzt?

Der Stadtrat hat von einer solchen Äusserung in diesem konkreten Wortlaut keine Kenntnis und kann sie somit weder beurteilen noch werten.

Frage 6:

Warum haben der Stadtrat und /oder zumindest der Leiter Abteilung Sicherheit der Stadt Aarau nicht an der Medienkonferenz vom 2. November teilgenommen? Wurde die Kantonshauptstadt nicht zu dieser Medienkonferenz eingeladen oder wollte sich der Stadtrat zu der Frage einer Einheitspolizei bewusst nicht äussern? Wenn ja, warum nicht?

Weder der Stadtrat noch der Abteilungsleiter Sicherheit der Stadt Aarau waren zur Teilnahme an der Medienkonferenz vom Donnerstag, 2. November 2023 eingeladen und auch nicht hierfür vorgesehen. Dies trifft für die meisten anderen Regionalpolizeien und deren politische Vertreter im Kanton Aargau zu und war konzeptionell so gewollt.

Frage 7:

Hat der Stadtrat bei den Mitarbeitenden der Stadtpolizei im Zusammenhang mit einem möglichen Wechsel zur Einheitspolizei in den vergangenen Monaten bereits einmal „den Puls gefühlt“? Wenn ja, wie war das Echo der Mitarbeitenden zu einem allfälligen Wechsel?

Der Stadtrat hat keine Umfrage bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtpolizei zur vorliegenden Thematik durchgeführt.

Frage 8:

Hat der mögliche Wechsel zur Einheitspolizei für den Stadtrat personalpolitische Auswirkungen bei der Stadtpolizei, zB. in Hinblick auf die Pensionierung des Leiters Abteilung Sicherheit oder bei anderen künftigen Rekrutierungen?

Zurzeit hat der mögliche Wechsel zu einer Einheitspolizei keine personalpolitischen Auswirkungen.

Frage 9:

Kennt der Stadtrat die Haltung der sechs vorgenannten Vertragsgemeinden zur Frage einer künftigen Einheitspolizei und haben in diesem Zusammenhang bereits Absprachen stattgefunden oder sind solche geplant?

Absprachen zwischen dem Stadtrat und den Gemeinderäten der Vertragsgemeinden haben keine stattgefunden und es sind zurzeit auch keine solchen geplant.

Eine Umfrage bei den Gemeinderäten der Vertragsgemeinden hat ergeben, dass alle Vertragsgemeinden mit der momentanen Situation und den erbrachten Dienstleistungen der Stadtpolizei Aarau sehr zufrieden sind, sich gut aufgehoben fühlen und der unkomplizierte und direkte Kontakt sowie der Umgang geschätzt wird. Die einen Gemeinderäte haben die Thematik allerdings bis heute nicht vertieft diskutiert, andere wollen für eine konkrete Stellungnahme für und wider das duale Polizeisystem die Debatte zur Anhörung im Grossen Rat abwarten, da diverse Detailfragen noch nicht geklärt sind. Andere haben sich weiterhin für die Beibehaltung des dualen Polizeisystems und die Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei ausgesprochen. Dies mit dem Anspruch, das System weiter zu entwickeln, jedoch nicht im Sinn einer Einheitspolizei.



Silvia Dell'Aquila, Stadträtin: Ich möchte lediglich eine Präzisierung machen, keine Replik oder Stellungnahme zur Anfrage. Urs Winzenried hat erwähnt, dass die Kantonspolizei und die Stadtpolizei ihre Patrouillentätigkeit wieder auf das normale Niveau heruntergefahren hätten. Dies trifft aber nur auf die Kantonspolizei zu. So wurde es auch in der Zeitung erwähnt. Die Stadtpolizei war 1'400 Stunden mehr unterwegs, als die Zielvorgabe von 3'000 Stunden, also 4'400 Stunden. Die Kantonspolizei hat die Fokusgruppe wieder zurückgefahren, die Stadtpolizei ist immer noch unverändert unterwegs.

Urs Winzenried, Mitglied: Wir bleiben bei der Polizei. Einheitspolizei oder duales Sicherheitssystem? Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung meiner Anfrage. Der Stadtrat spricht sich unmissverständlich für die Beibehaltung des dualen Sicherheitssystems und damit für das Weiterbestehen seiner Stadtpolizei aus. Das ist eine legitime Haltung, auch wenn sie sich nicht mit meiner persönlichen Haltung deckt. Der Stadtrat ist mit den Leistungen seiner Stadtpolizei zufrieden. Es ist unbestritten der Fall, dass die Stadtpolizei gute Arbeit leistet und das freut natürlich die Mitarbeiter der Stadtpolizei. Der Stadtrat sieht in einem Wechsel zu einer Einheitspolizei zu meinem Erstaunen auf der einen Seite zwar einen gewissen Reformbedarf, aber er sieht nur Nachteile und keinen einzigen Vorteil bei einer Einheitspolizei. Diese Aussage ist meines Erachtens nicht sehr differenziert und ist eine Aussage pro domo. Rettung der eigenen Hausmacht könnte man auch ein wenig überspitzt sagen. Der Stadtrat nennt als Vorteil der Stadtpolizei und des dualen Sicherheitssystems die Bürgernähe. Fakt ist beispielsweise, dass die Stadtpolizei Aarau mit 39 Mitarbeitenden sechs Gemeinden und insgesamt rund 50'000 Einwohner betreut. Die Re-pol Lenzburg betreut 24 Gemeinden mit 75'000 Einwohnern. Wo ist da die Bürgernähe dieser Regionalen Polizeien? Der Stadtrat lobt die Zusammenarbeit zwischen der Stadtpolizei und der Kantonspolizei, trotz bestehender Schnittstellenproblemen. Er übt eigentlich gar keine Kritik an die Adresse der Kantonspolizei. Der Stadtrat hat trotz der Virulenz dieser Thematik, Einheitspolizei oder duales Sicherheitssystem, bis jetzt weder mit seinen eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, noch mit den Vertragsgemeinden konkrete und vertiefte Gespräche über das Thema Einheitspolizei durchgeführt. Das finde ich ein wenig schade, geben doch derartige Gespräche gerade mit den Mitarbeitenden allenfalls auch wichtige wertvolle Erkenntnisse. Mit den Antworten des Stadtrats bin ich formal sehr zufrieden. Mit den Inhalten der meisten Antworten bin ich nicht einverstanden



Traktandum 9

Anfrage Jan Depta (Die Mitte), Michael Schibli (Die Mitte): Wie sicher sind die Daten der Stadt und unserer Bürgerinnen und Bürger

Anja Kaufmann, Präsidentin: Am 4. Dezember 2023 haben die Einwohnerräte Jan Depta (Die Mitte) und Michael Schibli (Die Mitte) eine Anfrage betreffend "Wie sicher sind die Daten der Stadt und unserer Bürgerinnen und Bürger?" eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1:

Seit wann ist dem Stadtrat dieses Informatik-Leck bekannt?

Dass Daten der Stadt Baden im Darknet aufgetaucht sind, ist seit der Veröffentlichung des entsprechenden NZZ-Artikels am Nachmittag des 4. Dezembers 2023 bekannt. Der Stadtrat wurde noch während seiner laufenden Stadtratssitzung umgehend darüber informiert

Frage 2:

Was hat der Stadtrat seither angeordnet?

Die Arbeiten zur Aufarbeitung des Vorfalls laufen innerhalb der IZAB unter Beizug aller nötigen internen und externen Fachexperten, darunter auch externe IT-Forensiker und weitere Sicherheitsspezialisten. Abgesehen von den unmittelbaren Massnahmen zur Aufklärung des Vorfalls und zur Behebung seiner Folgen ist es aktuell noch zu früh, dass der Stadtrat über konkrete weitere Massnahmen entscheiden könnte. Dies wird nach der vollständigen Aufarbeitung des Vorfalls erfolgen.

Frage 3:

Wie beurteilt der Stadtrat die Sicherheit der Daten der Stadtverwaltung?

Nach aktuellem Stand der Erkenntnisse sind keine Daten der Stadtverwaltung Aarau vom erwähnten Vorfall betroffen. Das System, aus welchem die im Darknet aufgetauchten Badener Daten stammen, wird von der Stadt Aarau nicht verwendet

Frage 4:

Welche Konsequenzen für die Informatik-Zusammenarbeit mit Baden zieht der Stadtrat aus dem Vorfall?

Die aktuellen Angriffe und Datendiebstähle bei vielen verschiedenen öffentlichen und privaten Institutionen bestätigen die seit längerem bekannte These, dass es nicht die Frage ist, "ob" man angegriffen wird, sondern "wann" man angegriffen wird.

Die IT-Sicherheit genoss und geniesst für beide Städte einen sehr hohen Stellenwert. Entsprechend wurden bereits bisher namhafte Mittel in die IT-Sicherheit investiert. Dies sowohl auf der technischen Seite, als auch personell und mit externen Fachpersonen. Diese Tendenz wird sich weiter verstärken, die Kosten für die IT-Sicherheit werden entsprechend weiter ansteigen. Das ist aber kein spezifisches Phänomen der IZAB oder eine Folge der Zusammenarbeit zwischen Aarau und Baden, sondern betrifft heutzutage alle IT-Organisationen jeder Grösse.

Keine Bemerkungen zu dieser Anfrage.



Traktandum 10

Ersatzwahl eines Mitgliedes der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2022-2025 (anstelle von Stefan Zubler)

Anja Kaufmann, Präsidentin: Stefan Zubler hat am 10. Dezember 2023 seinen Rücktritt aus der FGPK eingereicht, nachdem er das Amt rund 5 Jahre ausgeübt hat. Ich danke Stefan Zubler für seinen Einsatz in der FGPK. Seine fundierten Worte waren immer sehr geschätzt. Als Nachfolgerin von Stefan Zubler steht Regina Tschopp Schmid zur Wahl.

Stefan Zubler, Mitglied: Vielen Dank für die netten Worte von Anja Kaufmann. Einen herzlichen Dank richte ich an alle ehemaligen und aktuellen Kolleginnen und Kollegen, mit welchen ich fünf Jahre lang in der FGPK zusammenarbeiten durfte. Es war eine intensive, aber sehr spannende Zeit und die fraktionsübergreifende Zusammenarbeit in der Kommission, wie auch der Austausch mit den verschiedenen Auskunftspersonen der Verwaltung, habe ich immer sehr geschätzt. Ebenfalls ein spezieller Dank geht an meine beiden Fraktionskollegen, Rainer Lüscher und Matthias Zinniker. Mit ihnen durfte ich die FDP in der Kommission vertreten. Es freut mich ausserordentlich, dass wir als FDP-Fraktion Regina Tschopp Schmid zur Wahl in die FGPK vorschlagen dürfen. Regina Tschopp ist verheiratet und Mutter von drei Kindern, die zwischen 8 und 13 Jahre alt sind. Mit ihrer Familie wohnt sie im Zelgliquartier. Sie hat ihre Matura an der Alten Kantonsschule in Aarau absolviert. Im Anschluss daran hat sie Rechtswissenschaften an der Uni Zürich studiert. Seit dem Jahr 2006 hat sie zudem das Anwaltspatent des Kantons Aargau. Nach der Anwaltsprüfung war sie 12 Jahre bei der Six Swiss Exchange in verschiedenen Funktionen tätig und seit dem Jahr 2018 arbeitet sie in Aarau bei der Aargauischen Kantonalbank als legal Council. In dieser Funktion kümmert sie sich um alle Arten von rechtlichen Fragen, welche ein Unternehmen und insbesondere ein Bankenbetrieb mit sich bringen. Regina Tschopp rutschte vor einem Jahr in den Einwohnerrat nach. Es dauerte nicht lange, bis sie sich in der politischen Arbeit zurecht fand. Seither überzeugt sie in unserer Fraktion mit einer sehr strukturierten Bearbeitung ihrer Dossiers. In der Diskussion bleibt sie stets konstruktiv, kann aber ihre Meinung klar vorbringen. Wir sind überzeugt, dass Regina Tschopp mit ihrer sachlichen und gewissenhaften Art alles Notwendige für die Kommissionsarbeit mitbringt und dass sie mit ihrer Fähigkeit eine Bereicherung für die FGPK bringt. Ich danke Regina Tschopp, dass sie sich für dieses Amt zur Verfügung stellt und danke für Ihre Unterstützung bei der Wahl.

Anja Kaufmann, Präsidentin: Wir kommen nun zur Wahl und ich bitte Sie, die verteilten Wahlzettel auszufüllen.

Wahlprotokoll

Ausgeteilte Wahlzettel	45
------------------------	----

Wahlergebnis

Eingelangte Wahlzettel	45
Ausser Betracht fallende Wahlzettel	
- ganz leere	1
- ungültige	0
In Betracht fallende Wahlzettel	44
Anzahl der zu Wählenden	1
Gesamtzahl der gültigen Stimmen	44
Absolutes Mehr	23



Gewählt ist Regina Tschopp Schmid
vereinzelt gültige Stimmen
Total gleich der Gesamtzahl der gültigen
Stimmen

44 Stimmen

0



Traktandum 11

Erneuerung Sport- und Freizeitanlage Winkel; Baukredit

Anja Kaufmann, Präsidentin: Mit Botschaft vom 13. November 2023 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

Der Einwohnerrat bewilligt den Baukredit für die Erneuerung der Sport- und Freizeitanlage Winkel von 5'415'000 Franken inkl. 8.1 % MwSt., zzgl. teuerungsbedingter Mehrkosten seit April 2023.

Zu diesem Geschäft liegen zwei Anträge vor.

Antrag FGPK

Der Baukredit sei für die zusätzliche Realisierung des 9er-Spielfelds und der entsprechenden Garderoben um 832'000 Franken auf 6'247'000 Franken zu erhöhen.

Antrag FDP

Der Baukredit sei für die zusätzliche Realisierung des 9er-Spielfelds, des zweiten Kunstrasenfeldes und der entsprechenden Garderoben um 1'895'000 Franken auf 7'310'000 Franken zu erhöhen.

Wir hören zuerst das Votum der FGPK und steigen anschliessend in die Diskussion im Einwohnerrat ein. Die Anträge können dann einzeln begründet werden oder einen Teil des gesamten Referats ausmachen. Nach der Stellungnahme des Stadtrats folgt die Abstimmung. Wir werden zuerst - sofern nicht noch weitere Anträge dazukommen - über die bestehenden Anträge der FGPK und der FDP befinden und diese Anträge einander gegenüberstellen. Anschliessend wird über den obsiegenden Antrag abgestimmt. Wird dieser gutgeheissen, fliesst er in die Schlussabstimmung ein.

Urs Winzenried, Mitglied: Die FGPK hat sich am 8. Januar 2024 sehr intensiv und auch kontrovers mit dem Baukredit Winkel auseinandergesetzt. Als Auskunftspersonen standen Stadträtin Suzanne Marclay-Merz, Frau Lisa Diggelmann, Leiterin der Sektion Sport und Herr Bernhard Gaul, Projektleiter Sektion Hochbau zur Verfügung. Einleitend haben die Auskunftspersonen zusammengefasst folgende Ausführungen gemacht: Nach der erfolgten Rückweisung im Einwohnerrat ist das Projekt in einem partizipativen Prozess zum heutigen Antrag des Stadtrats weiterentwickelt worden. Das GESAK zeigt deutlich, dass im Bereich Fussball-Infrastruktur in Aarau Nachholbedarf besteht. Der Stadtrat beantragt neu ein Naturrasenfeld, ein Kunstrasenfeld und daneben relativ viel Multifunktionalfläche. Infolge des Verzichts auf ein 9er-Spielfeld kann man auch auf die Garderoben verzichten. Die gewonnene Fläche kann jetzt vermehrt als Multifunktionalfläche genutzt werden. Der beantragte Kredit von 5.4 Millionen Franken ist trotz Reduktion des Projekts unverändert oder beinahe unverändert hoch. Dies aufgrund der allgemeinen Aufwertung des Areals und von gewissen Massnahmen im Bereich Biodiversität und Ökologie. Das aktuelle Projekt ist auch nach der Meinung der IG Winkel jetzt so mehrheitsfähig. Das gewonnene Vertrauen sollte man nicht auf das Spiel setzen. Jede Änderung des Projektes würde Widerstand erzeugen. Einsprachen sind zwar nie ganz auszuschliessen, aber beim aktuellen Projekt nicht wahrscheinlich. Weitere Fussball-Flächen in Aarau sind sicher erforderlich, insbesondere im Schachen. Dort gibt es ja auch bereits Zielszenarien, wie man zusätzliche Fussball-Flächen



schaffen könnte. Der Stadtrat steht nach der Abwägung zwischen wünschbaren und realisierbaren Szenarien hinter dem jetzt aktuell beantragten Projekt, als sogenannt grösster gemeinsamer Nenner. Das Verkehrskonzept kann beim aktuellen Projekt unverändert übernommen werden. Eine Parkplatzbewirtschaftung ist ohnehin geplant. Aufgrund der getrennten Garderoben können auch Männer und Frauen parallel auf diesen Flächen spielen. Die geplante Kunstrasenqualität im Winkel ermöglicht Spiele bis zur ersten Liga, aber nicht mehr. Die Fussballfelder und die multifunktionalen Sportrasen sind im Aufbau und aufgrund der Qualität absolut gleichwertig. Die Stadt plant künftig, alle Gebäude mit einer PV-Anlage durch Eniwa ausrüsten zu lassen, möchte aber keine einzelnen Gebäude vorziehen und somit im Moment auch nicht das Projekt Winkel. Das ökologische Konzept sieht Massnahmen, insbesondere im Umfeld der Anlagen, vor. Beispielsweise Hecken gegenüber der Wohnsiedlung Winkel. Das Stellenpensum für den Unterhalt der Anlage wird von 60 Prozent auf 100 Prozent erhöht. Überlegungen, für den Fall einer Fusion von Aarau mit Unterentfelden, hat sich der Stadtrat bis jetzt noch nicht gemacht. Wir haben in der FGPK zwei Änderungsvorschläge intensiv und kontrovers diskutiert. Der erste, weitergehende Vorschlag wünscht eine Erhöhung des Kredits um 1.8 Millionen Franken für ein zweites Kunstrasenfeld und ein 9er-Spielfeld sowie Garderoben. Gemäss den Auskunftspersonen würde bei diesem Projekt sehr viel Goodwill verspielt. Der Prozess würde in Frage gestellt und sicher zu Widerstand führen. Auch in der Diskussion der FGPK hat man mehrheitlich Bedenken geäussert und ein formaler Antrag ist nach erfolgter Diskussion zu diesem Antrag nicht gestellt worden. Ein zweiter, ein wenig reduzierter Vorschlag in der FGPK hat auch zu reden gegeben. Dieser Vorschlag wünscht eine Realisierung des ursprünglich geplanten 9er-Felds und der entsprechenden Garderoben. Er geht also bedeutend weniger weit, als der erste Vorschlag. Als Begründung wird vorgebracht, dass das 9er-Feld im Winkel einfacher realisiert werden kann, als im Schachen. Es würde ein grosser Mehrwert resultieren und es würde immer noch genügend sogenannte Multifunktionalfläche übrigbleiben. In der FGPK kam die Frage auf, ob dieser reduzierte Vorschlag von den Anwohnern und von der IG Winkel toleriert, oder ob es Widerstand geben würde. Die Auskunftspersonen haben sich in dem Sinn geäussert, dass eigentlich jede Abänderung des aktuellen Projekts bei der IG Winkel und den Anwohnern zu Widerstand führen würde und das Vertrauen würde auf das Spiel gesetzt. Das Projekt könnte dadurch auch deutlich verzögert werden und die nötige Krediterhöhung für den reduzierten Vorschlag von über 6 Millionen Franken würde eine Volksabstimmung notwendig machen. Schliesslich ist aus der Reihe der FGPK zum zweiten Vorschlag formal ein Antrag gestellt worden. Dieser steht ja heute auf der Traktandenliste, namentlich die Erhöhung des Baukredits um 832'000 Franken auf neu 6.247 Millionen Franken für die zusätzliche Realisierung eines 9er-Spielfelds und den entsprechenden Garderoben. In der Diskussion der FGPK gab es pro und kontra Voten. Für den ursprünglichen Antrag des Stadtrats wurde ins Feld geführt, dass das Geschäft seit der Rückweisung im Einwohnerrat von der Stadt sorgfältig überprüft worden ist und eine mehrheitsfähige Lösung erarbeitet wurde. Das vorliegende Projekt des Stadtrats deckt nach wie vor viele Bedürfnisse ab und ist breit akzeptiert und stellt einen sinnvollen Kompromiss dar. Das vorliegende Projekt ist mit 5.4 Millionen Franken zwar kostenintensiv, aber man geht davon aus, dass der Mehrwert, welcher durch die Aufwertung des ganzen Areals damit verbunden wäre, den Kredit rechtfertigt. Ein noch höherer Kredit, über 6 Millionen Franken, würde gemäss Auskunftspersonen das Projekt sehr stark gefährden. Auch die multifunktionalen Flächen können gemäss den Auskunftspersonen für das Training verwendet werden. Für den reduzierten Antrag der FGPK spricht, dass ein zusätzliches 9er-Feld die Belastung im Winkel nicht wesentlich erhöht und als moderat angesehen wird. Die Stadt ist den Anwohnern mit der überarbeiteten Botschaft schon sehr weit entgegenkommen und man muss nicht noch mehr auf die Wünsche der Anwohnerschaft Rücksicht nehmen. Der Nutzen dieser hohen Investition, 5.4 Millionen oder allenfalls noch ein wenig mehr, ist ohne das zusätzliche 9er-Feld zu wenig gross. Die Stadt muss zwingend schnell genügend gute Sportinfrastruktur zur Verfügung stellen. Die FGPK hat folgende Abstimmungen durchgeführt: Zuerst hat die FGPK dem Antrag auf Erhöhung des Baukredits um 832'000 Franken auf 6'424'700 Franken für die zusätzliche Realisierung des 9er-Felds



und der entsprechenden Garderoben mit 4 Ja zu 4 Neinstimmen, aber mit dem Stichtscheid der Präsidentin, zugestimmt. Die Schlussabstimmung zum ganzen Geschäft ist gleich ausgegangen wie die vorangehende Abstimmung. Die FGPK hat mit 4 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen und dem Stichtscheid der Präsidentin dem Baukredit für die Erneuerung der Sport- und Freizeitanlage Winkel von 6.247 Millionen Franken, also der Erhöhung um 823'000 Franken, zugestimmt und stellt dem Einwohnerrat entsprechend Antrag.

Matthias Zinniker, Mitglied: Die FDP beantragt, den Baukredit um knapp 1.9 Millionen Franken zu erhöhen, damit auf der Sportanlage im Winkel ein zweites Kunstrasenfeld, das 9er-Spielfeld und die Garderoben realisiert werden können. Uns ist bewusst, dass der Antrag deutlich über den Vorschlag des Stadtrats hinausgeht. Uns ist auch bewusst, dass dieser Antrag nicht überall sofort auf Anklang stösst und deshalb möchte ich diesen sehr gerne begründen. Im November 2020 ist uns bereits ein Baukreditprojekt zum Winkel vorgelegen. Dieser Kredit wurde vom Einwohnerrat dann zurückgewiesen mit dem Auftrag, einen partizipativen Prozess durchzuführen, um einen Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Anwohner und des Sports zu suchen. Die FDP hat die Rückweisung einstimmig unterstützt. Wir haben kritisiert, dass praktisch kein Austausch mit den Anwohnern und den anderen lokalen Interessengruppen durchgeführt worden ist. Das wurde in dieser zweiten Runde besser gemacht. Entsprechend danken wir auch dem Stadtrat für die Arbeit in den letzten 3 Jahren, für die diversen geführten Gespräche und für eine Botschaft, welche das Projekt in seiner Gesamtheit gut beschreibt, aber auch darlegt, welches die Mehrkosten sind, wenn man einen weitergehenden Ausbau bevorzugt. Mit dem Verfahren sind wir einverstanden. Wir kommen aber bei der politischen Würdigung der vorgenommenen verschiedenen Schritte und der verschiedenen Ergebnisse zu einer anderen Schlussfolgerung. Man hat einerseits einen Runden Tisch organisiert. Man hat die Aktualisierung des GESAK vorgenommen. Man hat die Entwicklungen im Fussball mitbekommen. Wir kommen bei der Würdigung dieser Punkte zu einem anderen Schluss, nämlich, dass der vom Stadtrat vorgeschlagene Ausbau nicht genügt. Dazu möchte ich einfach vorausschicken, dass es nicht die Projektdelegation und auch nicht der Runde Tisch ist, welche einen Kompromiss finden und entscheiden werden. Es ist der Einwohnerrat und allenfalls die Bevölkerung, welche einen Entscheid fällen. Es ist nicht so, dass hier drin einfach nur abgenickt wird, was an einem anderen Ort als sogenannter Kompromiss gefunden worden ist, sondern es ist die Aufgabe des Einwohnerrats, eine Lösung, unter Berücksichtigung aller Interessengruppen, ob laut oder leise, zu finden. Ich bin überzeugt, dass unser Antrag einer guten Lösung entspricht, in der Abwägung der Interessen der Anwohner einerseits und des Bedarfs beim Fussball andererseits. Ich gehe gerne auf die beiden Seiten ein. In der Petition vom November 2020 hat die IG Winkel 8 Forderungen gestellt und ich möchte gerne wieder spiegeln, ob diese erfüllt sind. 1. Der Erhalt des offenen Charakters der Anlage, Verzicht auf ausschliessende Zäune, ist erfüllt. Es gibt im Gegensatz zum 2020-Projekt keine Umzäunung und man hat genau dort, und nur dort, wo es von den Anwohnern gewünscht ist, die Ball-Fänger erhöht. 2. Der unkomplizierte und freie Zugang für die Bevölkerung zur Anlage, ausserhalb der Nutzungszeiten der Schulen und Vereine des Breitensports, ist erfüllt. Der Zugang ist jederzeit gewährleistet. So steht es auch in der Botschaft. 3. Eine massvolle Sanierung der bestehenden Sportanlagen mit Naturrasen ist mit dem FDP-Antrag nicht mehr erfüllt. 4. Der Verzicht auf den Bau eines Fussball-Leistungszentrums ist klar erfüllt. Es gibt kein Leistungszentrum. 5. Für Menschen naturverträgliche Betriebszeiten der Sportanlage. Die Betriebszeiten werden in einem Reglement dann noch geregelt. Bezüglich Natur nimmt man ökologische Massnahmen für 670'000 Franken vor. Man verwendet extra unbefüllten Kunstrasen etc. Die ökologischen Bedenken werden klar erfüllt. 6. Der Verzicht auf eine Beschallungsanlage ist erfüllt. 7. Ein quartierverträgliches Verkehrskonzept. Man hat in den letzten drei Jahren umfangreich und für viele tausend Franken verschiedene Erschliessungsvarianten geprüft. Dass man zum Schluss kommt, dass der Status Quo, die Erschliessung über den Rodungsweg die Beste ist, ist auch eine Erkenntnis.



Ich möchte betonen, dass sich der Rodungsweg ganz früher einmal in einer 50er-Zone befand, dann wurde er zu einer 30er-Zone und seit 2022 ist es sogar eine Begegnungszone. Man hat gemacht, was irgendwie möglich war. Auch diese Forderung ist klar erfüllt. Die achte Forderung betrifft die Umzonung des westlichen Teils, von Zone öffentliche Nutzung in Zone Freiraum. Diese Forderung ist meines Wissens in keiner Variante erfüllt. 2020 war keine dieser acht Forderungen erfüllt. Mit der Variante der FDP immerhin sechs von acht. Das ist keine schlechte Zwischenbilanz. Das war die eine Seite. Jetzt schaue ich auf die andere Seite, zum Fussball, zu diejenigen, die von einem Ausbau des Winkels profitieren können. Dazu fünf Gründe für die Unterstützung unseres Antrags. 1. Es fehlen bereits heute 77 Trainings- und Wettkampfstunden pro Woche auf den Aarauer Fussballplätzen. Wenn man den Bedarf in gut 10 Jahren decken möchte, braucht es dort sogar eine Verdoppelung der aktuellen Kapazität. Das ist nur mit Kunstrasenfeldern möglich. Diese kann man das ganze Jahr durch intensiv bespielen. Stand jetzt rechnet das GESAK im Winkel mit 2 1/2 Naturrasenfeldern, also Status Quo. Zwei grosse und das neuere Feld. Mit dem Antrag des Stadtrats muss einerseits der Wegfall dieses 9er-Felds kompensiert werden, welches die Vereine nicht mehr gebrauchen können. Dafür gibt es ein Kunstrasenfeld. Das führt zwar zu einer leichten Erhöhung der Nutzungsstunden, aber eben nur einer leichten von ca. fünf Nutzungsstunden mehr pro Woche. Vor dem Hintergrund, dass wir aktuell 77 Nutzungsstunden zu wenig haben und vor dem Hintergrund, dass wir nur zwei mögliche Standorte haben für neue Fussballplätze, muss ich sagen, dass der Vorschlag des Stadtrats ein Affront gegenüber all denen ist, die seit langem auf Spielmöglichkeiten warten. 2. In der Wintersaison sind die Sporthallen in Aarau randvoll. Jedes Team, ob Fussball oder Hallensportart, muss kämpfen, um irgendwo noch ein Zeitfenster zu erhalten und meistens klappt dies eben nicht. Dieser Engpass lässt sich nur mit Kunstrasenfeldern beheben. Dann können die Fussballspielenden nämlich auch im Winter draussen trainieren. Diesbezüglich möchte ich auch an all diejenigen appellieren, die vielleicht nicht die grössten Fussballfans sind. Mit dem Antrag der FDP können Sie für alle Hallensportarten zusätzliche Kapazitäten schaffen. 3. Aarau hat nicht nur die FC Aarau Männer, die irgendwo in der Challenge League spielen, sondern auch die FC Aarau Frauen, welche im Rückweisungsbeschluss aus dem Jahr 2020 explizit erwähnt gewesen sind. Sie haben eine erste Mannschaft, die in der höchsten Liga spielt und 4 Juniorinnenteam. Der Verein hat in den letzten Jahren nicht nur spielerisch, sondern auch in der Struktur des Vereins und im ganzen Trainingsbetrieb enorme Fortschritte gemacht. Vor diesem Hintergrund ist es bedauerlich, ja sogar beschämend, dass die Trainings-Strukturen diesem Umstand, vor allem in den Wintermonaten, überhaupt nicht gerecht werden. Es müssen sich bis zu vier Teams mit je ca. 20 Spielerinnen den Kunstrasenplatz im Schachen teilen. Es braucht keine Fussball-Kenntnisse, um zu wissen, dass dies nicht optimal ist. Mit zwei Kunstrasenfeldern im Winkel können die Spielerinnen mindestens im Winter in Rohr trainieren. 4. Sogar der Kanton hat festgestellt, dass es dringend neue Kunstrasenplätze braucht. Er hat angekündigt, dass pro verbauter Kunstrasenplatz bis zu 400'000 Franken Unterstützungsgelder bezahlt werden. Doppelt so viel, wie bisher. Das ist einerseits ein relevanter Betrag an die Mehrkosten eines zweiten Kunstrasenfelds und zeigt andererseits, dass wirklich eine Notlage vorliegt. Ich zitiere aus der Medienmitteilung des Kantons: " Im Kanton Aargau stehen zurzeit rund 1 000 Kinder auf den Wartelisten der Fussballclubs. Diese Situation ist grösstenteils auf die begrenzte Nutzbarkeit von Naturrasenplätzen bei feuchter und kalter Witterung, sowie die dadurch erforderlichen Regenerationsphasen zurückzuführen". Ich muss diese Feststellung nicht weiter kommentieren. 1 000 Kinder warten auf eine Spielmöglichkeit in einem Fussballverein. 5. Auch Aarau trägt eine Mitverantwortung an dieser Situation. Seit acht Jahren gibt es einen Team-Stopp. Es können aus bestehenden oder neuen Vereinen keine neuen Teams mehr gemeldet werden. Nur schon die bestehenden Vereine haben einen zusätzlichen Bedarf an 15 Teams. Sportlerinnen und Sportler aus 15 Teams, die gerne auf einem Aarauer Fussballplatz ganzjährig trainieren möchten. Dagegen hilft nur ein Mittel, das sind Kunstrasenplätze, welche zwei- bis dreimal so viel genutzt werden können, als die Naturrasenfelder. Ich komme zum Fazit: Der Antrag der FDP erfüllt sechs von acht Forderungen der Petition. Ich habe fünf Gründe aufgezählt, weshalb es zwei Kunstrasenplätze



im Winkel braucht. Ich möchte einfach noch einmal betonen, dass es ganz viele sportbegeisterte Leute gibt, die vom Antrag der FDP profitieren können. Die Hallensportarten, die leistungsorientierten Spielerinnen der FCA-Frauen, Breitensportteams im Fussball, Kinder, Jugendliche, die gerne Fussball spielen möchten. Diese vielen Leute sind nicht zentral in einem Verein oder in einer IG organisiert. Die vielen Leute sind an einem Runden Tisch vielleicht mit zwei bis drei Vertretern anwesend. Diese haben bis heute vielleicht keine Medienmitteilung veröffentlicht, aber sie sind hier, es gibt sie und es sind viele. Denken Sie auch an diese.

Thomas Richner, Mitglied: Wir haben schon ganz viel über den Sportplatz und das Projekt im Winkel leidenschaftlich diskutiert und seitenweise protokolliert. Um was geht es überhaupt? Der Sportplatz Winkel hat bis jetzt ein Fussballfeld und einen grossen Naturrasen mit einer Fläche für verschiedene Sportarten. Man kann dort eine 400 Meter Bahn aufzeigen. Man kann ein Fussballfeld darauf malen, man kann Volleyball oder Faustball spielen. Das ist die Lage bis jetzt. Mit dem vorliegenden Projekt möchte man dem Fussball jetzt mehr Möglichkeiten einräumen. Das frühere Projekt mit zwei Kunstrasenfeldern und einem 9er-Feld auf Naturrasen ist im Einwohnerrat am 23. November 2020 mit 45 Ja-Stimmen, bei zwei Enthaltungen, zurückgewiesen worden. Auch unter dem Druck dieser Petition und der IG Winkel. Dannzumal hat man beschlossen, dass man das Projekt neu aufgleist und eine Balance zwischen den Bedürfnissen der Anwohner und des Sports sucht, auch unter Berücksichtigung von ökologischen und ökonomischen Interessen. Seither gab es einen Runden Tisch mit verschiedenen Interessensgruppen. Auf dieser Basis hat auch die paritätische Kommission ihre Empfehlungen formuliert. Dann folgte ein Stadtratsbeschluss, in welchem die Grundsätze zu sechs Themenbereichen festgehalten wurden. Unter diesen Vorgaben haben wir für die Projektierung im Einwohnerrat einstimmig den Projektierungskredit im Januar 2023 gutgeheissen. Inzwischen hat die Projektierung stattgefunden. Es wurde ein weiterer Runder Tisch und eine Informationsveranstaltung für die Bevölkerung abgehalten. Jetzt haben wir einen machbaren Kompromiss für den Winkel gefunden, welcher mehrheitlich akzeptiert wird und sehr grosse Chancen bestehen, dass im Winkel in-nerter nützlicher Frist etwas umgesetzt werden kann. Ein paar Personen mit rein persönlichen Interessen sind natürlich immer dagegen. Wie gesagt, es ist ein Kompromiss zwischen nichts machen, weil es gut ist, wie es ist, und dem Ausbau in Richtung eines Fussball-Zentrums. Man könnte das Bestehende als win-win-Situation bezeichnen. Der Kompromiss hat zwei fixe Fussballfelder, umrandet mit Ball-Fängern. Davon eines mit Kunstrasen. Also viel mehr fixe Flächen und viel mehr Möglichkeiten für den Fussball, als bis jetzt. Ein 9er-Feld, wie im Antrag der FGPK gefordert, braucht es aus unserer Sicht nicht. Wenn die Junioren auf einem kleinen Feld Fussball spielen müssen, kann man dieses entweder auf dem Elferfeld einzeichnen oder auf der freien Fläche nebenan hat es auch noch Platz, um so das Feld zu zeichnen. Dafür braucht es keine Umrandung und keine Ball-Fänger. Man stellt ein Tor auf, wie man es in den letzten 5 Jahrzehnten auf diesem Platz auch gemacht hat. Gestern standen 11 Tore auf dem Platz. Man kann also beliebig variieren. Dadurch würde eben auch der Teil des Platzes als Freifläche bleiben, so wie das mit dem Allmendcharakter angedacht ist. Ausserdem brauchen die Junioren auch normalerweise keine grossen Garderoben mit Duschen. Ansonsten könnte man auch die Garderoben in der Sporthalle benützen, weil diese nämlich meistens unbesetzt sind. Es hat vier Garderoben. Wenn zwei Vereine dort turnen, sind meistens zwei Garderoben besetzt und zwei sind frei. Es sollen ja auch noch weitere Diskussionen stattfinden, was man dann doch vielleicht noch für ein 9er-Feld machen könnte. Zum Beispiel noch neue Goals kaufen etc. Dafür hat es im beantragten Kredit viel Platz. Der Kredit hat viel Luft und so ist zum Beispiel das Konzept für die Ökologie stark übertrieben. Es sind 664'000 Franken und 10 Prozent Reserven im Baukredit enthalten, also 730'000 Franken Ökologie. Der Sportplatz sieht nachher eher wie eine Parkanlage, als wie ein Sportplatz aus. Bedenken Sie, dass alles neben dem Wald liegt. Also wir haben den Wald, dann haben wir einen Weg und dann



setzen wir Bäume. Die entsprechenden grossen Bäume, die man setzt, sind auch entsprechend teuer. Bei aller Grünheit finden wir das einfach ein wenig übertrieben. Man kann das im Rahmen der Ausführung noch etwas reduzieren. Der Abänderungsantrag der FDP erstaunt mich sehr, zumal auch der Antragsteller in der Projektdelegation vertreten war. Der Antrag fokussiert einseitig auf den Fussball und alle anderen Themen, welche im November zur Rückweisung geführt haben – eben, dass man ein Projekt mit einer Balance zwischen den Bedürfnissen der Einwohner oder Anwohner und dem Sport machen soll – werden nicht berücksichtigt. Das war eigentlich der Grund, weshalb das Projekt im Jahr 2020 zurückgewiesen wurde. Mit diesem Antrag wären wir wieder am gleichen Punkt und das zweite Kunstrasenfeld, wie gefordert mit den entsprechenden zusätzlichen Garderoben, wird von beinahe niemandem mehr unterstützt. Wenn man mehr für den Fussball machen möchte, als der vorliegende Kompromiss, dann muss man in Aarau wieder ein wenig weiterdenken. Zum Beispiel gäbe es ja in der Sportanlage Telli noch genügend Platz für Fussballfelder. Oder im Schachen bestünde auch eine gute Möglichkeit zum Ausbau. Wenn wir das Projekt jetzt nicht wie vorgeschlagen durchziehen, dann machen wir uns gegenüber den verschiedenen Interessengruppen völlig unglaubwürdig. Man macht Konzepte, man macht Runde Tische, man sitzt zusammen und nachher beschliesst der Einwohnerrat einfach etwas Anderes. Das würde sicher erneut Widerstand auslösen und wir würden noch einmal vier Jahre lang planen und weiter auf ein Kunstrasenfeld im Winkel verzichten. Am Schluss also eine loose-loose-Situation. Die SVP-Fraktion ist einstimmig der Meinung, dass man den gefundenen Kompromiss so umsetzen soll. Wir lehnen deshalb den Antrag der FGPK ab. Wir lehnen den Antrag der FDP einstimmig ab und stimmen dem Antrag des Stadtrats einstimmig zu.

Laszlo Etesi, Mitglied: Unser heutiges Geschäft, die Erneuerung der Sport und Freizeitanlage im Winkel, beschäftigt uns schon relativ lange. Nachdem das Geschäft vor ein paar Jahren aus wahrscheinlich ganz unterschiedlichen Beweggründen zur Überarbeitung an den Stadtrat zurückgewiesen worden ist, liegt es heute wieder in überarbeiteter Form vor uns. In der Zwischenzeit haben der Stadtrat und die Verwaltung, zusammen mit der IG Winkel, der Bevölkerung und einer paritätischen Kommission Aarau Rohr, die Lösung im Winkel nochmals aufgearbeitet. Sie ist gegenüber der ursprünglichen Variante redimensioniert, offener, lärmreduziert, verkehrsoptimierter, sofern das überhaupt möglich ist, und ökologisch aufgewertet. Jedoch zeigt sich auch heute, dass das Geschäft mit all diesen verschiedenen Anträgen, die heute eingereicht wurden, auch in unserer Fraktion nicht ganz einheitlich aufgenommen wird. Alle anerkennen, dass der Bedarf an Sportinfrastruktur in Aarau hoch ist, insbesondere auch im Breitensport Fussball. Der Ausbau der Fussballsportinfrastruktur ist deshalb völlig unbestritten. Bezüglich der stadträtlichen Lösung im Winkel wird ebenfalls anerkannt, dass das vorgeschlagene Projekt ein Kompromiss zwischen der Mehrbelastung des Quartiers und der Infrastrukturbedürfnisse ist. Die erarbeitete Lösung mit den ökologischen Aufwertungen, Lärminderungsmaßnahmen, Verkehrsabklärungen und Redimensionierungen wird also bei uns grundsätzlich positiv aufgenommen. Unterschiedliche Meinungen gibt es jedoch zum Ausbaustandard, insbesondere im Zusammenhang mit den beiden Anträgen der FGPK und der FDP. Der Antrag der FGPK verlangt anstelle der Multifunktionsfläche ein zusätzliches 9er-Feld. Etwas mehr als die Hälfte der Fraktion befürwortet eine stärkere Gewichtung des Infrastrukturbedarfs in Aarau, möchte ein besseres Kosten-Nutzenverhältnis und wird somit den Antrag auf ein 9er-Feld unterstützen und diesem folgen. Die andere Hälfte anerkennt die Infrastrukturbedürfnisse auch, gewichtet aber den Erhalt der Multifunktionsfläche als Allmend, die zu erwartende noch höhere Verkehrsbelastung und grundsätzlich die Ergebnisse aus dem politischen Prozess höher und wird deshalb dem Zusatzantrag für ein 9er-Feld Feld nicht zustimmen und diesen ablehnen. Einer vollständigen Maximierung der Lösung auf zwei grosse Kunstrasenfelder und einem 9er-Feld, wie von der FDP gefordert, steht die Fraktion kritisch gegenüber und wird diese Forderung, voraussichtlich bis auf einzelne Stimmen, ablehnen.



Samir Hertig, Mitglied: Unsere Fraktion Pro Aarau, EVP/EW unterstützt den Antrag der FGPK für ein zusätzliches 9er-Feld mehrheitlich mit entsprechenden Garderoben. Die grosse Mehrheit unserer Fraktion betrachtet es als einen vernünftigen Kompromiss, welcher auf der einen Seite den vielfältigen Bedürfnissen der verschiedenen Interessensgruppen gerecht wird und gleichzeitig auch die dringend benötigte zusätzliche Kapazität schafft. Für uns ist klar, dass der Bedarf an zusätzlicher sportlicher Nutzungsfläche dringend und unbestritten ist. Das GESAK zeigt es ja ziemlich deutlich, dass unsere Sportanlagen bereits jetzt an ihre Kapazitätsgrenzen gestossen sind und dass es seit 2016 einen Team-Stopp gibt, der es den Vereinen faktisch verunmöglicht, zu wachsen. Dies zeigt eigentlich, dass die Stadt Aarau in Bezug auf ihre Sportinfrastruktur erheblichen Nachholbedarf hat und eigentlich schon Stand heute auch mit diesem Projekt, auch in Vollversion, mehrere Jahre hinterherhinkt. Weitere Bauprojekte, wie zum Beispiel im Schachen, befinden sich zwar in der Planung, sind jedoch noch weit davon entfernt, in naher Zukunft fertiggestellt zu werden. Vor dem Hintergrund wäre es aus unserer Sicht durchaus sinnvoll, die Gelegenheit im Winkel zu nutzen und auch möglichst zeitnah für eine Entlastung des ausgewiesenen Bedarfs zu sorgen, anstelle auf anstehende Bauarbeiten zu warten, herunter zu dimensionieren und darauf zu warten, dass sich da irgendetwas im Schachen tut. An dieser Stelle möchten wir auch den Stadtrat noch einmal einladen, proaktiv und zeitnah zu kommunizieren, wo und wann zusätzliche Kapazitäten gemäss dem GESAK geschaffen werden sollten. Das betrifft selbstverständlich nicht nur die Fussballplätze, sondern die Sportinfrastruktur im Allgemeinen. Inhaltlich bezieht sich der Antrag der FGPK natürlich nicht ausschliesslich auf das 9er-Feld, sondern insbesondere auf die zusätzlichen Garderoben. Die vorhandenen Freiflächen können natürlich auch ohne die Garderoben für Tennis genutzt werden oder man kann einfach Goals aufstellen und Fussball spielen. Aber sind wir ehrlich, diese Multifunktionalität klingt zwar gut, aber ein Training bei schlechtem Wetter abzuhalten, ohne die Möglichkeit, anschliessend warm duschen zu können, ist nicht besonders attraktiv. Zudem ermöglicht ein markiertes Spielfeld die Durchführung von Wettkampfspielen auf der Juniorenstufe. Um genau das sollte es bei der Infrastruktur gehen und zwar, dass diese möglichst effizient genutzt werden kann. Aus unserer Sicht ist es extrem wichtig, dass diese Möglichkeit verschiedensten Nutzerinnen und Nutzern offensteht, von den Junioren bis zu den red boots Aarau und vor allem auch tagsüber für die Schülerinnen und Schüler. Zudem ist an dieser Stelle einmal zu erwähnen, dass bereits die breit vertretene Projektdelegation seinerzeit nach gründlicher Prüfung ursprünglich das 9er-Spielfeld beantragt hat. Uns ist bewusst, dass eine erhöhte Nutzung selbstverständlich auch zu mehr Lärm, Verkehr etc. führt. Jedoch sind wir der festen Überzeugung, dass das Projekt gemäss der FGPK ein Vorschlag für einen vernünftigen Mittelweg ist und dass schlussendlich jeder einzelne Stadtteil einen Beitrag zur Sportinfrastruktur tragen muss. Eine dezentrale Sportinfrastruktur, wie es das GESAK auch vorsieht und heute auch schon so vorhanden ist, lebt davon, dass die Verantwortung und Mehrbelastung auf verschiedene Schultern verteilt wird. Es ist schön, dass sich die unterschiedlichen Interessensgruppen in unmittelbarer Nähe partizipativ am Projekt beteiligen und ihre entsprechende Meinung äussern konnten. Jedoch scheint der Nutzen in diesem Fall für die Allgemeinheit deutlich zu überwiegen. Da der Betrag von 6 Millionen Franken geknackt werden könnte, bin ich auch der Meinung, dass es ein solch wichtiges Bauprojekt, welches wir heute Abend behandeln, zusätzlich verdient hat, auch durch das Stimmvolk schlussendlich legitimiert zu werden. Abschliessend möchte ich noch erwähnen, dass eine Minderheit unserer Fraktion auch Sympathien für den FDP-Abänderungsantrag hat. Die Argumentation ist im Antrag überzeugend und lässt sich inhaltlich auch analog auf das 9er-Feld übertragen. Jedoch sind wir grossmehrheitlich der Meinung, dass der Kompromiss mit Naturrasen und einem 9er-Feld mehrheitsfähig ist.

Martina Niggli, Mitglied: Es gab noch nie ein Geschäft in unserer Fraktion, bei welchem wir alle Seiten und alle Argumente so gut verstehen und nachvollziehen konnten, wie bei der vorliegenden Botschaft und auch bei den Anträgen. Wir verstehen den Bedarf der



Stadt. Die Überprüfung des GESAK hat es deutlich gezeigt. Wir können deshalb die Argumente, die auch von den Antragstellern vorgebracht wurden, teilweise nachvollziehen. Wir verstehen aber auch die Befürchtungen der Anwohner bezüglich des zusätzlichen Lärms und des Mehrverkehrs, welche die zusätzlichen Kapazitäten mit sich bringen könnten. Die Anwohner haben vom Stadtrat Zugeständnisse erhalten. Dementsprechend geben sie auch ihre Enttäuschung über die Zusatzanträge kund, welche eine Erweiterung und eine Mehrbelastung bedeuten könnten. Die Quintessenz aus meinen Worten ist, dass wir den FDP-Antrag einstimmig ablehnen werden, weil wir die zwei Kunstrasenfelder nicht befürworten. Bezüglich dem Antrag aus der FGPK wird es aus den genannten Argumenten aber eine kunterbunte Mischung zwischen Ja- und Neinstimmen geben.

Verena Jean-Richard-dit-Bressel, Mitglied: Aarau hat seit vielen Jahren unbestritten ein Manko an Fussballplätzen. Das Geschäft Winkel haben wir schon gehabt. Wir haben das Projekt zurückgewiesen. Es sollte eine Lösung gefunden werden, die für alle passt. Wir haben die beinahe 2000 Menschen ernstgenommen, welche die Petition damals unterschrieben haben. Das ist auch richtig, denn von diesen 2000 Unterschriften stammten immerhin 1'500 aus dem Stadtteil Rohr. Das ist 1/3 der Rohrer Bevölkerung, welche sich innerhalb von wenigen Wochen mobilisieren liessen. Das sind nicht nur ein paar Anwohner, rund um die Sportanlage. Tatsächlich sind dann alle zusammengesessen, man hat verhandelt, man hat gerungen. Man hat einen Kompromiss erarbeitet, welcher allen weh tut, aber mit welchem alle irgendwie leben können. Ich danke der Stadt, dass der Prozess so positiv abgelaufen ist und dass man offensichtlich auf Augenhöhe mit allen verhandeln konnte. Mit den Fussballvereinen, mit der Bevölkerung, auch mit der Kirche, mit der Schule, sogar mit den Jägern etc. Trotzdem stehen jetzt zwei Änderungsanträge im Raum. Wenn ich den Voten von heute zuhöre, habe ich manchmal den Eindruck, dass sich viele die Situation im Winkel gar nicht persönlich angeschaut haben. Schauen Sie doch auf Google Maps. Das Gebiet um den Winkel ist bewohnt, direkt, nicht so, wie im Schachen, wo es noch eine Strasse und einen Raum und noch Bäume dazwischen hat. Das Flutlicht wird in die Wohnungen scheinen. Ich bewundere den Goodwill der Rohrer Bevölkerung, dass sie diesen Kompromiss mittragen. Es gibt noch andere Gründe. In Rohr wohnen im Moment ca. 4'500 Menschen, Das ist ein Fünftel der Aarauer Bevölkerung. Wenn das Hinterfeld dann überbaut ist, werden es noch mehr sein. Für all diese Menschen gibt es eine einzige öffentlich zugängliche Grünfläche. Das ist im Winkel. Wohin sollen dann all die Leute und die Kinder gehen, die einfach Fussball spielen möchten, ohne dass sie einem Verein angehören oder Drachen steigen lassen möchten, wenn der FDP-Antrag gutgeheissen wird. Die verbleibende Allmend gemäss Stadtratsvorschlag ist auch nicht gross, aber dort könnte man zur Not einmal ein Zirkuszelt aufstellen oder auch das Festzelt. Es gibt auch beim Schulhaus keine solchen Grünflächen. Das kann ebenfalls auf Google Maps festgestellt werden. Das sind aber Flächen, welches jedes andere Quartier ganz selbstverständlich hat, Auf diese würde auch niemand verzichten. Sogar das komplett versiegelte Aeschbachquartier hat eine Spielwiese. Das bedeutet, dass die Schülerinnen und Schüler mit dem von der FGPK vorgeschlagenen 9er-Feld auch ihre Aussenturnflächen verlieren würden. Wollen wir das wirklich? Es gibt in Aarau kein anderes Schulhaus, welches keine Aussenturnfläche hat. Nur im Stadtteil Rohr mit zwei Schulhäusern ist es plötzlich nicht mehr wichtig. Mein Änderungsvorschlag wäre, dass wir zum Beispiel ein Fussballfeld, anstatt in Rohr, dann eher im Kasinopark bauen würden, denn dort wären weniger Menschen betroffen. Sie spüren, was ich damit antönen möchte. Ich denke, es hat damit zu tun, dass es um den Stadtteil Rohr geht und nicht um ein anderes Quartier und ein partizipativer Prozess einfach übergangen wird. Betroffen sind die Einwohnerinnen und Einwohner von Rohr aber nicht nur, weil sie keine öffentliche Grünfläche mehr haben. Es sind auch all diejenigen betroffen, die beispielsweise einen Menschen verloren haben. Wem das kürzlich passiert ist, der weiss, wovon ich spreche und wie wichtig ein Moment in der Stille sein kann. Der Winkel liegt direkt neben dem Friedhof. Ein Kunstrasenfeld neben dem Rathaus wäre vergleichbar. Ich



erachte schon den Vorschlag des Stadtrats als einen Balanceakt, dass die Würde der Trauernden von Verstobenen gewahrt werden kann, wenn nebenan Fussball gespielt wird. Aber eine weitere Kapazitätserhöhung finde ich respektlos. Betroffen sind auch die Schülerinnen und Schüler und zwar nicht nur, weil sie nach der Schule oder im Turnen nicht mehr auf die Wiese können, sondern auch, weil die Zufahrt durch die Begegnungszone führt. Der Verkehr, welcher gemäss Vorschlag des Stadtrates durch die Sportanlage verursacht wird, wird schon verdreifacht. Es handelt sich um eine Zone, in welcher eigentlich die spielenden Kinder Vortritt haben. Auch diesbezüglich habe ich grossen Respekt gegenüber der IG und den Rohrern, dass sie dieser Lösung, trotz berechtigter Bedenken, zugestimmt haben. Mich irritiert auch, dass niemand aus dem Einwohnerrat auf die IG Winkel zugegangen ist. Mit den Fussballvereinen wurde offensichtlich gesprochen, allerdings auch dort nicht unbedingt mit dem FC Rohr, welcher die beiden Erweiterungsvorschläge ebenfalls ablehnt. Ich zitiere den Präsidenten, Thomas Gude, der sagte: "Wir wollen in Rohr auch noch leben, wir wollen nicht nur Fussball spielen". Was passiert also, wenn wir den Änderungsantrag der FGPK annehmen. Von demjenigen der FDP möchte ich gar nicht sprechen. Wir verlieren erstens ein grosses Stück Glaubwürdigkeit, denn der Auftrag, einen tragbaren Kompromiss mit allen zu finden, ist erfüllt und das war kein einfacher Weg. Wir sollten diesen Kompromiss nicht einfach so gefährden. Zweitens verlieren wir auch die Chance auf eine baldige Kapazitätserhöhung für den Breitensport, denn die IG Winkel ist schon nur aufgrund ihrer Statuten verpflichtet, sich gegen weitere Erweiterungen zu wehren. Als Rohrer Einwohnerin oder Einwohner würde ich das auch vehement machen. Ich verstehe jeden, der sich dabei hintergangen fühlt. Eine Situation, ein Dejavue des Stadions steht im Raum. Das kann Jahrzehnte gehen. Aber bis dann ist vielleicht der Schachen ausgebaut und es braucht das Winkelprojekt gar nicht mehr. Das wäre ja eigentlich auch eine Lösung. Mit dem Antrag des Stadtrats verbauen wir uns nichts. Der Fussball gewinnt, denn wir haben schnell neue Kapazitäten und Aarau gewinnt, weil wir zeigen, dass wir unsere Fusionspartner ernst nehmen und beziehungsweise, dass wir die Aarauerinnen und Aarauer ernst nehmen, egal welches ihr Stadtteil ist. Wir anerkennen auch, dass Rohr bereit ist, einen beträchtlichen Teil des Aarauer Mankos an Fussballplätzen mitzutragen. Ich danke allen, welche diese Anträge ablehnen.

Peter Jann, Mitglied: Ende 2020 hat der Einwohnerrat das Geschäft Erneuerung Sportplatz Winkel zur Überarbeitung zurückgewiesen. Der Einwohnerrat hat verlangt, dass die Anwohner und ihre Anliegen besser in die Ausarbeitung des Projekts einbezogen werden und dass die Umgebungsgestaltung naturnaher und ökologischer sein soll. Mit der Bildung der paritätischen Kommission konnten sowohl die Anliegen der Anwohner, als auch die Anliegen der vertretenen Sportvereine, genauso wie Institutionen, wie der Friedhof, diskutiert werden und sind dann entsprechend auch ins Projekt eingeflossen. Die vorgeschlagene Lösung mit nur einem Kunstrasenfeld ist eine typische Kompromisslösung. Die Fussballvereine bedauern, dass nur ein Feld ganzjährig bespielt werden kann. Für die Anwohner und die anliegende Natur ist der zusätzliche Betrieb eines Kunstrasenfeldes vor der Haustüre oder vor dem Fenster mit Lärm, Licht und Verkehr, auch ein deutlicher Unterschied oder eine Verschlechterung zu vorher. Aus Sicht unserer Fraktion hat das Projekt aber durch die Überarbeitung und die Zusatzschleife deutlich an inhaltlicher Qualität gewonnen und vor allem aber auch an Legitimität. Falls der stadträtliche Antrag zur Schlussabstimmung kommt, wird unsere Fraktion Die Mitte/GLP diesem Antrag einstimmig zustimmen. Den FGPK-Antrag mit einem zusätzlichen 9er-Feld wird die Fraktion grossmehrheitlich ablehnen, auch wenn beim Vorschlag zu einem 9er-Feld gewisse Argumente nachvollziehbar und durchaus auch berechtigt sind. Aber der Einwohnerrat hat verlangt, dass die Anwohner im Rahmen eines partizipativen Verfahrens einbezogen werden. Das hat die Stadtverwaltung gemacht. Wenn man diesen Kompromiss nun infrage stellt, verliert das Instrument Partizipation seine Glaubwürdigkeit. Der Antrag der FDP geht noch weiter und wird in meinen Augen bis zu einem gewissen Grad auch die Bemühungen der Stadt um eine gute Lösung desavouieren und gefährdet eine breit abgestützte Lösung. Damit wird auch



die Glaubwürdigkeit des Einwohnerrats in Frage gestellt. Die FDP marginalisiert mit ihrem Vorschlag die Bedürfnisse der Anwohner und versucht, den Nutzer über die Anzahl Mitglieder der Fussballvereine möglichst gross darzustellen. Die Qualität der Demokratie zeigt sich im Umgang mit den Minderheiten. Ich glaube, mit dem stadträtlichen Antrag oder mit der stadträtlichen Botschaft wurde eine sehr gute Lösung gefunden. Nebst dem Bedürfnis nach neuen Fussballfeldern gibt es auch noch zahlreiche andere Bedürfnisse. Leider leben wir nicht in einer Welt, in welcher wir alles bekommen, was wir uns wünschen. Wir können auch nicht alle Bedürfnisse erfüllen. Wir müssen immer wieder Kompromisse eingehen. Der stadträtliche Vorschlag ist ein solcher Kompromiss. Kompromisse führen manchmal zu Mehrkosten. Der Stadtrat hat in diesem Zusammenhang auch schon einen Vorschlag gemacht, wo man ein zusätzliches Fussballfeld, nämlich im Schachen, zusätzlich erstellen könnte. Die Fraktion lehnt deshalb den FDP-Antrag grossmehrheitlich ab. Gelangt der FDP-Antrag in die Schlussabstimmung, wird die Fraktion die Botschaft ebenfalls grossmehrheitlich ablehnen.

Suzanne Marclay-Merz, Stadträtin: Ich danke Ihnen für die grundsätzlich positive Aufnahme des Geschäftes. Es ist wichtig und freut mich, dass die Bedürfnisse des Sports und des Fussballs von allen Parteien anerkannt worden sind. Der Status quo ist keine Option. Wichtig ist aber auch, dass wir dem langwierigen Prozess Rechnung tragen. Wir haben einen intensiven partizipativen Prozess durchlebt und haben Ihnen jetzt eine Lösung vorgeschlagen, die allen Parteien weh tut. Es ist in der Regel ein guter Vergleich, wenn es allen ein wenig weh tut. Der Stadtrat ist überzeugt, dass wir mit diesem Projekt eine mehrheitsfähige Lösung haben, welche auch dem Sport Rechnung trägt. Zum Antrag der FDP will ich einfach daran erinnern, dass ein zweites Kunstrasenfeld, nach dieser langen durchlebten Zeit und nach den gesammelten Erfahrungen, sowie auch aufgrund von Entwicklungen im Schachen, im Winkel am falschen Ort wäre. Die FCA Frauen oder die Redboots gehören in den Schachen. Sie haben im Schachen jetzt eine neue Lichtenanlage erhalten, welche den Nati A Bedürfnissen entspricht. Es würde doch Sinn machen, wenn ein zweites Kunstrasen eben im Schachen erstellt würde und man nicht zwischen Schachen und Winkel wechseln müsste. Wir sind der Überzeugung, dass das zweite Kunstrasenfeld in den Schachen gehört und ich hoffe, dass dann die einwohnerrätliche Unterstützung für diese Bedürfnisse, welche durch das GESAK ausgewiesen sind und die man nicht klein reden kann, eben auch im Schachen vorhanden ist. Im Schachen ist Ausbaubedarf vorhanden und auch dort müssen wir vorwärts machen und wir sind daran, das ist ganz wichtig. Ich bitte Sie im Namen des Stadtrats, dem Prozess Rechnung zu tragen und unseren stadträtlichen Antrag im Sinne der Machbarkeit und des Sports zu unterstützen. Ich habe noch ein paar ganz kleine Korrekturen zu den Voten anzubringen. Im Votum der FGPK hat Urs Winzenried sehr gut wiedergegeben, welche Diskussionen geführt wurden. Es wurde das Platzbewirtschaftungskonzept erwähnt. Zur Klärung und Richtigstellung kann ich mitteilen, dass der Parkplatz seit dem 1. Januar 2023 in der Zone L liegt, was heisst, dass man in der blauen Zone 3 Stunden parkieren darf und vorläufig ist nichts Anderes geplant. Dann noch eine kleine Korrektur zum Votum von Thomas Richner zum GESAK und den ganzen Sportanlagen. Im Inventar haben wir im Winkel aktuell zwei Elferfelder und den Bolzplatz. Dann möchte ich noch einen rechnerischen Hinweis machen. Man konnte es heute auch in der AZ lesen, dass es eine Verdreifachung der Nutzungsstunden geben soll. Der Antrag des Stadtrats entspricht einer Kapazitätserhöhung rechnerisch auf 2'050 Stunden, von aktuell 1'235 Stunden, also von einer Verdreifachung kann keine Rede sein. Ich erlaube mir noch, Ihnen eine kleine Abstimmungshilfe zu geben. Die Präsidentin hat das Abstimmungsverfahren erläutert. Sie werden jetzt zuerst den FGPK-Antrag versus FDP-Antrag zur Abstimmung bringen. Diesbezüglich ist der Stadtrat der Meinung, dass Sie beide ablehnen können. Der FGPK-Antrag ist das kleinere Übel. Ich empfehle Ihnen, dort für den FGPK-Antrag zu stimmen. Sie müssen sich ja entscheiden zwischen einem der beiden. Beim zweiten Abstimmungsmodus geht es um die Ausmarchung des obsiegenden Antrags. Dort empfehle ich



Ihnen ein Nein. Bei der Schlussabstimmung, wenn das Nein gutgeheissen wurde, wären wir wieder beim stadträtlichen Antrag. Dazu empfehle ich Ihnen ein Ja.

Anja Kaufmann, Präsidentin: Da keine Voten mehr vorliegen, gelangen wir zur

Abstimmung

indem wir die beiden Anträge der FGPK und der FDP einander gegenüberstellen.

Dem Antrag der FGPK stimmen 28 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte zu.

Dem Antrag der FDP stimmen 16 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte zu.

Somit hat der Antrag der FGPK obsiegt und es wird darüber abgestimmt, ob dieser in die Schlussabstimmung gelangt.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 20 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Der Änderungsantrag der FGPK – Der Baukredit sei für die zusätzliche Realisierung des 9er-Spielfelds und der entsprechenden Garderoben um 832'000 Franken auf 6'247'000 Franken zu erhöhen – wird abgelehnt.

Schlussabstimmung

über den stadträtlichen Antrag

Der Einwohnerrat fasst mit 42 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat bewilligt den Baukredit für die Erneuerung der Sport- und Freizeitanlage Winkel von 5'415'000 Franken inkl. 8.1 % MwSt., zzgl. teuerungsbedingter Mehrkosten seit April 2023.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 12

Standort Oberstufe: Kreditantrag zur Abklärung weiterer Möglichkeiten

Anja Kaufmann, Präsidentin: Mit Botschaft vom 11. Dezember 2023 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

Der Einwohnerrat bewilligt den Projektierungskredit für die Suche nach Lösungsansätzen zur Umsetzung des notwendigen Oberstufenschulraumbedarfs inkl. Informationsveranstaltungen in der Höhe von 160'000 Franken inkl. 8.1 % MwSt.

Zu diesem Geschäft liegt folgender

Antrag

der FGPK vor:

Dem Einwohnerrat wird beantragt, den Projektierungskredit für die Suche nach Lösungsvarianten A bis D zur Umsetzung des notwendigen Oberstufenschulraumbedarfs inkl. Informationsveranstaltungen in der Höhe von 180'000 Franken inkl. 8.1 % MwSt. zu bewilligen.

Es handelt sich in dem Sinne einfach um eine Erhöhung des Kreditbetrages um 20'000 Franken inkl. einer neuen Variante D.

Wir hören jetzt zuerst das Votum der FGPK.

Fabio Mazzara, Mitglied: Die FGPK hat sich an der Sitzung vom 8. Januar 2024 mit dem Kreditantrag zur Abklärung weiterer Möglichkeiten für den Standort der Oberstufe ausgiebig auseinandergesetzt. Als Auskunftspersonen standen Stadtrat Hanspeter Thür und Stadtbaumeister Jan Hlavica zur Verfügung. Die Auskunftspersonen haben einleitend erläutert, dass mögliche Standorte für die Oberstufe schon früher geprüft worden sind. Es hat sich gezeigt, dass sich die Standorte Schachen, Zelgli und Telli am ehesten für die Oberstufe eignen. Mit dem Neubau mit 54 Abteilungen in der Telli hätte man auf Provisorien verzichten können. Der Stadtrat schlägt nun vor, 30 Abteilungen neu in der Telli und 24 Abteilungen an einem anderen Ort zu realisieren. 24 Abteilungen werden zusätzlich in Buchs realisiert. Im Oberstufenzentrum Schachen bestehen heute 18 Abteilungen. Eine Erweiterung auf 24 Einheiten erscheint möglich. Im Bezirksschulhaus Zelgli bestehen heute 16 bis 18 Abteilungen. Das Gebäude ist denkmalgeschützt. Eine Erweiterung ist nur mit einem Zusatzbau möglich. Ein Oberstufenzentrum in der Telli bleibt weiterhin eine Option. Es müssten Standorte gewählt werden, welche auch eine spätere Erweiterung zulassen würden. Die Prüfung der Varianten beinhaltet auch die Auswirkungen auf die Kantonschulstandorte. Für die Abklärungen ist ein Kredit notwendig. Nachfolgend sind viele Fragen beantwortet und Themen diskutiert worden. Zum Beispiel wurde gefragt, was gegen eine Erteilung des Überprüfungsauftrags an ein neues Architektenteam spricht. Es wird befürchtet, dass die Wettbewerbsgewinner voreingenommen sind und eine gewisse Befangenheit vorhanden ist. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass sich im Rahmen des Wettbewerbs gezeigt hat, dass das Siegerprojekt sehr flexibel realisiert werden kann. Es geht darum, basierend auf dem Siegerprojekt auch verkleinerte Varianten in der Telli mit Ergänzungen an anderen Orten zu prüfen. Die Architekten werden den Auftrag erhalten zu prüfen, wie weit die Raumkonzepte auch an anderen Standorten umgesetzt werden können.



Die Baubeurteilung der Varianten liegt aber nicht bei ihnen, sondern bei der Stadt. Submissionsrechtlich wäre es zudem gar nicht möglich, ein anderes Architekturbüro mit der Umsetzung des siegreichen Wettbewerbsprojekts zu beauftragen. Aus der Mitte der Kommission erkundigte man sich, ob es eine Variante gibt, bei welcher die Stadt das Hallenbad nicht übernehmen müsste. Für die Realisierung einer Schulanlage wird dieses Areal nicht benötigt. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass sich der Kanton voraussichtlich aus dem Gebiet Telli zurückziehen und das Hallenbad nicht mehr benötigt wird. Die Frage der Nutzung des Hallenbads hat keinen Zusammenhang mit dem vorliegenden Geschäft. Der Stadt kann es aber wahrscheinlich nicht egal sein, wenn das Hallenbad geschlossen wird und nicht mehr zur Verfügung steht. Zudem würde bei einer Variante mit dem Standort Telli eine Turnhalle im Hallenbadgebäude benötigt. In den Diskussionen war man sich einig, dass es grundsätzlich sinnvoll und gut ist, dass man jetzt für alle Varianten vergleichbare Fakten zu den verschiedenen Punkten, wie Kosten, Mensa, Turnhallen, Freiflächen, Versiegelung, Entsiegelung, Angebote Freifächer, pädagogisches Konzept, Mittagsverpflegung und so weiter erarbeitet werden. Die Auskunftspersonen bestätigen, dass letztendlich alle Standorte vergleichbare Qualitätsanforderungen erfüllen müssten. Es wird zudem darauf hingewiesen, dass ein Standort immer Abteilungen im Sechseraster beinhalten muss, also zum Beispiel 24, 30 oder 36 Abteilungen. Aus der Reihe der FGPK ist zudem der Antrag gestellt worden, dass die Abklärungen mit der Variante D "verdichten und vernetzen an bestehenden Standorten" zu ergänzen sei. Es sei zu prüfen, ob an den bestehenden Standorten Schachen und Zelgli die insgesamt notwendigen 54 Abteilungen untergebracht werden können. Der Antrag wird begründet, dass diese Variante dem Gebot der Verdichtung Rechnung trägt. Die Telli kann mit dieser Variante als Grünfläche und für künftige Bedürfnisse erhalten bleiben. Aus der Sicht der Auskunftspersonen steht dem gestellten Antrag nichts im Weg. Bezüglich dem gestellten Antrag zur Prüfungsvariante D wird aus der Mitte der Kommission bemerkt, dass es als unseriös betrachtet wird, mit der gleichen Kredithöhe zusätzliche Abklärungen zu verlangen. Eine Qualitätseinbusse soll aber durch die Abklärungen nicht in Kauf genommen werden, weshalb der Kredit um 20'000 Franken erhöht werden soll. Zuerst hat die FGPK über die Kredithöhe abgestimmt und per Stichentscheid der Präsidentin beschlossen, dass dem Einwohnerrat beantragt wird, den Kredit auf 180'000 Franken zu erhöhen, sofern der Antrag zur Prüfungsvariante D eine Mehrheit findet. Im Anschluss wurde der Antrag einstimmig gutgeheissen. In der anschliessenden politischen Würdigung der Botschaft sind verschiedene Punkte erwähnt worden. Es wird begrüsst, dass die Schulraumbeschaffung jetzt möglichst schnell weitergeführt wird. Die Abklärungen der Variante D ist sinnvoll, auch für diejenigen Personen in der FGPK, welche die ursprünglich Variante des Stadtrats gut finden. Die Öffnung und Transparenz wird zu einer grösseren Akzeptanz führen. Das Thema ist aber sehr emotional. Es dürfte so oder so anspruchsvoll sein, das Projekt, mit welcher Variante auch immer, der Bevölkerung zu erklären. In der Schlussabstimmung hat die Kommission einstimmig folgende Beschluss gefasst: Dem Einwohnerrat wird beantragt, den Projektierungskredit für die Suche nach Lösungsszenarien der Varianten A bis D zur Umsetzung von notwendigem Oberstufenschulraumbedarf, inklusive Informationsveranstaltungen, in der Höhe von 180'000 Franken, inklusive 8,1 Prozent Mehrwertsteuer, zu bewilligen.

Ich halte gerade noch das Votum für die Fraktion Pro Aarau und EVP. Wir unterstützen den Kreditantrag einstimmig auch inklusive dem FGPK-Antrag. Das Thema ist offensichtlich sehr emotional und die Meinungen sind sehr verschieden. Es hilft bestimmt, dass wir Fakten schaffen, um gemeinsam möglichst objektiv die Beste aller Lösungen wählen zu können. Dazu gehört auch die Abklärung der Variante D. Wir wären zwar sehr überrascht, wenn die Abklärungen zeigen würden, dass auf den Arealen Schachen und Zelgli genügend Platz für den nötigen Schulraum mit guter Qualität vorhanden ist und auch noch Potenzial für einen späteren Ausbau vorhanden wäre. Das alles möchten wir gerne haben. Da es aber offenbar Personen gibt, die diese Abklärung wünschen, finden wir es gut, wenn man auch über diese Varianten die nötigen Fakten zusammenträgt. Dass die Abklärungen vom Gewinnerarchitekturbüro erstellt werden, ist für uns einerseits logisch und sinnvoll,



andererseits auch submissionsrechtlich die einzige Lösung. Ausser wir würden entweder komplett bei null starten, was sicher keine gute Idee wäre. Die andere Variante wurde bereits von Hanspeter Thür erwähnt. Man könnte ja auch einfach sagen, dass die Variante D zum Beispiel von einem anderen Architekturbüro begutachtet würde. Darüber haben wir in der Fraktion nicht gesprochen. Ich persönlich finde das eigentlich auch nicht so sinnvoll, weil wir dann Abklärungen zu verschiedenen Varianten von unterschiedlichen Architekturbüros haben. Ich bin nicht sicher, ob uns dieses Vorgehen die Vergleichbarkeit gibt, die wir eigentlich haben wollen. Das ist meine persönliche Meinung. Ich weiss nicht, wie das unsere Fraktion sieht. Alles in allem finden wir das Vorgehen des Stadtrats gut und richtig und deshalb unterstützen wir das Kreditbegehren sehr gerne.

Urs Winzenried, Mitglied: Aarau braucht unbestrittenermassen künftig mehr Schulraum. Heute geht es ausschliesslich um die Frage, wo dieser zusätzliche Raum geschaffen werden könnte. Nach der Ablehnung des geplanten Landabtauschs durch die Ortsbürgergemeinde am 13. November hat der Stadtrat in sehr kurzer Zeit eine neue Botschaft mit einem Kreditantrag von 160'000 Franken zur Abklärung weiterer Möglichkeiten hinsichtlich dem Standort der Oberstufe erarbeitet. Der Stadtrat hat es sich aber relativ einfach gemacht, indem er den Kredit einfach zur Überprüfung von drei Varianten verwenden möchte. Variante A, Erweiterung des OSA plus Neubau Telli. Variante B, Erweiterung des Zelgli plus Neubau Telli. Variante C, ausschliesslich Neubau Telli, also so wie bestehend. Es gibt keine Variante ohne Involvierung der Telli. Dies, trotz den vorhandenen Widerständen gegen einen Neubau in der Telli. Das ist aus Sicht der SVP unverständlich und auch falsch. Die Überprüfung möglicher Standorte der Oberstufe durch Machbarkeitsstudien braucht zwingend eine weitere Variante ohne Einbezug der Telli. Diese Notwendigkeit hat ja auch die FGPK erkannt und in der Sitzung vom 8. Januar 2024 den Antrag der SVP auf Ergänzung der Botschaft durch eine Überprüfung im Sinne einer Variante D, "verdichten und vernetzen, statt versiegeln" an den bestehenden Standorten OSA und Zelgli einstimmig gutgeheissen. Eine sorgfältige und vorurteilslose Überprüfung gemäss Variante D ist ein gutes Beispiel für die Ausschöpfung der Möglichkeiten des verdichteten Bauens, was ja auch unsere BNO wünscht. Jede mögliche Verdichtung der bestehenden Anlagen OSA und Zelgli hat nach unserer Ansicht absolute Priorität gegenüber dem Verbauen und Versiegeln von über 20'000 m² Land in der Telli. Die Grünfläche Telli muss als grüne Lunge der Stadt im Hinblick auf den Klimaumweltschutz, aber auch als Hitzeinsel, so lange wie irgendwie möglich erhalten bleiben. Das Areal Telli muss vorderhand als Reserve erhalten bleiben und kann als Sportstätte gut genutzt werden. Im Hinblick auf die künftige Entwicklung der sogenannten Transformationsgebiete Telli Ost, Torfeld Süd, Torfeld Nord, allenfalls aber auch Unterentfelden mit einer möglichen Fusion, muss mit den knappen Ressourcen Boden in Aarau schonend umgegangen werden. Der Stadtrat hat Verständnis für die Forderung nach einer weiteren Variante signalisiert. Die Ortsbürger haben im November den Landabtausch deutlich abgelehnt. Auch diese Tatsache verlangt zwingend eine erweiterte Variantenprüfung ohne Einbezug der Telli. Die SVP erwartet bei den geplanten Machbarkeitsstudien speziell auch die Überprüfung der Mittagsverpflegung für die Schüler. Der Betrieb einer Mensa ist aufwändig, teuer, oft nicht ausgelastet und in aller Regel auch nicht kostendeckend. Moderne Alternativen zu teuren Mensen, Mikrowellen, Automaten, Angliedern an bestehende Verpflegungsstätte müssen seriös evaluiert werden. Die sorgfältige und vorurteilslose Prüfung der zusätzlichen Erweiterung der Standorte OSA und Zelgli ist nicht nur sinnvoll und richtig, sondern verursacht auch keine namhaften Mehrkosten gegenüber den ohnehin geplanten Überprüfungen im Rahmen der beiden Varianten A und B. Aus der Sicht der SVP wären die ursprünglich beantragten 160'000 Franken auch für die neue zusätzliche Variante D sehr wohl ausreichend und eine Erhöhung auf 180'000 Franken, wie sie von der FGPK beantragt wird, nicht zwingend erforderlich. Die Fraktion akzeptiert aber im Interesse des Gesamtprojekts die Krediterhöhung um 20'000 Franken und wird dieser auch zustimmen. Die Fraktion erwartet aber, dass der Stadtrat haushälterisch mit dem doch grosszügigen Kredit umgeht und wenn immer möglich nicht die ganzen



180'000 Franken ausschöpft. Zum Postulat ganz kurz. Die Frage, wer die Machbarkeitsstudie erarbeiten soll, das siegreiche Team aus dem Wettbewerbsprojekt oder eben ein neues, bisher nicht involviertes Team, haben wir ja bereits in der FGPK sehr intensiv und auch kontrovers diskutiert. Auf einen Antrag ist in der FGPK verzichtet und in den Fraktionen ist nachher intensiv über diese Thematik gesprochen worden. Die FDP und die SVP haben sich entschlossen, gemeinsam das vorliegende Postulat mit einer ausführlichen Begründung, sogar als dringliches Postulat, einzureichen. Wir verstehen nicht ganz, weshalb sich der Stadtrat so vehement gegen eine Vergabe an ein neues Team zur Wehr setzt. Die beiden Fraktionen wünschen sich vom Stadtrat ja nur, dass für die Erarbeitung dieser Machbarkeitsstudien für die Variante A, B, C und D ein neues Team bestimmt wird, vorzugsweise für alle Varianten. Wenn dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich sein sollte, dann aber mindestens für diejenige Variante, bei der es um die Erweiterungen der Standorte Zelgli und OSA geht. Das Projekt Oberstufe ist wahrscheinlich seit Menschengedenken eines der wichtigsten und teuersten Projekte, welches Aarau je gehabt hat. Entsprechend ist es auch wichtig und nachvollziehbar, dass man die Studie sehr seriös, sorgfältig und unvoreingenommen durchführt. Das Postulat ist im Hinblick auf die Bedeutung nicht nur wichtig, sondern dringend notwendig, damit wir uns hier im Rat die Frage stellen, wer diese Überprüfungen durchführen soll. Die Begründungen im Postulat sind logisch, stringent und auch in allen Beziehungen nachvollziehbar. Ich verzichte darauf, auf alle Argumente noch einmal im Detail einzugehen. Entscheidend ist für die beiden Fraktionen FDP und SVP, dass nur die Wahl eines neuen, bis jetzt nicht involvierten Teams wirklich sicherstellt, dass die Machbarkeitsstudie neutral, objektiv, unbefangen, unvoreingenommen durchgeführt wird. Wir müssen verhindern, dass ein Team auch nur einen kleinsten Anreiz aus der bisherigen Tätigkeit in diesem Projekt hat und die Resultate ihrer Studien beeinflussen könnte. Wir wünschen eine wirklich saubere und für jedermann nachvollziehbare Auslegeordnung. Dafür garantiert nur ein neues Team. Sowohl der Einwohnerrat wie auch der Stadtrat müssten doch ein grosses Interesse daran haben, dass die bevorstehenden Abklärungen und Überprüfungen unbelastet und unbefangen durchgeführt werden. Auch die Bevölkerung von Aarau, welche ja in Zukunft auch über das Projekt abstimmen muss, hat doch Anspruch auf eine transparente, korrekte Auslegeordnung. Der im Raum stehende Projektierungskredit von maximal 180'000 Franken ist so grosszügig, dass die Machbarkeitsstudie auch durch ein neues Team durchaus möglich ist. Zusammen mit der FDP stellen wir also wirklich den dringenden Appell an den Rat, das Postulat auch gutzuheissen. Die SVP wird dem Gesamtprojekt, wenn es 4 Varianten zu überprüfen gibt, auch mit einem Kredit von 180'000 Franken einstimmig zustimmen.

Benedikt Ammann, Mitglied: Die SP-Fraktion begrüsst, dass der Stadtrat nach dem fragwürdigen Nein der Ortsbürgergemeinde den Prozess zum Bau von neuem Schulraum für die Oberstufe zeitnah weiterführt und wird die Botschaft einstimmig unterstützen. Die Abklärung von verschiedenen Varianten kann helfen, dass die notwendigen Beschlüsse weniger von Emotionen geleitet getroffen werden können und ein Schulhausneubau im Telli eine breitere Akzeptanz erfährt. Der Stadtrat hat in der aktuellen Botschaft wieder die ursprüngliche Standortanalyse beigezogen. Diese hat ursprünglich dazu geführt, dass andere Standorte nicht mehr weiterverfolgt werden, weil sie zu dezentral sind. Die Varianten A und B würde aber zu einem Ausbau in der Peripherie führen. Wenn man bedenkt, wo die Aarauerinnen und Aarauer schwerpunktmässig wohnen und wo die Entwicklungsgebiete liegen, ist das ein Widerspruch. Daneben haben wir aber auch bei beiden Varianten Bedenken, dass die veränderten gesellschaftlichen Anforderungen an die Schule und das Betriebskonzept des OSZ umsetzbar sind. Dafür ist insbesondere das denkmalgeschützte Zelglischulhaus nicht ausgerichteter. Die passenden Räumlichkeiten zur Umsetzung der geplanten Lernlandschaften sind dort nicht vorhanden. Die von der FGPK neue vorgebrachte Variante D akzentuiert die erwähnten Bedenken noch zusätzlich. Insbesondere die geplante Verdichtung an den bisherigen Standorten ist in unserer Vorstellung von zeitgemäs-



sem Unterricht nicht zu vereinen und entspricht einem Rückfall in alte Zeiten mit übergrossen Klassen. Um eine möglichst breite Abklärung machen zu lassen und wirklich alle Ideen durchzuprüfen, um dann ein klärendes Gesamtbild zu haben, wird unsere Fraktion den Antrag der FDP jedoch mehrheitlich unterstützen.

Samuel Marti, Mitglied: Die grüne Fraktion stellt sich klar hinter den Kreditantrag zur Abklärung weiterer Möglichkeiten und wird diesen geschlossen unterstützen. Wir alle wollen einen zeitgemässen und qualitativ hochstehenden Unterricht für unsere Kinder und dabei sollen die Grundlagen geschaffen werden, um vorausschauenden und vor allem mehr und ausreichenden Schulraum zu planen. Die Fraktion möchte hervorheben, dass sich der Stadtrat aus unserer Sicht sehr lobenswert verhalten hat, indem er sehr schnell auf gewisse Bedenken aus der Bevölkerung, aus der Ortsbürgergemeinde oder auch aus dem Rat reagiert hat. Mit dieser Botschaft öffnet er die Diskussion und ermöglicht die Überprüfung und im Anschluss hoffentlich auch die mehrheitsfähige Wahl von mehreren oder einem Standort durch die Aarauer Bevölkerung. Wir möchten uns dafür bei der Verwaltung und dem Stadtrat recht herzlich bedanken. Wir möchten aber auch betonen, dass die Zeit wirklich reif ist, uns um eine moderne Schule zu kümmern und uns für einen zeitgemässen, Lehrplan 21 orientierten und chancengerechten - nicht gleichbedeutend mit chancengleichen - Unterricht für alle Kinder einzusetzen. Die Vorteile der Stufendurchmischung sind nicht nur kostengünstiger, sondern bei guter Schulführung und Unterricht vor allem auch aus didaktischer und bildungswissenschaftlicher Sicht belegt. In der Konsequenz bedeutet das aber, dass der neue Schulraum mit moderner Infrastruktur für mindestens 24 Abteilungen an jedem Standort ausgerichtet sein sollte. Wir möchten uns für alle gleichwertig einsetzen. Die mitgedachten Verpflegungsangebote und gut erreichbare und auch sichere Verkehrswege gehören auch dazu, wenn man auch die Bedenken aus der Bevölkerung ernst nehmen will, ebenso genügend Aufenthaltsraum für die Schülerinnen und Schüler mit dem Pausenplatz, aber auch Zugang zu möglichst grünem Pausenareal. Dass die Standortwahl die grösste Herausforderung darstellt, ist nicht verwunderlich. Wie in anderen Städten fehlt es zum Teil auch an geeignetem Bauraum, gerade im Zentrum. Deshalb ist das Innenverdichten für Aarau, nicht nur aus ökologischer Sicht, ein Muss. Die Abklärung einer zusätzlichen Variante D, ohne Standort Telli, finden wir eigentlich nicht notwendig. Wir werden diesem aber trotzdem zustimmen, um die Abklärungen möglichst offen halten zu können. Die Überprüfung der Möglichkeiten soll wirklich aufzeigen, welche Variante schlussendlich in der Gesamtperspektive am meisten Sinn macht. Es ist auch das Wort der grünen Lunge noch gefallen. Ich möchte ganz kurz darauf eingehen. Um die Telli als grüne Lunge zu bezeichnen, hat man vielleicht aus dem falschen Fenster der Telli-Blöcke geschaut. Eine Sportrasenfläche, die bedüngt wird und durch zwei bis drei Grasarten besteht, ist weit entfernt von biodivers und da gibt es sicher noch andere Flächen, welche man in Betracht ziehen könnte und ökologisch wertvoll sind. Ich möchte Sie alle einladen, die Geschäfte zur Schule möglichst sachlich, objektiv und vorausschauend anzugehen. Wie erwähnt handelt es sich um ein emotionales Thema, auch für mich. Dazu gehört beispielsweise - ohne aus nostalgischen Gründen oder auch zum Teil anderen schwer erklärbaren Gründen - sich unbedingt an einer Bezirksschule im Zelgli festzuhalten, sondern miteinander eine optimale Lösung zum Wohl aller Schülerinnen und Schüler zu wählen. Nebst dem zukünftigen Schulraum für unsere Oberstufe ist aber auch Aarau als Kantonsschulstandort sehr wichtig. Deshalb müssen wir die Anliegen des Kantons, von der NKSA, von der AKSA, von den Mittelschulen bei unseren Geschäften ernst nehmen, mitdenken und mittragen. Es braucht Entwicklungsmöglichkeiten. Es braucht aber auch eine gewisse Flexibilität, wenn wir in Zukunft auch einen starken Mittelschul-, Kantonsschul- und Oberstufenstandort bleiben wollen.

Regina Tschopp, Mitglied: Es ist unbestritten und wir sind uns alle einig, dass wir für die Oberstufe in Aarau mehr Platz brauchen. Die Kreisschule hat deshalb Schulraum für 66 Abteilungen bestellt. Das Resultat der Bestellung kennen wir. Der dazu nötige Landabtausch



ist aber nicht zustande gekommen. Diskussionen in diesem Zusammenhang haben gezeigt, dass es beim Landabtausch nicht nur um Konditionen geht, sondern, dass es insbesondere grosse Vorbehalte gegenüber einer derart grossen Schule gibt. Aus der Bevölkerung sind viele Stimmen laut geworden, welche Bedenken wegen der Grösse der Schule, der Anonymität, den sozialen Problemen, dem zusätzlichen Verkehrsaufkommen in der sonst schon von Verkehr strapazierten Telli haben. Eine Schule mit 54 Abteilungen und über 1'200 Schülern, konzentriert an einem Standort, ist in Aarau nicht mehrheitsfähig. Es braucht deshalb Alternativen. Die Alternativen sollen jetzt geprüft werden. Das ist richtig, wichtig und höchste Zeit. Ich erinnere daran, dass der Ruf nach einem Plan B nicht neu ist. Es ist bereits Mitte 2022 in diesem Rat gefordert worden, der Stadtrat solle einen Plan B vorbereiten, falls Plan A nicht zustande kommt. Der Stadtrat hat dannzumal gesagt, ein weiterer Standort sei nicht geplant. Er würde zudem den Zielsetzungen und der Bestellung der KSAB widersprechen. Jetzt sind wir aber wieder da und diskutieren über einen weiteren Kredit für die Evaluation eines weiteren Standorts. Die FDP-Fraktion steht einstimmig hinter der geplanten Evaluierung für weitere Standorte und wird deshalb dem Kredit, auch über 180'000 Franken inklusive Variante D, zustimmen, weil uns allen klar ist, dass wir zusätzlichen Schulraum brauchen. Vorgeschlagen sind drei Varianten, respektive mit dem Vorschlag der FGPK, vier Varianten. Zwei Varianten mit abgespeckter Telliversion und als zusätzlichem Standort entweder Zelgli oder Schachen. Bereits bestehende Schulstandorte weiter zu verwenden finden wir sinnvoll. Auch eine Prüfung der Variante D, nur Zelgli und Schachen, ist sinnvoll. Sie hilft, ein objektives Bild über alle Möglichkeiten zu erhalten. Variante C kann von uns aus gesehen gestrichen werden. Eine Schule mit 54 Abteilungen – eine der grössten in der Schweiz – ist nicht mehrheitsfähig, auch dann nicht, wenn die Konditionen für den Landabtausch ändern. Als ich in der Botschaft las, dass der Auftrag für die Evaluierung von alternativen Standorten an das siegreiche Architekturbüro vergeben werden soll, habe ich mir verwundert die Augen gerieben. Der genaue Auftrag an das Architekturbüro geht aus der Botschaft nicht hervor und deshalb muss ich davon ausgehen, dass ein Interessenskonflikt vorliegen kann. Ein Architekturbüro erhält den Zuschlag, eine neue Schule für 54 Abteilungen mit Baukosten von mindestens 150 Millionen Franken aus dem Boden zu stampfen. Jetzt soll genau dieses Architekturbüro, welches den Wettbewerb gewonnen hat, Alternativen prüfen. Nämlich den Ausbau und die Ergänzung von zwei bereits bestehenden Schulen. Es sollen Vor- und Nachteile, sowie die Kosten evaluiert werden. Diese Varianten sind dem Siegerprojekt gegenüberzustellen. Wie soll das siegreiche Architekturbüro jetzt variantenneutral prüfen, wenn jede Alternative dazu führt, dass das Büro den erhofften Auftrag mit mindestens 140 Millionen Bauvolumen und entsprechendem Honoraranteil nicht in vollem Umfang realisieren kann? Man muss kein Prophet sein, um voraus sehen zu können, wie das Resultat aussehen wird. Selbst wenn das Büro entgegen jedem Eigeninteresse zu einer neutralen Sicht kommen würde, wie soll das der ohnehin kritischen Bevölkerung glaubhaft vermittelt werden? Nach allem, was im Zusammenhang mit dem OSZ schon gesagt und behauptet worden ist, ist es jetzt besonders wichtig, dass ein unvoreingenommenes und unbefangenes Team die Machbarkeit der beiden alternativen Standorte Zelgli und Schachen objektiv beurteilt. Nur so kann Vertrauen hergestellt werden und nur so wird das Resultat der Beurteilung auf Akzeptanz stossen. Sollte der Auftrag tatsächlich an das siegreiche Wettbewerbsteam erteilt werden, so kann eine Beurteilung noch so gut sein, sie wird immer den Beigeschmack der fehlenden Unabhängigkeit haben und wird immer in Zweifel gezogen werden. Deshalb bitte ich den Stadtrat, den Auftrag an ein anderes Unternehmen zu erteilen. Auch die ins Feld geführten Argumente Zeit und Kosten können wir nicht gelten lassen. Am Architekturwettbewerb haben 18 Teams teilgenommen. Ein weiteres Team hat bereits früher eine Machbarkeitsstudie durchgeführt und noch ein anderes Architektur- und Raumplanungsunternehmen hat den Strategiebericht für die Schulraumplanung der KSAB erstellt. All diese Unternehmen haben sich intensiv mit den Rahmenbedingungen und den Schulraumansprüchen der KSAB auseinandergesetzt und sind mit der Situation bestens vertraut. Es ist deshalb überhaupt nicht ersichtlich, inwiefern Pool Architekten für die Beurteilung der Schulstandorte



Schachen und Zelgli aus all diesen Teams einen Vorteil haben sollen. Zeit haben wir vor allem damit verloren, dass trotz einem Ruf nach Plan B mit zwei, respektive inzwischen mit Buchs drei Standorten, bis heute keiner ernsthaft evaluiert worden ist. Zum Schluss möchte ich noch anregen, dass eine Evaluierung von alternativen Standorten auch aufzeigen soll, welche Abstriche bei einem Ausbau von Schachen und Zelgli in Kauf genommen werden müssten. Zum Beispiel, wenn anstelle einer voll ausgestatteten Mensa nur ein Aufenthaltsraum mit Mikrowelle und allenfalls reduziertem Snack-Angebot bereitgestellt werden würde. So könnte man auch beurteilen, ob man anstelle eines Ferraris auch mit einem soliden VW leben könnte.

Hanspeter Thür, Stadtrat: Vielen Dank für die Ausführungen. Ich beziehe mich zuerst auf den Zusatzantrag Variante D. Diese Anregung wurde von uns bereits in der FGPK nicht bestritten, beziehungsweise bekämpft. Wir haben überhaupt keine Probleme damit, auch diese Variante abzuklären. Wir haben lediglich darauf hingewiesen, dass damit natürlich ein Mehraufwand verbunden ist. Es sind jetzt schon verschiedene Voten zu dieser Variante D gefallen, welche eigentlich eine Bewertung beinhalten. Ich enthalte mich einer solchen Bewertung. Wir werden alle denkbaren Vorstellungen, die im Raum stehen, um den Schulraum abzudecken, abklären. Wir wehren uns nicht gegen eine weitere Idee. Es ist für uns klar, dass diese Abklärungen vorgenommen werden müssen. Ich bin dann allerdings nicht so sicher, ob die Ortsbürgergemeinde von diesem Vorschlag D so begeistert ist, wenn man berücksichtigt, dass wahrscheinlich so ab 2028/2029 der Kanton dort keinen Bedarf mehr an diesem Terrain hat und dann wahrscheinlich die Ortsbürgergemeinde auf diesem noch eine Sportanlage ohne irgendwelche Entschädigung zur Verfügung stellen kann. Aber das ist ein anderes Thema, aber diese Überlegungen wären ebenfalls zu berücksichtigen. Ich beziehe mich auf die Frage des Auftrags an das Architekturbüro, welche grosse Diskussionen ausgelöst hat. Ich habe schon eingangs darauf hingewiesen, dass es uns eigentlich darum geht, eine möglichst schnelle und transparente Abklärung weiterer Varianten vorzunehmen. Wenn man einfach die Behauptung einer Befangenheit in den Raum stellt, hat man einfach nicht ganz verstanden, was eine Machbarkeitsstudie ist. Man hat auch nicht verstanden, dass ein Wettbewerbsgewinner noch keinen Auftrag hat. Jedes Architekturbüro, das einen Wettbewerb gewonnen hat, weiss, dass man einen Baukredit abholen muss und es anschliessend eine Volksabstimmung gibt. Ob der Entscheid dann gemäss Wettbewerbsprogramm ausfallen wird, steht in einem anderen Kapitel. Nur schon die Diskussion über die Behauptung, es könnte eine Befangenheit vorliegen, widerspricht eigentlich unserer Vorstellung eines transparenten Prozesses. Deshalb habe ich überhaupt kein Problem, wenn man sich den Konsequenzen des Ganzen bewusst ist, ein weiteres Büro mit der Abklärung des Standorts OSA und Standorts Zelgli zu beauftragen. Wir werden das machen. Sie können den Antrag gemäss dem Postulat gutheissen oder nicht. Wir machen es sowieso, weil wir die Behauptung der Befangenheit nicht im Raum stehen lassen und aus der Welt schaffen wollen. Wir haben uns nicht vehement dagegen gewehrt. Wir haben einfach darauf hingewiesen, dass es Konsequenzen hat und wir versuchen, diese Abklärungen im Rahmen des Kredites abzuwickeln. Das ist klar. Es ist aber auch klar, dass wir in Bezug auf die Machbarkeit in der Telli dasjenige Büro beauftragen werden, welches dort involviert war, denn wir führen keine Diskussion über urheberrechtliche oder submissionsrechtliche Themen. Wir haben dieses Projekt gewählt, weil wir gesehen haben, dass es sehr einfach und sehr gut etappierbar ist. Dieses Büro hat die Leistungskapazität, wenn es den Auftrag erhält. Ob Sie nun dem Postulat zustimmen oder nicht, spielt keine Rolle. Wir werden so oder so ein weiteres Büro beauftragen, einfach mit dem Hinweis möglicher Konsequenzen, die ich erwähnt habe. In der ganzen Diskussion wurden jetzt schon Bewertungen vorgenommen. Es wurde darüber diskutiert, wie der Standort in der Telli, beziehungsweise im OSA oder im Zelglischulhaus zu bewerten ist. In der FGPK kam die Frage auf, wie die Kriterien dann am Schluss lauten. Wenn die Machbarkeit erstellt ist und wenn ein Büro oder ev. zwei Büros feststellen, wie die Situation flächenmässig oder volumenmässig an den verschiedenen Standorten aussieht, welches die Freiflächen sind, wie die Definition



der Kosten aussieht, dann wird man darüber befinden können. Diese Feststellung nimmt nicht das Büro vor, sondern das machen wir. Es wurde bereits eine Projektdelegation bestimmt. Es sind fünf Mitglieder aus dem Einwohnerrat bestimmt worden und wir werden zusammen – parallel dazu, wie die Machbarkeitsabklärungen ausfallen - im Rahmen dieser Projektdelegation die Kriterien erarbeiten, welche nachher dann massgebend für die Bewertung dieser verschiedenen Varianten sind. Die fünf Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte werden in die Entscheidungsfindung einbezogen. Ich würde es nicht gut finden, wenn erstmals der Stadtrat eine Beurteilung dieser Varianten vornimmt und das Ergebnis dann in den Einwohnerrat gelangt, welcher dann eine ganz andere Bewertung vornimmt. Ich glaube, wir müssen auch im Interesse einer effizienten und zeitlichen Bearbeitung dieses Geschäfts schauen, dass wir uns schnell auf die wesentlichen Punkte in der Beurteilung der verschiedenen Varianten einigen können. Unsere Vorstellung ist, dies im Rahmen dieser Projektdelegation abzuwickeln und die harten Facts, die dann in die Beurteilung dieser Varianten fliessen sollten, zu erarbeiten. Das werden wir parallel dazu machen. Unsere Hoffnung bestand darin, dass diese Machbarkeit ca. Ende April vorliegen wird. Jetzt müssen wir jedoch noch ein anderes Büro suchen, welches die Kapazität zur Verfügung hat. Ich bin zuversichtlich, dass das Geschäft irgendwann einen guten Lauf nimmt, auch mit ihrer Hilfe.

Anja Kaufmann, Präsidentin: Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, gelangen wir zur

Abstimmung

Beschluss

Der Antrag der FGPK

der Projektierungskredit für die Suche nach Lösungsvarianten A bis D zur Umsetzung des notwendigen Oberstufenschulraumbedarfs inkl. Informationsveranstaltungen in der Höhe von 180'000 Franken inkl. 8.1 % MwSt. sei zu bewilligen

wird mit 40 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Er gelangt somit in die

Schlussabstimmung

Beschluss

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat bewilligt den Projektierungskredit für die Suche nach Lösungsansätzen (Varianten A -D), zur Umsetzung des notwendigen Oberstufenschulraumbedarfs inkl. Informationsveranstaltungen in der Höhe von 180'000 Franken inkl. 1 % MwSt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 13

Dringliches Postulat Regina Tschopp (FDP) und Urs Winzenried (SVP) zur Botschaft "Standorte Oberstufe: Kreditantrag zur Abklärung weiterer Möglichkeiten"

Anja Kaufmann, Präsidentin: Am 22. Januar 2024 haben Regina Tschopp (FDP) und Urs Winzenried (SVP) das dringliche Postulat zur Botschaft "Standorte Oberstufe: Kreditantrag zur Abklärung weiterer Möglichkeiten" eingereicht mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat wird eingeladen, für die Erarbeitung der Machbarkeitsstudien möglicher Standorte der Oberstufe für sämtliche Varianten ein neues Team zu bestimmen, welches nicht mit dem Team des siegreichen Wettbewerbsprojekts "Oberstufenzentrum Telli" identisch ist. Ist es aus rechtlichen Gründen nicht möglich, die den Standort Telli betreffenden Elemente der Abklärungen durch ein anderes Team als den Wettbewerbssieger bearbeiten zu lassen, so sind mindestens alle Abklärungen weiterer Möglichkeiten für die Standorte Zelgli und Schachen an ein anderes Team zu vergeben.

Die Dringlichkeit wurde in Traktandum 3 vorstehend gutgeheissen.

Da keine weiteren Voten zu diesem dringlichen Postulat vorgebracht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 17 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Das dringliche Postulat zur Botschaft "Standorte Oberstufe: Kreditantrag zur Abklärung weiterer Möglichkeiten" wird abgelehnt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 14

Motion Urs Winzenried (SVP): Transparenz bei städtischen Abstimmungsunterlagen

Anja Kaufmann, Präsidentin: Am 20. Januar 2023 hat Einwohnerrat Urs Winzenried (SVP) im Namen der SVP-Fraktion die Motion "Transparenz bei städtischen Abstimmungsunterlagen" eingereicht mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat von Aarau wird beauftragt, ein Reglement zu erstellen, welches klare und verbindliche Bestimmungen für die Voraussetzungen und den ausgewogenen Inhalt der Unterlagen (Broschüren) enthält, die jeweils vor kommunalen Abstimmungen an die stimmberechtigte Bevölkerung der Stadt Aarau verschickt werden. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass auch Minderheitsmeinungen in den vorausgegangenen parlamentarischen Diskussionen klar ersichtlich sind und die entsprechenden Protokolle der Sitzungen des Einwohnerrates vor dem Versand der Abstimmungsunterlagen einsehbar sind.

Mit Botschaft vom 11. Dezember 2023 nimmt der Stadtrat zur Motion schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

Auf die Motion "Transparenz bei städtischen Abstimmungsunterlagen" wird aufgrund der fehlenden Motionsfähigkeit nicht eingetreten.

Urs Winzenried, Mitglied: Nicht aus sachlichen Gründen, sondern ganz einfach deshalb, weil der Stadtrat die Motion als nicht motionsfähig betrachtet, ziehen wir diese Motion zurück. Wir wandeln sie aber gleichzeitig in ein Postulat um. Das Postulat ist bereits eingereicht. Die Fraktion der SVP bleibt dabei, dass die Transparenz verbessert werden sollte, Wir hoffen, dass der Stadtrat dieser Einladung entsprechend Folge leisten wird.



Traktandum 15

Postulat Hannah Wey (Grüne) und Alexander Umbricht (GLP): Zur Velosituation bei der Kettenbrücke

Anja Kaufmann, Präsidentin: Am 23. Mai 2023 haben Einwohnerrätin Hannah Wey (Grüne) und Einwohnerrat Alexander Umbricht (GLP) das Postulat "zur Velosituation bei der Kettenbrücke" eingereicht mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat setzt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für eine rasche Entschärfung der Verkehrssituation für Velofahrerinnen und Velofahrer und Fussgängerinnen und Fussgänger rund um den südlichen Brückenkopf ein.

Mit Botschaft vom 27. November 2023 nimmt der Stadtrat zum Postulat schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

Das Postulat "Velosituation bei der Kettenbrücke" wird überwiesen.

Hannah Wey, Mitglied: Der Stadtrat verteidigte in der Botschaft die neue Kettenbrücke mit den Worten: "Die Markierungen für Fussgängerinnen und Fussgänger und Velofahrende haben sich nicht verändert und sind, wie vor der Erneuerung der Kettenbrücke, gleichgeblieben". Doch ein Projekt wird nicht besser, wenn man die schlechte Planung des alten Systems beibehält, während sich die Welt rundum verändert hat. Der Langsamverkehr war schon auf der alten Kettenbrücke nicht zufriedenstellend geregelt und im Jahr 2014, als das Projekt vom Aarauer Stimmvolk angenommen worden ist, hat es durchaus Gegenstimmen, eben aufgrund der schlechten Veloführung, gegeben. Diese wurde leider nicht neu geplant. Beinahe 10 Jahre nach dem Stimmentscheid überquere ich jetzt also die Kettenbrücke von Norden her und überquere die Autofahrbahn im letzten Brückendrittel eher mit einem mulmigen Gefühl, denn direkt hinter mir habe ich einen Drängler im Auto und hinter dem Drängler fährt der Bus. Eine in Aarau wohnende Lehrperson hat mir vor ein paar Wochen verzweifelt geschrieben, dass sie ja wirklich eine vorsichtige Velofahrerin sei, aber eine unaufmerksame Autofahrerin habe ihr Handzeichen ignoriert, habe nicht mehr bremsen können, ist ausgewichen und hat beinahe eine Frontalkollision auf der Gegenfahrbahn verursacht. Die Lehrperson erkundigte sich, was mit den Schülerinnen und Schülern ist, welche diese Verkehrssituation noch nicht so gut einschätzen können, wie Erwachsene. Sie schrieb dazu am Ende des Mails: " Muss nochmals ein Kind sterben, damit Sie endlich Verantwortung übernehmen und die Verkehrssituation für alle Verkehrsbeteiligten entschärfen?" Ich habe nicht gewusst, was ich antworten sollte. Dieser berechtigten Sorge möchte ich aber anfügen, dass zu Zeiten der alten Kettenbrücke die Quartiere im Norden der Aare noch nicht in dem Masse überbaut gewesen sind, wie heute. Es überqueren heute deutlich mehr Kinder und Jugendliche mehrmals täglich auf dem Schulweg oder in ihrer Freizeit diese Brücke. Höchstwahrscheinlich ist auch die Anzahl Autos höher als 1949, im Einweihungsjahr der alten Kettenbrücke. Und nur schon deshalb ist das gesamte Unfallrisiko höher. Meine Beobachtungen vor Ort zeigen denn auch, dass die Jugendlichen die Brücke in ziemlich wilder Manier auf der Autofahrbahn überqueren. Das Trottoir, auf welchem man theoretisch fahren dürfte, benötigen sie aber nicht. Vielleicht haben sie das kleine Schild am Brückenende nicht gesehen oder sie haben schlechte Erfahrungen mit dem Teilen mit Fussgängerinnen und Fussgängern gemacht. Das ist auch nicht verwunderlich, denn mit der heutigen theoretischen Verkehrsführung wird das Problem zwischen Velos und Autos



einfach weitergeben an Velo und Fussgängerinnen und Fussgänger. Ein Mischverkehr ist einfach keine gute Lösung. Ich starte einen weiteren Versuch, indem ich auf der Velospur von der Telli her in die Stadt einbiege. Doch mitten auf der Rampe ist der gezeichnete Veloweg einfach plötzlich zu Ende. In meiner Verwirrung steige ich ab und beobachte wiederum die anderen Velos. Das Ziel des Spiels scheint jetzt zu sein, wer beim Versuch abzubiegen am meisten ausgezogene Linien auf einmal überfahren kann. Nach zwei Minuten überlegen glaube ich, die Bürotischidee für das Abbiegen gefunden zu haben. Sicher bin ich aber ehrlich gesagt bis heute nicht. Intuitiv wäre die Lösung sicher nicht und deshalb braucht es da dringend Bodenmarkierungen an mehreren Stellen. Ich danke der Stadtverwaltung für die bisherigen Bemühungen, die Situation zu verbessern, insbesondere für die Gespräche mit dem Busbetrieb. Die Grünen werden dieser Vorlage einstimmig zustimmen. Für eine grundlegende, moderne Velo-Planung auf der Kettenbrücke ist es zu spät. Ziehen wir unsere Lehre daraus für zukünftige Projekte. Es sind nämlich noch ein paar Brücken mit Velo-Problemen in der Pipeline. Noch nicht zu spät ist es, mit ein paar Dutzend grossen Farbkübeln und kleineren baulichen Anpassungen, eine möglichst grosse Verbesserung zu erzielen. Ebenfalls nicht zu spät ist es für eine kontinuierliche Aufklärungsarbeit bei den Busbetrieben und auch an den Schulen, damit wir sämtliche Schreckmomente und Unfälle auf dieser Brücke in Zukunft verhindern können.

Irene Stutz, Mitglied: Ich fahre beinahe jeden Tag mit dem Velo über diese Brücke, auch bei Schnee und Regen. Während der Bauzeit war die Situation manchmal noch herausfordernder, als es jetzt beim Normalbetrieb ist. Der heutige Normalbetrieb mit dem 180° Blick nach hinten, damit man die Spur queren und dann in der Mitte beider Spuren weiterfahren kann, ist wirklich herausfordernd, braucht Mut und ist gefährlich. Ich finde, Velofahren soll in der Stadt Aarau nicht gefährlich sein, keinen Mut brauchen, sondern sicher sein. Dass die Planer keine sicherere Veloführung gezeichnet und sich mit der Stadt abgesprochen haben, zeigt, wie wenig Gewicht das Thema Velo in dieser Planung gehabt hat. Spannend habe ich den Satz in der Botschaft des Stadtrats im zweiten Absatz gefunden: "So wurden auf der Kettenbrücke beidseitig markierte Velostreifen erstellt und es besteht die Möglichkeit, auf dem Trottoir zu fahren". Bachabwärts, behaupte ich, ist das nicht möglich und ich bekäme eine Busse über Fr. 40.00, wenn ich so fahren würde. Ausserdem verwerfen die Fussgänger bestimmt die Hände. Trotzdem ist diese Idee genau diejenige, die ich schon seit der Eröffnung dieser Brücke allen Velofahrenden aus meinem Quartier, aus dem Scheibenschachen und aus der Aarenau empfehle und heute auch zur Umsetzung der Signalisation vorschlage. Aus der Stadt zurück im Norden muss es keine Änderung geben. Nach dem holprigen Schuss über den Zollrain muss man auf null bremsen, dann allen, die von rechts der Auffahrt der Brücke kommen, den Vortritt geben und dann auf den Velostreifen fahren. Aber umgekehrt - und von dieser Situation rede ich primär - nämlich vom Norden zurück in die Stadt, vom Quartier Scheibenschachen, von der Aarenau oder auch von der Mittelland-Veloroute 5 und 8, welche der Aare entlang auf der Aare-Strasse von Biberstein via neue Kettenbrücke und zum Mitteldamm geht, stellt sich die Frage, wie man diese Verkehrssituation bewältigen soll. Deshalb schlage ich eigentlich den Verantwortlichen des Kantons und der Stadt vor, dass man einen solchen Weg auf dem Trottoir signalisiert. Genügend breit ist es ja, damit man auf der Ostseite der Kettenbrücke, also bachab, auf dem Trottoir Richtung Stadt hochfahren kann. So können alle, die den Veloweg 5 und 8 nützen und aus den Quartieren Scheibenschachen und Aarenau kommen, von der Aare-Strasse direkt auf die Brücke fahren und müssen nur die Brückenzufahrt südseitig in einem 45 Grad Winkel kreuzen. Dort befindet sich der Fussgängerstreifen mit dieser Dreiecksinsel. Genügend Platz, um auch die Velos in die Stadt hinauf zu befördern. Diese Variante ist deutlich einfacher und sicherer und ich fahre sie heute schon so. Hoffentlich in Zukunft nicht mehr als Velo Rowdy, sondern signalisiert.



Fabio Mazzara, Mitglied: Ich stelle schon erstaunt fest, dass wir jetzt eine neue Brücke haben und die Planerinnen und Planer des Kantons eine solch schlechte Veloplanung vorgenommen haben. Ich finde es auch ein wenig schade, dass sich der Stadtrat möglicherweise nicht mehr dafür eingesetzt hat. Ich weiss nicht, wie die Zusammenarbeit zustande gekommen ist. Jedenfalls ist es ziemlich unglücklich. Ich fahre auch jeden Tag über die Kettenbrücke. Ich nehme den ähnlichen Weg, wie Irene Stutz. Wenn ich von der Aare-Strasse herkomme, bin ich froh, dass ich auf dem Trottoir fahren darf. Als Insider weiss ich das nämlich. Wir sind in der Schweiz und in der Schweiz ist Recht und Ordnung wichtig. Die Meisten wissen es nicht, dass man auf dem Trottoir fahren darf. Eine Signalisation gibt es nicht, wonach auf dieser Seite auf dem Trottoir gefahren werden darf. Wenn Blicke töten, wäre ich schon ein paar Mal gestorben. Auf der anderen Seite hat es aber einen Fussgängerstreifen und ich muss beim Fussgängerstreifen als Velofahrer absteigen, sonst mache ich etwas Illegales. Ich erachte es als keine gute Planung, wenn ich auf einer Veloroute aufgrund eines Fussgängerstreifens absteigen muss. Beispielsweise unten in der BSA hat es eine Veloroute, bei welcher es nebst dem Fussgängerstreifen einen Streifen für Velos hat und den man mit dem Velo überfahren darf. Das wäre eine einfache Variante. Ich kann die Projektierung der Planer nicht nachvollziehen. Ich hoffe sehr, dass die Stadt beim nächsten angekündigten Gespräch mit dem Kanton Verbesserungen einfordert. Ich finde den Vorschlag von Irene Stutz sehr gut. Das Trottoir ist sehr breit. Wir können dort eine Verbesserung erreichen. Ich hoffe, dass eine solche zeitnah umgesetzt wird.

Susanne Knörr, Mitglied: Ich finde die Situation Kettenbrücke nicht so arg schwierig, wenn man sich an die SVG hält. Es ist zwar nicht ganz meine Himmelsrichtung, ich wohne anderswo. Die Situation auf der Kettenbrücke gibt es nicht nur auf der Kettenbrücke. Es hat an mehreren Stellen in Aarau die gleichen Abzweiger. Diejenigen, die sich beim Rückwärtsschauen unsicher fühlen, können einen Rückspiegel am Velo montieren und den Verkehr ein wenig im Auge behalten. Wer dieser Situation nicht gewachsen ist, kann auch absteigen und das Velo auf dem Trottoir stossen. Auf der Kettenbrücke kann man ganz legal fahren. Eine Aufklärung in den Schulen für die Kinder finde ich auch gar keine schlechte Idee. Die SVG gilt nicht nur für die Autofahrer, sondern auch für die Velofahrer. Die Fraktion SVP schliesst sich dem stadträtlichen Entscheid an und stimmt für eine Überweisung.

Werner Schib, Vizestadtpräsident: Ich würde mich, wahrscheinlich den Gesetzesbrechern anschliessen und auch so dort hinüberfahren. Das ist in den Plänen so vorgesehen und das ist auch unsere Idee. Es ist aber ein langwieriges Projekt. Der Bau und die Markierung dauerten lange. Jetzt müssen wir noch ein paar Arbeiten bei den Markierungen vornehmen. Teilweise gibt es Situationen, bei welchen man dann von der Strasse nicht auf den Veloweg an die Aare hinuntergelangen kann. Dort könnte man zum Beispiel Absenkungen vornehmen. Wir arbeiten daran und reden diesbezüglich mit dem Kanton. Ich bin zuversichtlich, dass es Verbesserungen geben wird. Das Grundthema – wenn man auf der Hauptstrasse in die Mitte der Fahrbahn einspuren muss, wenn man den Zollrain hinauf will – hat man sehr intensiv abgeklärt, als das Projekt aufgelegt ist. Es gab Einwendungen, auch von Veloverbänden. Für diese Situation gab es keine andere Lösung. Aber es muss auch sicherere Wege von Aarau Nord Richtung Zentrum geben.

Anja Kaufmann, Präsidentin: Nachdem die Diskussion nicht weiter gewünscht wird, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen folgenden



Beschluss

Das Postulat "Zur Velosituation bei der Kettenbrücke" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 16

Motion Irene Stutz und Leona Klopfenstein (SP): Erwerb Kasernengebäude durch Stadt

Anja Kaufmann, Präsidentin: Am 28. Juni 2023 haben die Einwohnerrätinnen Irene Stutz und Leona Klopfenstein für die SP-Fraktion eine Motion betreffend Erwerb des Kasernengebäudes, Aufforderung zur Unterbreitung eines Kreditbegehrens für ein marktgerechtes Kaufangebot an den Kanton, eingereicht mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat unterbreitet dem Kanton Aarau für den Erwerb des Kasernengebäudes (Laurenzenvorstadt 48, Assekuranznummer 798) ein marktgerechtes Kaufangebot und unterbreitet dem Einwohnerrat ein entsprechendes Kreditbegehren.

Mit Botschaft vom 4. Dezember 2023 nimmt der Stadtrat zur Motion schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

Die Motion "Der Stadtrat unterbreitet dem Kanton Aargau für den Erwerb des Kasernengebäudes ein marktgerechtes Kaufangebot und unterbreitet dem Einwohnerrat ein entsprechendes Kreditbegehren" sei nicht zu überweisen.

Irene Stutz, Mitglied: Vielen Dank für die Botschaft und die entsprechenden Auseinandersetzungen in Ihren Fraktionen. Manchmal braucht es einen proaktiven, kreativen Vorschlag, um einen Schritt weiterzukommen, oder einfach, ein Statement zu setzen. Insbesondere dann, wenn es um ein Entwicklungsgebiet von solch überragender Bedeutung im Kasernenareal für die Stadt und die Region Aarau geht. Ich bin an sich nicht gegen das Militär, sondern gegen die exklusive Flächennutzung inmitten der Stadt durch das Militär. Früher war das Kasernenareal natürlich am Stadtrand. Heute ist es ein potenzielles Stadtzentrum mit vielen Möglichkeiten. Bereits vor über 10 Jahren hat der Einwohnerrat die Motion zum Anstoss der Arealentwicklung gutgeheissen und sich gegen den Zuzug des Rekrutierungszentrums im 2014 ausgesprochen. Im Oktober des letzten Jahres wurde uns der aktuelle Richtplan zum Areal vorgestellt. Es ist klar, Kanton und Stadt sind von dieser ursprünglichen Entwicklungsidee, die im Letter of Intent im 2015 festgehalten wurde, abgewichen. Man möchte dem Militär den nördlichen Riegel komplett überlassen, inklusive dem Perimeterschutz und dem Zaun, welcher gebaut wird. Die SP möchte langfristig keine militärische Nutzung mehr im Zentrum von Aarau, sondern eine zivile Nutzung. Nicht nur wir, sondern ganz viele andere auch. Es sind ja viele öffentliche Foren organisiert worden und die Ergebnisse sind eindeutig gewesen. Dass diese jetzt nicht ernstgenommen und nicht umgesetzt werden, ist für uns nicht nachvollziehbar. Wenn schon Partizipation, dann müssen die Wünsche und Ergebnisse auch ernstgenommen werden. In der Präsentation zum neuen Richtplan wird beinahe nebenbei erwähnt, dass zwei gewichtige Themen aus dem Forum 5 nicht umgesetzt werden. Es handelt sich dabei um die zwei einzigen Punkte, welche arealspezifisch sind, nämlich die Ausrichtung und die Grösse dieser Piazza und eine bessere Lösung mit dem Militär (Grösse und Durchwegung). Die anderen Punkte, die weiterverfolgt werden, sind auch für weitere Entwicklungsgebiete passend. Beispielsweise die soziale Durchmischung, Vielfalt, Grünraum und Wasserhaushalt, also nicht kasernenarealspezifisch. Die Stadt besitzt nur am äusseren Rand ein Stück Land und verhält sich in diesem Prozess unserer Meinung nach zu passiv. Um das zu ändern, haben wir die vorliegende Motion verfasst. Durch den Kauf dieses wichtigen Kasernengebäudes, oder wenigstens durch ein Angebot an den Kanton für diesen Kauf, soll die Stadt versuchen, mehr Einfluss zu nehmen und ihr Interesse an einer Entwicklung ohne militärische Nutzung



anzumelden. Das grosse Potenzial für eine zivile Nutzung dieses Gebäudes ist offensichtlich. Als Eigentümerin dieses Hauses könnte die Stadt langfristig strategische Entwicklungen wirklich mitbestimmen und entscheiden, was mit dem Gebäude und somit dem Areal wirklich passiert. Visionen gibt es ja genug. Die fehlende Jugi, ein Hotel, Kultur, Ateliers, Gewerbe, wohnen was auch immer. Ausserdem steht die Idee der Nutzung des Areals als Oberstufenstandort ja sogar im Raum. Nebenbei würde der Kauf der Umsetzung der städtischen Immobilienstrategie entsprechen. Wir sind also insbesondere an einer solch zentralen Lage für eine Stadtentwicklung für alle. Dazu braucht es manchmal vielleicht ein unkonventionelles Vorgehen. Wer also die Transformation von der militärischen zur zivile Nutzung des innerstädtischen Areals ebenfalls wünscht oder betonen möchte, kann das mit dem Überweisen dieser Motion bekräftigen.

Christian Oehler, Mitglied: Ich verweise auf Seite 3 der Botschaft. Dort steht nämlich: "Seit Beantwortung im April 2023 hat sich in Bezug auf die vorliegende Motion nichts geändert. Ein Verkauf des Kasernengebäudes kommt für den Kanton aktuell nicht in Frage". Wenn also kein Kaufangebot vorliegt, kann man auch nichts kaufen. Die Motion sollte ja auch irgendwie Sinn machen und das Statement ist jetzt klar gefallen. Ich mag mich auch an die Foren erinnern. Dort kam es auch klar zum Ausdruck. Man möchte einfach die Armee weghaben. Die Armee wird jedoch in Aarau bleiben. Sie hat sich auch beim weiteren Planungsschritt entsprechend geäussert, dass sie das Gebäude nutzen möchte oder einen Teil, den nördlichen Teil. Ab 2030 wird Aarau weiterhin ein Standort für das Militär sein. Man muss auch immer ein wenig die Realität und die Verhältnisse sehen. Das Areal und auch Aarau sind nicht so riesig. Wir haben östlich eine Süd-Nordquerung mit der Poststrasse und westlich eine Süd-ordquerung mit der Kasinostrasse. Natürlich wäre es schön, wenn man auch durch das Areal gehen kann, aber so gravierend ist das nicht. In den Planungsschritten kam die Situation nun zum Vorschein. Ich finde es schade, wenn man jetzt einfach eine Motion macht, die keinen Sinn ergibt, denn es gibt nichts zu kaufen. Die FDP wird die Motion nicht überweisen.

Benita Leitner, Mitglied: Mitten in Aarau liegt das 4.7 Hektaren grosse Kasernenareal. Für Einige handelt es sich um ein kleines Areal. Für mich ist es aber ein riesiges Areal. Vor allem liegt das Areal irgendwie im Herzen unserer Stadt. Städtebaulich und auch für ein attraktives Aarau macht es für unsere Fraktion Pro Aarau, EVP/EW einfach überhaupt keinen Sinn, dass es dermassen von der Öffentlichkeit verschlossen wird. Wenn man an diesem Areal vorbeiläuft, sieht man einfach nichts. Mitten in Aarau befindet sich ein abgeschirmtes Gebäude für die gesamte Öffentlichkeit, für die ganze Bevölkerung. Es bleibt lediglich die Möglichkeit, vom angebauten Postgebäude aus einen Blick auf die Unterkunft der Armeeangehörigen zu werfen. Unserer Fraktion Pro Aarau EVP/EW ist es vor allem ein wichtiges Anliegen, dass eine Öffnung des Kasernenareals für die Bevölkerung stattfindet. Wir bedauern es zudem, dass von diesen vielen Visionen und Ideen, welche im partizipativen Prozess eingebracht worden sind, eigentlich nur noch ein Bruchteil übriggeblieben ist. Wir anerkennen zwar, dass ein Letter of Intent der Stadt Aarau vorliegt, möchten aber erneut betonen, welcher wichtigen Beitrag dieses Areal zur Entwicklung der Stadt Aarau leisten kann. Deshalb bitten wir den Stadtrat noch einmal ausdrücklich und explizit, sich mit Nachdruck für die städtischen Interessen im Kasernenareal einzusetzen. Es trifft zu, dass es schwierig ist, etwas zu kaufen, wenn kein Angebot vorhanden ist. Nichts destotrotz finde ich persönlich, dass eine Armee an diesem Standort, mitten in der Stadt Aarau, einfach keinen Sinn macht. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass dieser Standort mit all den logistischen Herausforderungen für die Armee wirklich passt. Ich bitte den Stadtrat zu versuchen, alle Interessen mit einzubeziehen, vor allem diejenigen der öffentlichen Hand.



Petra Ohnsorg Matter, Mitglied: Die grüne Fraktion ist inhaltlich absolut einig mit der SP und der Fraktion Pro Aarau EVP/EW. Wir sind uns in Bezug auf den Aufwand nicht ganz einig. Einzelne Fraktionsmitglieder sind der Meinung, dass der Aufwand, in Anbetracht dessen, dass die Aussichten sehr gering sind, zu gross ist. Deshalb wird es von unserer Seite aus auch Enthaltungen geben.

Susanne Heuberger, Mitglied: Es sind zehn Jahre vergangen, seit wir im Einwohnerrat das erste Mal über die Weiterentwicklung des Kasernenareals debattiert haben. Von Anfang an ging es darum, dass das Gelände ab 2030 zivil genutzt werden soll. Diese Haltung stand immer im Vordergrund. Die SVP hat sich von Anfang an zur Armee und zu diesem Standort bekannt. Wir haben von Anfang an die Meinung vertreten, dass die Armee das auch so machen wird. Es gibt immer noch Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die sich dieser Realität, dass die Armee das Areal nicht verlassen möchte, entziehen. Uneinsichtig, stur, dickköpfig wird das Thema aber weiter von der linken Ratshälfte bewirtschaftet. Die im letzten Jahr von den Motionärinnen und Motionären gestellte Anfrage wurde zeitnah damit beantwortet, dass keine Möglichkeit zu einem Kauf vorhanden ist. Wenn diese Motionärinnen und Motionäre nun nichts Besseres wissen, als zwei Monate später eine Motion mit der gleichen wirklich uneinsichtigen, sturen und dickköpfigen Frage nachzuschieben, der Stadtrat solle nun ein Kaufangebot unterbreiten, können wir nur den Kopf schütteln. Wo kein Verkäufer ist, kann man auch nichts kaufen. Der Stadtrat schlägt uns vor, die Motion zu Recht nicht zu überweisen. Ich habe mich gefragt, weshalb der Stadtrat für diesen Vorschlag ein halbes Jahr braucht, nachdem er ja schon auf die Anfrage bekräftigt hat, dass man nichts kaufen kann. Die SVP wird dem Antrag des Stadtrats folgen und die Motion nicht überweisen. Wir hoffen sehr, dass die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte einsichtig sind und die Armee das Areal weiterhin nutzen kann. Die Armee hat sich dazu bekannt, zwar nicht mehr im gleichen Umfang. Aber die Armee wird bleiben. Wir sind froh, wenn die Armee dortbleibt. Wir möchten den Stadtrat einladen, auf keinen Fall, entgegen allen Realitäten, ein Kaufangebot zu unterbreiten.

Hanspeter Thür, Stadtrat: Der Antrag des Stadtrats ist ja klar. Ich möchte auch keine Diskussion darüber führen, wie sich die Armee selbst in den letzten Jahren und vielleicht sogar Jahrzehnte in Bezug auf ihre Bedürfnisse verhalten hat. Es gab diesbezüglich auch verschiedene Entwicklungen. Die Runden Tische sind ja eigentlich auf Hinweis der Armee selbst organisiert worden, weil sie kein Interesse mehr hatten, an diesem Standort zu bleiben. Deswegen ist überhaupt die ganze Diskussion in Gang gekommen. Es war der Kanton, welcher als grosser Grundeigentümer dort involviert war. In der Zwischenzeit ist der Rückzug der Armee wieder ein wenig relativiert worden. Man kann das bewerten, wie man will. Es ist ein Fakt und der Kanton hat zusammen mit der Armee das Angebot wieder entsprechend aufgestockt. Es geht heute nicht um diese Diskussion, sondern es geht ja nur um die Frage, ob man ein Kaufangebot für einen Teil dieser sich im Besitz des Kantons befindenden Liegenschaften unterbreiten soll. Die Abklärungen haben von unserer Seite ergeben, dass ein entsprechender Wille, etwas abzutreten, seitens Kanton nicht vorhanden ist. Aufgrund dieser Umstände habe ich so meine Probleme. Ich befürchte, dass sich der Stadtrat ein wenig lächerlich macht, wenn wir jetzt, im Wissen, dass die Bereitschaft des Kantons gar nicht vorhanden ist, das Land erwerben möchten. Es geht hier nicht um die Armee-Diskussion. Diese müssen wir hier gar nicht führen. Diese liegt in der Kompetenz des Kantons und muss mit den Wünschen der Armee übereinstimmen. Wir können den Kontakt schriftlich herstellen und darauf hinweisen, dass der Einwohnerrat der Meinung ist, dass wir ein Angebot unterbreiten sollen. Wir werden aber bestimmt keine Immobilienfirma mit einer Überprüfung dieser Liegenschaft beauftragen, um ein marktgerechtes Angebot unterbreiten zu können, sondern wir werden einfach ungefähr einmal einen Preis nennen. Damit ist die Motion dann abgewickelt. Ich finde dies aber ein lächerliches Vorge-



hen. Ich bitte Sie, eine solche Diskussion über die Wünschbarkeit der Anwesenheit der Armee in diesem Gelände nicht auf eine solche Art und Weise zu thematisieren. Ich bitte Sie, die Überweisung dieser Motion abzulehnen.

Anja Kaufmann, Präsidentin: Da die Diskussion nicht weiter gewünscht wird, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 23 gegen 20 Stimmen bei 2 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Die Motion betreffend Erwerb des Kasernengebäudes, Aufforderung zur Unterbreitung eines Kreditbegehrens für ein marktgerechtes Kaufangebot an den Kanton, wird nicht überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 17

Kreditabrechnung Ersatz Software, zentrale Applikationen

Anja Kaufmann, Präsidentin: Mit Datum vom 16. Oktober 2023 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Ersatz Software, zentrale Applikationen". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 1'200'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 1'166'439.43 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 33'560.57, das sind 2.80 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an ihrer Sitzung vom 28. November 2023 zur Prüfung vor. Auf ein Referat wird verzichtet.

Da keine Wortmeldungen aus dem Einwohnerrat gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Ersatz Software, zentrale Applikationen" wird genehmigt

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 18

Kreditabrechnung Sanierung, Verbindung und Beleuchtung Graben/Igelweid, Projektierung

Anja Kaufmann, Präsidentin: Mit Datum vom 16. Oktober 2023 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Sanierung, Verbindung und Beleuchtung Graben/Igelweid, Projektierung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 100'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 41'235.05 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 58'764.95, das sind 58.76 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an ihrer Sitzung vom 28. November 2023 zur Prüfung vor. Auf ein Referat wird verzichtet.

Da keine Wortmeldungen aus dem Einwohnerrat gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Sanierung, Verbindung und Beleuchtung Graben/Igelweid, Projektierung" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs.1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 19

Kreditabrechnung Neuorganisation Tagesstrukturen

Anja Kaufmann, Präsidentin: Mit Datum vom 16. Oktober 2023 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Neuorganisation Tagesstrukturen". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 250'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 228'387.65 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 21'612.35, das sind 8.64 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an ihrer Sitzung vom 28. November 2023 zur Prüfung vor. Auf ein Referat wird verzichtet.

Da keine Wortmeldungen aus dem Einwohnerrat gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Neuorganisation Tagesstrukturen" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 20

Kreditabrechnung Fallschutz bei Schulanlagen Aussenbereich

Anja Kaufmann, Präsidentin: Mit Datum vom 16. Oktober 2023 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Fallschutz bei Schulanlagen Aussenbereich". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 220'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 216'821.75 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 3'178.25, das sind 1.44 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an ihrer Sitzung vom 28. November 2023 zur Prüfung vor. Auf ein Referat wird verzichtet.

Da keine Wortmeldungen aus dem Einwohnerrat gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Fallschutz bei Schulanlagen Aussenbereich" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 21

Kreditabrechnung Krematorium, Abbruch/Neubau Ofen 2, Realisierung

Anja Kaufmann, Präsidentin: Mit Datum vom 16. Oktober 2023 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Krematorium, Abbruch/Neubau Ofen 2, Realisierung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 4'615'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 4'362'148.14 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 252'851.86, das sind 5.48 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an ihrer Sitzung vom 28. November 2023 zur Prüfung vor. Auf ein Referat wird verzichtet.

Da keine Wortmeldungen aus dem Einwohnerrat gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Krematorium, Abbruch/Neubau Ofen 2, Realisierung" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 22

Kreditabrechnung Veranstaltungstechnik Kultur- und Kongresshaus, Erneuerung

Anja Kaufmann, Präsidentin: Mit Datum vom 16. Oktober 2023 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Veranstaltungstechnik, Erneuerung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 240'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 239'498.89 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 501.11, das sind 0.21 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an ihrer Sitzung vom 28. November 2023 zur Prüfung vor. Auf ein Referat wird verzichtet.

Da keine Wortmeldungen aus dem Einwohnerrat gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Veranstaltungstechnik, Erneuerung" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 23

Kreditabrechnung Schulanlage Schachen, Primarschule Erweiterung, Realisierung

Anja Kaufmann, Präsidentin: Mit Datum vom 16. Oktober 2023 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Schulanlage Schachen, Primarschule Erweiterung, Realisierung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 7'060'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 7'014'962.64 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 45'037.36, das sind 0.64 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 28. November 2023 zur Prüfung vor. Auf ein Referat wird verzichtet.

Da keine Wortmeldungen aus dem Einwohnerrat gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Schulanlage Schachen, Primarschule Erweiterung, Realisierung" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 24

Kreditabrechnung Umsetzung Zutrittskontrollen

Anja Kaufmann, Präsidentin: Mit Datum vom 16. Oktober 2023 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Umsetzung Zutrittskontrollen". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 990'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 1'085'157.67 ab. Es resultiert eine Kreditüberschreitung von Fr. 95'157.67, das sind 9.61 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an ihrer Sitzung vom 28. November 2023 zur Prüfung vor. Auf ein Referat wird verzichtet.

Da keine Wortmeldungen aus dem Einwohnerrat gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Umsetzung Zutrittskontrollen" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Schluss der Sitzung 22.35 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU

Die Präsidentin:
Anja Kaufmann

Der Protokollführer:
Stefan Berner